

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

188 · Juni 2006

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	483
Essay	
JÖRN SCHÜTRUMPF 1956 oder: Die Reformfähigkeit des Stalinismus	485
Krieg & Frieden	
WOLFGANG SCHELER Kriegsfähigkeit und Friedensfähigkeit der Weltgesellschaft nach der Zeitenwende	492
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
JÜRGEN LEIBIGER Demografische Wende und Finanzierung des Wohlfahrtsstaats	504
ILJA SEIFERT Behindertenpolitik: Großes Ziel und kleine Schritte	521
Debatte Grundsicherung	
NINO DAVID JORDAN Schlaraffenland oder Hungersnot? Wider die gefällige Kontrastierung	527
KARL REITTER Grundeinkommen statt Schlaraffenland. Eine Antwort auf Ulrich Busch	531
Standorte	
BERND HÜTTNER Anerkennung, Umverteilung, Gerechtigkeit. Probleme einer postfordistischen Linken	537

Wieder gelesen

- WILLI BEITZ
Michail Scholochow – eine terra incognita? 542

Konferenzen & Veranstaltungen

- LUTZ BRANGSCH
Armut und die Diskussionen
zu einem Sozialstaat in Russland 553

- Juri Hälker
MdBs auf die Straße.
Bericht über »100 Tage Schwarz-Rot« 557

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 560

Bücher & Zeitschriften

- Elmar Altvater:
Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen.
Eine radikale Kapitalismuskritik
(ARNDT HOPFMANN) 562

- Holger Schatz:
Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips
und seine neoliberale Rekonstruktion
(SANDRA MARTENS) 563

- Marvin Chlada:
Heterotopie und Erfahrung.
Abriss der Heterotopologie nach Michel Foucault
(ANDREAS HEYER) 565

- Heinz Dieterich:
Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts.
Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie
nach dem globalen Kapitalismus
(HEIKO FELDMANN) 566

- Wolfgang Fritz Haug:
Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«
(ULRICH BUSCH) 569

- Sike Satjukow, Rainer Gries (Hrsg):
Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen
im Sozialismus
(HELMUT METZLER) 571

- Summaries 574

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 576

VorSatz

Es geschieht gerade, was sich die Redaktion von »UTOPIE kreativ« eigentlich immer wünscht: Die Zeitschrift ist seit Monaten Ort einer lebendigen Debatte. Begonnen hat es im Juli 2005 mit Katja Kipping und Sascha Liebermanns Plädoyers für eine bedingungslose Grundsicherung. Ulrich Busch hat im November 2005 mit vehementer Ablehnung darauf geantwortet, und seither haben sich – genannt in der zeitlichen Abfolge ihrer Texte – Antonín Dyck, erneut Sascha Liebermann, Michael Opielka, Dieter Zahn, noch einmal Katja Kipping, Bodo Ramelow, Lutz Brangsch und Judith Dellheim zu Wort gemeldet. Auch im vorliegenden Heft führen wir die Debatte Grundsicherung fort. Nino Jordan und Karl Reitter teilen ihre Ansichten zur Sache mit. Und für den Herbst liegen bereits weitere Manuskripte zum Thema vor.

Mir fällt in der kontrovers und zuweilen scharf geführten Debatte vor allem eines auf: daß es die Utopie nach wie vor sehr schwer hat, überhaupt gedacht zu werden. Als Bremse funktioniert offensichtlich nicht nur der bewußt entwickelte und aggressiv in die Öffentlichkeit gebrachte Meinungshauptstrom der Marke TINA (There is no alternative – Es gibt keine Alternative), sondern gleichzeitig die vielen von uns auch ohne all das neoliberale TINA-Geschwätz innewohnende Furcht vor dem Ungewohnten. Denn es ist doch bemerkenswert: Obwohl es keinerlei neuerlichen Beweises dafür bedarf, daß die Arbeitswelt in ihrer jetzigen Form Hunger, Elend und Tod in schier auswegloser Massenhaftigkeit produziert und zudem auf Selbsterstörung durch erbarmungslose Ressourcenvernichtung hinausläuft, werden Überlegungen zu einer radikalen Alternative, wie sie die bedingungslose Grundsicherung ja vielleicht darstellen könnte, zuweilen mit einer Heftigkeit abgelehnt, als ob mit ihr alles nur immer noch schlimmer werden würde. Also noch mehr Hunger, Elend, Tod und Selbsterstörung. Noch mehr Atomsprengköpfe, genmanipuliertes Getreide, krankmachendes Fastfood. Noch mehr Konzentration des Reichtums in immer weniger Händen. Noch weniger sauberes Wasser, noch weniger öffentlicher – das heißt: vor Privatisierung verschonter – Raum. Ist das wirklich vorstellbar? Die bedingungslose Grundsicherung als das noch Schlimmere? Da ist noch viel zu diskutieren, und dies muß mit wachsender Öffentlichkeit geschehen, und erfreulich an der Debatte ist, daß das auch alle wollen – die Befürworter der Idee ebenso wie ihre Kritiker.

Und noch etwas ist auffallend: Daß jene non-konformistischen Marxianer, die schon im marxistisch-leninistischen Kanon keinen

Platz hatten, auch in den heutigen Debatten selten oder gar nicht beachtet werden. Ernst Bloch zum Beispiel mit seinen im Buch »Freiheit und Ordnung« formulierten Überlegungen zur »unentfremdeten Ordnung«, in der »jener Teil des Schicksals (...), der von Menschen, in der Klassengesellschaft, selbst produziert und unwissend fetischisiert worden ist«, verschwinden werde. Unbeachtet – bisher – auch die Ergebnisse von Diskussionen, wie sie im Rahmen des Weltsozialforums geführt werden. Im November 2004 (Heft 169) hat »UTOPIE kreativ« einmal einen kleinen Ausschnitt daraus vorgestellt – mit den Überlegungen von Arturo Escobar zur Verwirklichung einer »dezentralisierten, nicht-hierarchischen Logik der Selbstorganisation« und von Boaventura de Sousa Santos zur »Ablehnung von Hierarchien«. (Mehr dazu in dem Sammelband »Eine andere Welt. Das Weltsozialforum«, Texte 15 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dietz Berlin 2004.) Und ist es nicht an der Zeit, die von Friedrich Engels – in Anschluß an Hegel – in die Diskussion der Arbeiterbewegung gebrachte Betrachtung der Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit neu zu durchdenken? Vielleicht findet sie ja erst im Künftigen ihre Bestätigung und Gültigkeit? Noch einmal Bloch – diesmal im »Prinzip Hoffnung« –: »Alle Wendezeiten sind (...) von Noch-Nicht-Bewußtem gefüllt, auch überfüllt; und eine aufsteigende Klasse trägt es.« Ich glaube, die Grundsicherungsdebatte hat wirklich erst begonnen.

Die Grundsicherungsdebatte in unserer Zeitschrift übrigens lebt – wie die Zeitschrift insgesamt – von den Einsendungen der Autorinnen und Autoren selbst. Dies zu betonen macht sich notwendig, weil die Redaktion immer mal wieder gefragt wird, ob sie nicht stärkeren Einfluß auf die Artikelentstehung nehmen und auch dafür sorgen sollte, daß mehr Aufsätze von Frauen ins Heft gelangen. Zum ersten sei gesagt, daß die ehrenamtlich arbeitende Redaktion genau dies – einen die Inhalte regulierenden Plan mit Auftragsvergabe – ausdrücklich nicht will, und zum zweiten: Wir können nichts weiter tun, als unentwegt zum Schreiben einzuladen. Mehr Texte von Frauen, als uns zugesandt werden, können wir nicht drucken. Das Problem also liegt an anderer Stelle. Und natürlich muß es gelöst werden!

WOLFRAM ADOLPHI

JÖRN SCHÜTRUMPF

1956

oder: Die Reformfähigkeit des Stalinismus

Das Ritual, bei Marx-Konferenzen mit einem Marx-Zitat und bei Lenin-Konferenzen mit einem Lenin-Zitat zu beginnen, sich aber ansonsten um die Jubilare und vor allem um das, was sie wirklich wollten, wenig zu scheren, wurde im besonderen im real existierenden Sozialismus gepflegt, ist aber auch heute noch nicht ganz aus der Mode. Es handelt sich dabei um eine Art simulierte Pietät.

Wenn ich auf einer Rosa-Luxemburg-Konferenz mit Rosa Luxemburg beginne, mag es so aussehen, daß ich ebenso verfare; doch dem ist nicht so.

Erstens interessiert mich das, was Rosa Luxemburg wollte, von Tag zu Tag mehr, denn der Rückweg in eine autoritäre Linke, dieses Mal als ein unangenehm duftender Mix aus den verschiedenen sich links gerierenden Strömungen des 20. Jahrhunderts – unser Freund und Kollege Bernd Rump aus Dresden wußte darüber jüngst im »Neuen Deutschland« so klug zu schreiben¹ – holt Rosa Luxemburg und vor allem ihre Kritik an der Unfreiheit, jeweils nur sich selbst die Freiheit zu gewähren, ganz zwangsläufig zurück auf den Plan. Das niederträchtige Denunziantenwort vom Luxemburgismus, ohnehin noch nicht ganz verhallt, wird, wenn es so weitergeht, bald wieder Urständ feiern.

Zweitens aber war Rosa Luxemburg – und damit suche ich mein Vorgehen zu legitimieren, hier die große Ermordete zum Auftakt zu zitieren – die erste unter den Sozialisten, die auf die Gefahren einer Revolution hinwies, der die soziale Bodenhaftung abhanden kommt: »Nicht Rußlands Unreife, sondern die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung der historischen Aufgaben hat der Verlauf ... der russischen Revolution erwiesen ... Die Revolution Rußlands war in ihren Schicksalen völlig von den internationalen [Ereignissen] abhängig«, meinte sie 1918 in ihrem nachgelassenen Manuskript »Zur russischen Revolution«, auf das sich so viele berufen, oft ohne es auch nur ein einziges Mal vollständig gelesen zu haben.

Die in Breslau einsitzende Gefangene der deutschen Kriegsdiktatur verstand die 1917 ausgebrochene Revolution als Eröffnungsrevolution für einen sozialistischen Revolutionszyklus, als den Beginn einer Weltrevolution zur weltweiten Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, als den Beginn einer Weltrevolution, mit der der Übergang zu einer Produktionsweise eingeleitet werden sollte, die an den Bedürfnissen der Produzenten ausgerichtet ist. Ein mit sich alleingelassenes revolutionäres Rußland hingegen ließ in Rosa Luxemburg die allerdunkelsten Ahnungen aufkommen: »... im

Jörn Schütrumpf –
Jg. 1956, Redakteur bei
UTOPIE kreativ, zuletzt:
Deutschland verändert sich
zur Kenntlichkeit, Heft 185
(März 2006).

Beitrag für die VI. Rosa-
Luxemburg-Konferenz in
Leipzig, 24./25. März 2006.
Vorabdruck aus: Das
Krisenjahr 1956 (Diskurs
22), Rosa-Luxemburg-
Stiftung Sachsen,
Leipzig 2006.

1 Neues Deutschland,
25. Februar 2006.

2 Rosa Luxemburg:
Zur russischen Revolution,
in: dies.: Gesammelte
Werke, Band 4, Berlin 1974,
S. 362.

Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker ... Ja noch weiter: Solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw. Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.«²

Rosa Luxemburg ist postum für diese Kritik scharf attackiert worden – zuvorderst natürlich von denen, die die Zustände verwildern ließen, um sich die Macht zu erhalten. Begonnen hatte es spätestens 1921: mit dem Kronstädter Aufstand. Damals hatte sich die selbsternannte »Vorhut des Proletariats«, die Bolschewiki, von der »revolutionärsten Abteilung« der russischen Arbeiter, dem Kronstädter Proletariat – das die »Vorhut« bis dahin stets als die »treuesten Söhne der Revolution« gepriesen hatte –, getrennt und sie abgeschlachtet. Es war eine bonapartistische Phase gefolgt – offiziell ward sie »Neue Ökonomische Politik« geheißt –, in der den Feinden von gestern Zugeständnisse gemacht wurden: der ländlichen und der städtischen Bourgeoisie.

So hoffte man, die entgegen eigenem Wollen und Tun als Eröffnungsrevolution verlorengegangene Revolution doch nicht verloren geben zu müssen und ausharren zu können: mit einem Tanz über den Klassen der sich formierenden modernen russischen Gesellschaft – der Arbeiterschaft hier, und den Abermillionen neuen Landbesitzern und schnell als NÖP-Gewinnlern denunzierten Neu-Bourgeois' da. Bis sich Europa doch noch zur Tat bequemen würde.

Die sich so von ihrer sozialen Basis entwurzelnde Sowjetmacht lavierte eine Zeitlang erfolgreich zwischen und über den Klassen. 1927 hatte sich allerdings der Spielraum der Bonapartisten wider Willen erschöpft: Die sozialökonomischen Verhältnisse und mit ihnen die bürgerlichen Klassenkräfte hatten sich so stürmisch entfaltet, daß Rußland alle Voraussetzungen aufwies, um zu einem kapitalistischen »Schwellenland« überzugehen.

Bis zu diesem Punkt war in der einsam gebliebenen Revolution alles »normal« verlaufen und zumindest den marxistisch gebildeten Zeitgenossen verständlich gewesen: Im Februar 1917 war die Revolution ausgebrochen; in geradezu klassischer Fraktionsabfolge war die Hegemonie immer weiter nach links gereicht worden, bis 1918 auch die linken Sozialrevolutionäre ausgeschaltet worden waren und die Bolschewiki allein dastanden – als Hegemon in einem Bürgerkrieg, in dem aber nicht ein sich aufreißendes Proletariat eine zerstörte Industrie verteidigte, sondern – wie 1792 ff. – eine zu Eigentum gekommene Bauernschaft sich gegen die blutig marodierenden Herren von gestern und gegen deren weißgardistische Henker wehrte.

Mit Kronstadt hatten die Bolschewiki ihren eigenen Achtzehnten Brumaire durchgeführt und waren sich selbst in der Hegemonie gefolgt. Aus Angst vor dem Bonaparte, den alle in Trotzki erkannt zu haben glaubten, stellten sie sich auch in der absteigenden Phase der Revolution an die Spitze – mit der »Neuen Ökonomischen Politik« – und wurden so selbst zu Bonapartisten. Denn Marx' Prophezeiung aus dem »Achtzehnten Brumaire« war ihnen wohl vertraut: »Proletarische Revolutionen ... unterbrechen sich fortwährend in ihrem

eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder auf-richte, erschrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: *Hic Rhodus, hic salta!*«³

Und genauso war ihnen ihre eigene Schwäche und damit die Unmöglichkeit, die Revolution weiter in Richtung Sozialismus zu treiben, bewußt – verursacht durch die weitgehende Vernichtung ihrer ursprünglichen sozialen Basis im Bürgerkrieg, für die sie einmal angetreten waren. Ihnen war klar, daß ein offener Kampf der Kräfte – »unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche« – sofort zu ihrem eigenen Untergang führen mußte. Paul Levi hat als erster darauf hingewiesen, daß die Bolschewiki ihre Herrschaft erhielten, indem sie deren sozialen Charakter veränderten.⁴ Das gelang den Bolschewiki, weil sie die Fraktionsabfolge unterbrachen – um den Preis, daß sie die Aufgaben ihrer verhinderten Nachfolger lösten.

Dieses Dilemma war zumindest den führenden Bolschewiki wohl bewußt. Denn im Unterschied zu ihren Nachfolgern, die auf den zerfollerten Gebeinen der Revolutionsführer von 1917 – also auf ihren Gebeinen – ihre Macht etablieren sollten, propagierten sie Sozialismus nicht nur als Kultur- und Bildungsbewegung, sondern waren auch selbst hochgebildet und wußten, was mit ihnen und mit ihrer Revolution geschah. Sie sahen es, und konnten es doch nicht ändern.

Die Alternative lautete nicht: Sozialismus oder Kapitalismus? Die Alternative lautete: Entfesselung eines Kapitalismus oder Entfesselung des Staates; unter den Bedingungen Rußlands hieß das gleichwohl, wie sich bald herausstellte: Kapitalismus oder Barbarei? Das war ihr Dilemma.

Die KP Chinas versucht seit den achtziger Jahren, den Rodehengst Kapitalismus zu reiten, ohne abgeworfen zu werden; um das zu verhindern, hat sie bisher vor keiner »Anpassung« zurückgeschaut. Dieser Weg war den russischen Revolutionären der zwanziger Jahre – auch wenn Bucharins Überlegungen in diese Richtung wiesen – verbaut. Ihre Revolution hatte das Maximum dessen, was leistbar war, geleistet. Sie hatte gründlich mit dem alten halbbarbarischen Rußland aufgeräumt – mit Methoden, die die Härte der Auseinandersetzung diktiert hatte, mit Methoden, gegen die die Jakobinerdiktatur ein Volksfest gewesen war. Aber: Ausgerechnet ihre Revolution hatte einen Kapitalismus entfesselt, den sie eigentlich im Zuge einer Weltrevolution hatten abschaffen wollen.

Als sich 1927/28 der Generalsekretär der KPdSU zum – scheinbar – unumschränkten Diktator durchsetzte, schien es allerdings, als seien die Gesetze der Revolutionsgeschichte außer Kraft gesetzt: Der Revolution von 1917 folgte eine selbst erklärte »zweite Revolution«, die Revolution der Stalinschen Garde.

3 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, Berlin, S. 118.

4 Paul Levi: Einleitung zu »Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg« [1922], zuletzt veröffentlicht in: Annelies Laschitza (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Berlin 1990, S. 177 ff.

Die Wirklichkeit war profaner, wurde aber selbst von vielen Anhängern der Revolution von 1917 aus zweifellos ehrenwerten Motiven verdrängt:

Statt der kapitalistischen Produktionsweise und einer vielleicht bürgerlichen Gesellschaft mit einem entsprechenden Rechtsstaat ... Gerhard Zwerenz hat jüngst völlig zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Diktatur, wie sie China und Rußland heute erleben, möglicherweise die viel adäquatere Form und – aus dem Gesichtswinkel der Profitheekerei – viel »effizientere« Form dieser kapitalistischen Produktionsweise ist.

Statt also der kapitalistischen Produktionsweise wurde 1927/28 der Staat entfesselt. Unter der Losung »Sozialismus in einem Land« wurde ein linksradikales Regime etabliert, das mit Terror eine egalitäre und zu jeder Form von Widerstand unfähige Gesellschaft systematisch herbeimorden ließ: erst die Versklavung und notfalls Ermordung der NÖP-Gewinnler und der freien Bauernschaft (in der Ukraine waren es gleich Millionen, die man aushungerte), dann die endgültige Unterwerfung der sogenannten herrschenden Klasse, also der – zumeist ohnehin unter schwierigsten Bedingungen lebenden – Arbeiterschaft; man lese Max Hoelz' Tagebücher aus seiner Reise ohne Wiederkehr in die russische Arbeiterschaft zu Anfang der dreißiger Jahre, ein in jeder Hinsicht erschütterndes Dokument, das wir jetzt endlich – im vergangenen Jahr – im Karl Dietz Verlag herausgegeben haben.⁵ Dann kam die Garde der Revolution an die Reihe und schließlich jeder, der Individualität nicht zu verbergen vermochte, inklusive die Frau Molotows, die Frau eines der schlimmsten Massenmörder.

Alle sozialen Beziehungen, soweit sie sich auf Vertrauen gründen, wurden absichtsvoll zerstört. Es entstand eine Gesellschaft der Gleichheit, allerdings einer Gleichheit in Unfreiheit, einer Gleichheit in der Angst, einer Gleichheit in der Bindungslosigkeit – letztlich eine Nichtgesellschaft, der alle Insignien einer Zivilgesellschaft fehlten, allen voran die – der Patronin der heutigen Konferenz, Rosa Luxemburg, so wichtigen – politischen Freiheiten, geschützt durch einen Rechtsstaat. Hier herrschte der Maßnahmestaat – in seiner totalen Entfesselung. Die Nachwachsenden, vom bisherigen Leben »unbeschmutzt«, sollten die »neuen Menschen« stellen. Um die »Alten« war es nicht schade.

Die Funktionsweise der modernen Gesellschaft, ihre Gesetze, versuchte die Stalinsche Führung zu überlisten – indem sie sie außer Kraft zu setzen schien und ein neues Gesetz setzte. Die Revolution hatte ihr Flußbett verlassen, das Wasser sollte künftig bergauf fließen. Es war letztlich der Versuch, Gott zu spielen.

Der »Sozialismus in einem Land« funktionierte nur als »Sozialismus der Galgen«, um ein Wort von Albert Camus aufzunehmen. Die Abschaffung aller Klassenmerkmale durch die Beseitigung ihrer Träger – sei es per Lager, sei es per Exekution – wurde zur Grundbedingung von Herrschaft. Es fand nicht die Emanzipation vom Klassendasein und von Klassenherrschaft statt – wie sie einem Karl Marx, einer Rosa Luxemburg und auch einem Lenin vorgeschwebt hatte –, hier wurde Gesellschaft ersetzt durch ein Oben und Unten, vielleicht besser sogar, durch ein Drinnen und Draußen, zwischen

5 Max Hoelz: »Ich grüße und küsse Dich – Rot Front!«. Tagebücher und Briefe. Moskau 1929 bis 1933, herausgegeben von Ulla Plener (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 20), Berlin 2005, bes. S. 262 ff.

dem der einzelne willkürlich hin- und hergeworfen werden konnte: heute Wärter, morgen Sklave; heute Sklave, morgen General; gestern Chef der Politischen Polizei, morgen Folteropfer. Die Rollen war austauschbar und wurden getauscht.

Klassenlosigkeit nicht als Resultat großer Klassenauseinandersetzungen, sondern als Resultat des Wirkens eines allgegenwärtigen Polizeistaates, der – als »Hauptinstrument der herrschenden Klasse« (gemeint ist nicht die stets vorgeschobene »Arbeiterklasse«, gemeint ist die »neue Klasse«, die als erster Djilas beschrieb⁶) ... Klassenlosigkeit als Resultat des Wirkens eines allgegenwärtigen Staates, der als Hauptinstrument der herrschenden Klasse den Sozialismus »schuf«. Dieser Sozialismus mußte »geschaffen« werden, weil er sich unter den obwaltenden Bedingungen nicht entwickeln konnte.

Entwickeln konnte sich nur der Kapitalismus; aber eben das war zu verhindern – durch die Schaffung einer Staatswirtschaft und die Verhinderung jeder Zivilgesellschaft mit wenigstens den Rechten, die einst die Revolutionen des 18. Jahrhunderts erstritten hatten. Der Staat schuf sich eine Basis; nicht die Basis einen Staat. Der Staat als Gott.

Wie konnte sich ein solches System reformieren, wie im Titel dieses Beitrages behauptet wird – und vor allem – wieweit konnte es sich reformieren?

Viele meiner Freunde und auch ich selbst lebten in den achtziger Jahren eine Zeitlang in dem Glauben, daß der real existierende Sozialismus doch noch an Zukunft gewinnen könne, daß neben die soziale Freiheit, die es in der DDR wirklich gab, die politische Freiheit treten und sich beide miteinander produktiv und menschenfreundlich verbinden könnten. Kein Sozialismus mit menschlichem Antlitz war unser Ziel, sondern ein Sozialismus mit menschlichem Wesen; das menschliche Antlitz hätte sich von allein ergeben.

Was wir nicht begriffen, ja, um überhaupt handeln zu können, nicht begreifen wollten und konnten, war, daß die Reformpotentiale längst aufgebraucht worden waren. Chruschtschow, Gomułka, Kadar, Ulbricht – auch der sich ständig selbst nachfolgende Ulbricht, während in allen anderen Staaten für die jeweils neuen Rollen jeweils neues Personal bemüht werden mußte – haben, als der »Bruder Nummer eins« den Weg alles Irdischen endlich gegangen war, nicht gezögert, den »Sozialismus der Galgen« zu reformieren.

Das ist der große Unterschied zum Nationalsozialismus, der unter dem Aspekt des Terrors am ehesten mit dem Stalinismus zu vergleichen (nicht gleichzusetzen!) ist. Der Nationalsozialismus war aus der Konterrevolution des Faschismus erwachsen – so wie einst der Stalinismus aus dem Versuch geboren worden war, die durch die Revolution errungene Machtposition auf Dauer zu stellen. Versuchten Stalin und seine Umgebung – Rosa Luxemburg hätte von Clique geredet – mit Gewalt eine klassenlose Gesellschaft herbeizuzwingen, die als Karikatur der einst von der Linken erträumten klassenlosen Gesellschaft zu bezeichnen eine Verhöhnung der Opfer darstellen würde, versuchten die Nationalsozialisten, ein nach sogenannten Rassenmerkmalen organisiertes Europa herbeizumorden und herbeizuzüchten. Auschwitz und Lebensborn waren zwei Seiten ein und derselben Medaille.

6 Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1957.

Der rassistische Nationalsozialismus, ein Kind der in die Krise geratenen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, konnte nicht reformiert werden – er mußte vernichtet werden, von außen vernichtet werden. Alle endogenen Kräfte waren erlahmt. Selbst in der Stunde der Niederlage blieb der Aufstand aus; das war einer der größten Siege des Nationalsozialismus.

So krude und widersprüchlich der Nationalsozialismus ansonsten auch sein mochte, in seiner Barbarei war er völlig konsistent – und das machte ihn unreformierbar. Während, anders als das nationalsozialistische Regime, schlichte faschistische Regime – in ihrer Wirklichkeit oft nicht weniger widerwärtig – sich durchweg, wie wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben, als reformfähig erwiesen; man schaue nach Südeuropa, man schaue nach Lateinamerika. Die Protagonisten dieser Regime wollten allerdings auch keine Neuordnung nach sogenannten rassistischen Merkmalen, sie wollten nur die Revolution verhindern, mindestens die Linke unterjochen.

Der Stalinismus war das Kind einer alleingeblichenen Eröffnungsrevolution für einen vermeintlichen sozialistischen Revolutionszyklus. Seine offiziellen ideologischen Grundlagen waren nicht rassistisch, auch wenn Stalin am Ende seines Lebens noch seinem Antisemitismus nachgegeben und eine antisemitische Welle losgetreten hatte.

Auch wenn jeder, der im Stalinismus die Freiheit des einzelnen als die Bedingung für die Freiheit aller (so Marx im Manifest) annahmte, sofort als »Konterrevolutionär« »entlarvt« wurde, blieben die postulierten ideologischen Grundlagen weitgehend emanzipatorisch. Dieser Widerspruch erzeugte das Reformpotential, Sozialismus nicht weiter als »Sozialismus der Galgen« zu praktizieren, sondern zu einer autoritären Diktatur überzugehen, die zwar auch nicht auf Gewalt und Unterdrückung Andersdenkender verzichtete, wohl aber auf systematische Gewalt. Und, nicht minder wichtig, die die – bis dahin zumeist nur versprochenen – sozialen Freiheiten schrittweise von oben einführte und konstitutiv in das System einbaute, das später real existierender Sozialismus genannt worden ist. Dieser Sozialismus hinkte nicht mehr wie der Stalinismus auf einem Bein, auf dem der politischen Polizei, einher; er hinkte auf zwei, allerdings sehr ungleichen Beinen, dem des Sozialstaates und dem der politischen Polizei – was ihn noch eine Zeitlang vorm Umfallen bewahrte.

Die alleingeblichene Revolution von 1917, auch als sie sich nach 1945 zu einem »Weltsystem« erweiterte, konnte nur einen neuen, einen günstigeren Kampfboden schaffen für die Vernichtung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist – diese Verhältnisse selbst abschaffen konnte sie nicht. Das wird wohl auch nie die Funktion von Revolutionen sein. Revolutionen können neue Wege freisprengen. Ob und wie sie begangen werden, entscheidet sich in großen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Kräften der Gesellschaft

Mit dem Stalinismus wurde versucht, diesen neuen Wegen auszuweichen – zu einem fürchterlich hohen Preis. Chruschtschows welt-historisches Verdienst ist es, die russische Revolution zurück in ihr Flußbett geleitet zu haben.

Natürlich war Chruschtschow ein integraler Bestandteil der Herrschaft einer Clique von Massenmördern gewesen. Doch er ging den Weg vom Saulus zum Paulus. In sich nicht radikal genug gebärdenden Kreisen gilt er als Verräter – was er ohne Zweifel war: ein Verräter am Totalitarismus. Wer das einen Makel nennt, braucht über sich selbst nichts weiter auszusagen.

Mit dem Übergang zu einer autoritären Diktatur begann ein halbwegs geordneter Rückzug – denn alle Gegner waren niedergeworfen worden, und trotzdem war nichts gewonnen, außer einer Weltmacht – die aber nicht das Ziel gewesen war.

Daß der Weg von einer autoritären Diktatur nicht zu einem Sozialismus mit menschlichem Wesen weiterging, hatte wenig mit dem autoritären, jähzornigen und zum Größenwahn neigenden Chruschtschow zu tun. Die Abschaffung aller politischer Freiheiten schon zu Beginn der russischen Revolution hatte Strukturen hervorgebracht, die nur funktionieren konnten, wenn die politischen Freiheiten abgeschafft blieben. Die politische Unfreiheit war dem real existierenden Sozialismus strukturell tief eingeschrieben. Jeder Versuch, sie zu beseitigen, mußte nicht nur die Strukturen, sondern das ganze System wegfegen. Mitunter wird in diesem Zusammenhang von »strukturellen Defiziten« gesprochen – ein Euphemismus, wie mir scheint. Diese Strukturen waren einfach nicht nur defizitär, sondern ein konstituierender Bestandteil, ohne den nichts ging.

Die langen Jahre zwischen 1953 und 1989/91 vollendeten die absteigende Phase der Revolution von 1917, in der sich die Erben der weitgehend ermordeten Bolschewiki auf ihre neue Rolle in einem entfesselten russischen Kapitalismus vorbereiteten. Und wieder folgten sie sich selbst nach. Gorbatschow – der viel politischen und unpolitischen Unsinn getrieben hat und deshalb Verantwortung für die Gestalt des russischen Kapitalismus von heute trägt – jedoch für den russischen Kapitalismus an sich verantwortlich zu machen, hieße, diesem Mann etwas anzudichten, was selbst weniger schlichte Geister unmöglich vermocht hätten.

Im Osten Deutschlands ist uns durch den Anschluß wenigstens die »Transformation« der Politbürokraten in alles beherrschende Manchesterkapitalisten erspart geblieben, auch wenn sich viele beeilten, dem neuen System in alle Öffnungen zu kriechen. Andere trauern angesichts des entfesselten Neoliberalismus mehr denn je dem Sozialstaat DDR hinterher, und mühen sich, den Preis, die Unterdrückung der politischen Freiheit, vergessen zu machen. Und dann sind da noch einige Unbelehrbare, die immer noch von einer Gesellschaft träumen, in der soziale und politische Freiheiten einander bedingen – doch diese Spezies, von Politikern gern als Ideologen denunziert, scheint auszusterben.

Fazit: Nikita Chruschtschow reformierte, was in seiner Macht stand. Das bleibt sein Verdienst, auch wenn er im persönlichen Umgang ein ganz ungehobelter Mensch gewesen sei soll – während Stalin ganz nett sein konnte.

WOLFGANG SCHELER

Kriegsfähigkeit und Friedensfähigkeit der Weltgesellschaft nach der Zeitenwende

»Es gibt historische Augenblicke, die selbst von Zeitzeugen als Marksteine eines Epochenendes erkannt werden können. Die Jahre um 1990 waren eindeutig ein solcher säkularer Wendepunkt gewesen. Doch während jeder sehen konnte, daß das Alte zu Ende gegangen war, herrschte über den Charakter und die Aussichten des Neuen tiefe Ungewißheit.«¹ Schon vor mehr als einem Jahrzehnt äußerte der britische Historiker Eric Hobsbawm diesen Gedanken. Doch noch immer herrscht bei uns Zeitzeugen des Umbruchs tiefe Ungewissheit über den Charakter und die Aussichten des Neuen. Was wir über die neue Ära allenfalls wissen können, ist das, was an ihrem Anfang schon sich grundlegend verändert hat und was aus der alten noch in der neuen Ära weiter wirkt. »Wir wissen nicht, was als nächstes kommt und wie das dritte Jahrtausend aussehen wird, aber wir können sicher sein, daß es vom *kurzen 20. Jahrhundert* geprägt sein wird.«² Das gilt wohl auch für den Charakter des Krieges und des Friedens und für die Aussichten in dieser Lebensfrage.

In der zu Ende gegangenen Geschichtsperiode, im *kurzen 20. Jahrhundert*, wie Hobsbawm die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion nennt, haben Krieg und Frieden eine dominante Bedeutung für den Gesellschaftsprozess erlangt. Charakteristisch für diese Zeit wurde der imperialistische Krieg, der als interimperialistischer oder Kolonialkrieg in Erscheinung trat. Typisch waren auch antikoloniale Kriege, die oft als Guerillakrieg geführt wurden, und ebenso Bürgerkriege. Noch nie griff der Krieg aber so zerstörerisch in die Gesellschaft ein und noch nie war der Frieden von so existenzieller Wichtigkeit für die Weltentwicklung. Erstmals ist der Krieg in der zurückliegenden Epoche zum *Weltkrieg* geworden und hat als sein Gegenstück den *Weltfrieden* hervorgebracht. Das Einzigartige aber ist vor allem, dass diese Ära einen Krieg als reale Möglichkeit ins Leben gerufen hat, mit dem die menschliche Gesellschaft ausgelöscht würde.

In ihrem Wesen und ihren Erscheinungsformen sind Krieg und Frieden ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Totalität, also der Produktions- und der ideologischen Verhältnisse. Krieg und Frieden sind zwei komplementäre Formen der Politik, und welche von ihnen zum Zuge kommt, wird prädestiniert von der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, die auch den Inhalt und die Form der Politik bestimmen. Wir wissen aus dem verflochtenen *kurzen 20. Jahrhundert*, dass sich die Rolle und der Charakter von Krieg und Frieden immer in Abhängigkeit von einer tieferen Ur-

Wolfgang Scheler – Jg. 1935, Prof. Dr. sc. phil., in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. und in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. wissenschaftlich und publizistisch tätig; bis 1990 Offizier der NVA und Philosophieprofessor an der Militärakademie der DDR; Veröffentlichungen zu philosophischen Fragen von Krieg und Frieden; zuletzt in UTOPIE kreativ: Welt ohne Krieg? Vom Gewaltfrieden zum gerechten Frieden, Heft 167 (September 2004).

1 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, Wien 1995, S. 323.

2 Ebenda, S. 20.

sache verändert haben, nämlich von grundlegenden Umwälzungen in der Produktivkraftentwicklung. Hatte die industrielle Revolution die kapitalistische Produktions- und Lebensweise etabliert, so revolutionierten sich ständig die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in ihr weiter. Der Kapitalismus wandelte sich in den monopolistischen und dieser brauchte eine imperialistische Politik. Sie brachte eine neue Art von Krieg, den imperialistischen Krieg hervor.

Der Weltkrieg war die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln. Eine neue Art von Krieg war er auch wegen der Mittel, mit denen er geführt wurde, ermöglicht von den neuen Produktivkräften, die von der industriellen Revolution geschaffen wurden. Und so ging es weiter mit dem Zweiten Weltkrieg und mit dem völlig veränderten Charakter eines möglichen dritten Weltkrieges. Immer lag dem Krieg und auch seinem Gegenstück, dem Frieden, eine bestimmte Ausprägung der Produktionsweise zugrunde, die den Charakter der realen und möglichen Kriege und Frieden bestimmte und ganz wesentlich dafür war, ob die Politik in Form des Krieges oder in Form des Friedens geführt worden ist.

Nehmen wir das als heuristische Methode für die Untersuchung von Krieg und Frieden in der heutigen Weltgesellschaft, so stellt sich die Frage nach Wesen und Erscheinungsformen der sie bestimmenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Zur Kriegsfähigkeit der heutigen Weltgesellschaft

Auch angesichts der Globalisierung bleiben die gesellschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Weltregionen weiter sehr heterogen. Die Spanne reicht von hoch entwickelten Formen kapitalistischer Produktions- und Lebensweise über weniger entwickelte Formen, die von nachholender Entwicklung und noch vorhandenen vorkapitalistischen Gesellschaftsformen gekennzeichnet sind, bis hin zu Formen ursprünglicher Subsistenzwirtschaft und einer von Familien und Stämmen formierten Gesellschaft sowie dementsprechend archaischen ideologischen Verhältnissen. Mehr denn je aber werden von den hoch entwickelten bürgerlichen Gesellschaftsformen all die anderen überlagert und umgeformt.

Aus diesen heterogenen Produktions- und Lebensweisen entspringen auch weiterhin verschiedene Kriege, die sich in ihrem Wesen, in ihrem politischen und militärischen Charakter gravierend voneinander unterscheiden. Dasselbe gilt für die unterschiedlichen Formen des Friedens. In den noch nicht einmal zwei Jahrzehnten der neuen Geschichtsperiode ereigneten sich vor allem zahlreiche Sezessions- und Unabhängigkeitskriege, Bürgerkriege, ethnische und Religionskriege und auch Stammeskriege. In ihnen verflochten sich oft diese unterschiedlichen Merkmale, und fast immer waren die tieferen Ursachen wirtschaftlicher Natur. Bei genauerem Hinsehen ist zu erkennen, dass es im meist sehr verworrenen Kriegsgeschehen letztlich um ökonomische Interessen von Völkern und Volksgruppen, Ethnien und Stämmen ging. Überwiegend waren diese Kriege bedingt oder ermöglicht durch die Auflösung der alten und die Entstehung einer neuen Weltordnung. Sie fanden vor allem an den Rändern der vorher bestehenden Machtblöcke, in Gebieten der aufgelösten Sowjetunion und in Hemisphären statt, in denen das Ordnungs-

system, das die globale Konkurrenz der beiden Weltsysteme geschaffen hatte, nun seine Geltung verlor.

Dominant aber sind in der neuen Ära jene wirklichen und möglichen Kriege (sowie, dazu später, Formen des Friedens), die aus der hoch entwickelten bürgerlichen Produktions- und Lebensweise und deren nun ungehinderter globaler Ausdehnung resultieren: die Kriege der kapitalistischen Zentren gegen Staaten an der Peripherie. Es sind imperialistische Kriege zur Neuordnung der Welt.³

In der bürgerlichen Produktions- und Lebensweise haben sich in den letzten Jahrzehnten wesentliche Veränderungen vollzogen, hervorgerufen von einer neuen Phase in der Revolution der Produktivkräfte. Schon in der vorangegangenen Geschichtsperiode war die zweite industrielle Revolution in eine neue Phase getreten – einige bezeichnen sie als dritte industrielle Revolution –, die geprägt ist von der *Revolution der Denkzeuge*. Doch erst mit der massenhaften Anwendung der Mikroelektronik in allen Bereichen der Gesellschaft, mit der durchgreifenden Automation der Produktion und speziell mit der globalen Vernetzung der neuen Informationsverarbeitungsmittel hat sie ihre Qualität voll entfaltet.⁴

Die erneute Revolution der Produktivkräfte revolutioniert auch neuerlich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Transnationale Konzerne, neuer Finanzkapitalismus mit Verselbständigung der Finanzmärkte, eine nie gekannte Machtstellung internationaler Geldeliten – 500 Multis kontrollieren über die Hälfte des Bruttosozialprodukts der Welt –, Entmachtung der Politik durch die Ökonomie, Aushöhlung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates – einer der größten Errungenschaften der Menschheitsgeschichte (Erhard Eppler) –, Marktradikalismus, Aufkündigung des Klassenkompromisses der fordistischen und keynesianistischen Phase, Anstieg der relativen und Wiederkehr der absoluten Verelendung, gesellschaftliche Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung, Aufbrechen sozialer Spannungen und internationaler Konflikte sowie supranationaler Sicherheitsimperialismus sind dafür kennzeichnende Stichworte.

Die enorme Beschleunigung der Entwicklung und innovativen Umwälzungen in allen Lebenssphären zerbricht die von Traditionen geprägten Gesellschaftsformen und durch Generationen verfestigte Wertvorstellungen und Verhaltensnormen. Die Weltgesellschaft unterliegt dramatischen Veränderungen der ökologischen und ökonomischen Existenzbedingungen. Wir leben in einer Welt voller Antagonismen, die kriegsträchtig sind und Frieden notwendig machen.⁵

Aus den neuen, nur stichwortartig gekennzeichneten kapitalistischen Produktionsverhältnissen erwachsen eine entsprechende Politik und Ideologie. Der Kapitalismus neuer Form unterwirft die Welt seinem Gesetz, und die Tendenz des Kapitals zur Totalität und globalen Ausdehnung seiner Herrschaft wirkt jetzt ungezügelt und in neuer, von der Globalisierung bestimmter Weise. Dem entspricht die Politik jener Staaten, in denen sich die Kapitalmacht konzentriert. Auf internationaler, speziell sicherheitsrelevanter Ebene tritt sie als so genannter *neuer Imperialismus* in Erscheinung, von dem seine Befürworter wie seine Kritiker heute sprechen.⁶

An dieser Stelle ein Wort zum *Imperialismus*-begriff. Ich denke, unsere historischen Erfahrungen und die neuerliche Imperialismus-

3 Siehe Ernst Weit, Wolfgang Scheler (Hg.): Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, Berlin 2004.

4 Diese Produktivkraftrevolution hat noch eine andere Daseinsweise, die Revolutionierung der Destruktivkräfte in Gestalt neuer Kriegsmittel und Kriegführungsfähigkeit – *Revolution in Military Affair*.

5 »Doch Marx und die anderen Propheten der Zerstörung aller alten Werte und sozialen Beziehungen hatten recht. Der Kapitalismus war die Kraft der permanenten, ununterbrochenen Revolution.« Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, a. a. O., S. 32.

6 Siehe Frank Deppe u. a.: Der neue Imperialismus, Heilbronn 2004.

debatte ergeben, dass es nicht richtig ist, dem Begriff Imperialismus, wie Lenin es einführt, die Bedeutung einer Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu geben. Lenin war seinerzeit der einzige unter den namhaften Imperialismustheoretikern, die unter Imperialismus ein bestimmtes (letztes) Stadium des Kapitalismus verstanden.⁷ Auch das gehört, so mein heutiges Urteil, zu den gesellschaftstheoretischen Irrtümern des *Marxismus-Leninismus*. Vielmehr ist unter Imperialismus eine Politik zu verstehen, die auf die Schaffung oder Aufrechterhaltung eines Imperiums, also auf imperiale Herrschaft gerichtet ist.

In der bürgerlichen Gesellschaft erhält der Imperialismus einen ihr entsprechenden Inhalt und erscheint in spezifischen Formen. Über den kapitalistischen Imperialismus schrieb Rosa Luxemburg: »Sein Wesen besteht gerade in der Ausbreitung der Kapitalherrschaft aus alten kapitalistischen Ländern auf neue Gebiete und im wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkampf jener Länder um solche Gebiete.«⁸ Am Vorabend des Ersten Weltkrieges sagte sie: »Heute ist der Imperialismus nicht nur eine Art der auswärtigen Politik, heute ist er die Religion der bürgerlichen Gesellschaft.«⁹ Der *neue Imperialismus* ist also als eine Art imperialistischer Politik zu verstehen und es scheint mir berechtigt zu sagen, dass er heute in maßgeblichen Staaten wieder die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft ist.

In der heutigen Weltgesellschaft scheinen die Bedingungen gegeben, den Drang des großen Kapitals zur Universalität und globalen Ausdehnung seiner Herrschaft erneut in Form imperialistischer Politik durchzusetzen. Die als *neuer* oder auch *demokratischer Imperialismus* bezeichnete Form der Politik erzeugt notwendig zwei wesentliche globale Konflikte:

Erstens ist das der Konflikt zwischen kapitalistischen Metropolen und Peripherie (Dritte Welt). Der Reichtum im Zentrum hat die Armut an der Peripherie zur Voraussetzung, und er ist abhängig vom Fluss der Profitquellen an der Peripherie. Die Metropolen gebrauchen ihre überlegene Militärmacht, um diesen Konflikt zu ihren Gunsten zu entscheiden – als Drohkulisse oder Krieg. Verändert haben sich aber wie gesagt die Gesellschaftsverhältnisse und auch die geopolitische Konfiguration und globale Sicherheitsordnung. Es gibt nicht mehr die bipolare militärische Konfrontation zwischen der Ersten und der Zweiten Welt, die Krieg im Kernbereich des Konflikts nicht aufbrechen ließ.

Als eine Folge ergibt sich, Krieg als Mittel der Politik zu gebrauchen ist wieder möglich, auch für Staaten, die zuvor durch die bipolare Sicherheitsstruktur daran gehindert waren. Wo aber haben diese Staaten die Freiheit, Krieg wieder als Mittel ihrer Politik zu gebrauchen? Sie haben sie nur im Bereich zwischen militärischer Übermacht und Ohnmacht. Bisher kam es hier ausschließlich zu High-Tech-Kriegführung mit herkömmlichen, (nichtatomaren) Waffen. Doch es wächst immer mehr die Gefahr, dass dabei auch nichtstrategische Atomwaffen zum Einsatz kommen. Dieser Konfliktbereich ist das Feld für den Gebrauch des Krieges als Mittel der Politik. Die Politik, die in ihnen fortgesetzt wird, ist die Errichtung einer neuen Weltordnung nach dem Maß der stärksten kapitalistischen Mächte.

7 Siehe Horst Heininger: Zur Geschichte der Imperialismustheorie, Krieg, neue Weltordnung und sozialistische Programmatik. 100 Jahre John A. Hobson: Der Imperialismus, Marxistisches Forum, Heft 40/41.

8 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S. 432.

9 Rosa Luxemburg: Imperialismus. Rede am 19. Mai 1914 in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg, in: Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 1973, S. 451.

Zweitens erwächst zugleich ein globaler Konflikt aus der Konkurrenz der großen Mächte untereinander um den geopolitischen Rang bei der Teilhabe an der Kapitalverwertung. In diesem Konflikt spielt die globale militärische Interventionsfähigkeit eine wesentliche Rolle, noch mehr aber die atomare Schlagkraft. Die riesigen Aufwendungen für die strategischen Kernwaffenkräfte in den USA, in Russland und anderen Atommächten lassen sich nicht aus den Konflikten mit militärisch Schwachen erklären. Ihre wesentlichen Gründe liegen in der geopolitischen Rivalität und globalstrategischen Machtkonkurrenz. Auch auf diesem Konfliktfeld, in der Konkurrenz der großen Mächte, ist der Kampf um eine neue Weltordnung wesentlicher Inhalt der Politik.

Aber, und das ist entscheidend, im Konflikt der globalen Konkurrenten untereinander kann Politik nicht mit Krieg *gegeneinander* durchgesetzt werden. Zwischen Atommächten, die sich in ihrer Lebensfähigkeit vernichten können, ist Krieg weiterhin sinnlos, nicht Mittel, nicht Fortsetzung, sondern Ende der Politik. Hier wäre es der alles vernichtende Krieg, der nicht Krieg im eigentlichen Sinne ist. Diesen Konflikt mittels Krieg gegeneinander entscheiden zu wollen, ist genau so sinnlos und unmöglich, wie es das im Konflikt der beiden Gesellschaftssysteme und Machtblöcke im Kalten Krieg gewesen ist. Genau so gefährlich wie seinerzeit ist es aber auch, die Fähigkeit zu einem solchen alles vernichtenden Krieg aufrecht zu erhalten, und damit die Möglichkeit, dass er ausbricht. Das Festhalten am atomar gestützten System konfrontativer militärischer Sicherheit bedroht die Welt weiterhin mit dem atomaren Untergang. Das halte ich für die eigentliche Gefahr. Sie wird meist übersehen, weil die öffentliche Wahrnehmung fixiert ist auf die lokalen Expeditionskriege.

Unübersehbar beweist die heutige Weltgesellschaft also ihre Kriegsfähigkeit. Es geht dabei nur um die Frage, worin sie besteht, wie maßgebliche politische Kräfte von ihr Gebrauch machen können und wohin sie treibt. Gesteigert wird die Kriegsführungsfähigkeit derzeit durch eine enorme Kriegsrüstung. Obgleich der bis zum Irrwitz militarisierte Systemkonflikt Vergangenheit ist, nehmen die Rüstungen nicht ab, sondern wachsen zu immer größeren Ausmaßen empor. Im Jahr 2005 haben die Weltrüstungsausgaben erstmalig die Marke von einer Billion Dollar überschritten. Nach neuesten Angaben bringen davon mit 47 Prozent nahezu die Hälfte allein die USA auf, weitere 30 Prozent die übrigen NATO-Staaten. Der Rest teilt sich in die letzten 23 Prozent, darunter solche Schwergewichte wie Russland, China, Indien und Japan. Noch schwerer aber wiegt die Qualität der Kriegsrüstung. Möglich geworden ist eine Kriegsführung neuer Art mit Präzisionswaffen, vor allem mit zielsuchenden Abstandswaffen, mit satelliten- und computergestützter Gefechtsführung, also Krieg der sechsten Generation,¹⁰ und vorbereitet wird der Krieg aus dem Weltraum¹¹.

Noch immer spielen die Atomwaffen in den Militärstrukturen und strategischen Planungen die Rolle der stärksten einsetzbaren Gewaltmittel. Obwohl der Systemgegensatz entfallen ist, erhalten die USA und Russland weiterhin die Fähigkeit zur garantierten gegenseitigen Vernichtung aufrecht und es ist damit zu rechnen, dass weitere atomare Weltmächte diese Fähigkeit erlangen. Im Sicherheitsrat

10 Siehe Hans Werner Deim: Kriegstheoriekrise, verstärkte Kriegspraxis und Blitzkriegsstrategien der USA für das 21. Jahrhundert, in: Ernst Voit, Wolfgang Scheler (Hg.): Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, a. a. O., S. 123 f.

11 Siehe Hermann Hagens: Kriege im 21. Jahrhundert – an der Schwelle zum »Space War«?, in: Ebenda, S. 155 ff.

haben von den fünf Atommächten schon vier den Ersteinsatz von Atomwaffen zum Grundsatz ihrer Militärdoktrin erhoben.

Grundsätzlich muss man sich darüber klar sein: Nicht der Konflikt zwischen den beiden Eigentumssystemen und Ideologien war der Grund für die Verwandlung des Krieges in einen Gewaltexzess, der jeden politischen Zweck zunichte macht. Die Gründe dafür waren die neuen Kriegsmittel, die alles vernichtenden Waffen und die Verwundbarkeit hochtechnologischer Gesellschaften durch massive Waffenwirkung. Diese Gründe aber bestehen nicht nur weiter, sie verstärken sich immer mehr. Unverhüllt strebt die übrig gebliebene Supermacht eine unipolare militärische Machtstruktur an. Darin sehe ich die größte Gefahr, weil aus dem makabren Gleichgewicht des Schreckens, in dem Raymond Aron seinerzeit – ich denke zu Recht – eine *List der Vernunft* (Hegel) erkannte, gerade das hemmende Gleichgewicht beseitigt, der Schrecken aber entfesselt würde.

Im Verhältnis von Imperialismus und Krieg ist also einiges konstant geblieben und einiges, sehr wesentliches, hat sich verändert. Wir sehen, auch der *neue Imperialismus* geht einher mit Kriegen, erzeugt seine materiellen Mittel und die Neigung, von ihnen politischen Gebrauch zu machen. Vom alten Imperialismus unterscheidet ihn jedoch vor allem, dass Kriege zwischen imperialistischen Konkurrenten nicht mehr führbar sind. Als Ersatz dafür steht wie im Kalten Krieg zwischen den globalen Mächten der *Krieg der schweigenden Waffen*, eine Politik, die den Krieg *gegeneinander* durch wechselseitige atomare Abschreckung paralyisiert – mit all den gefährlichen Implikationen, die der atomaren Abschreckung eigen sind.

Zur Friedensfähigkeit der heutigen Weltgesellschaft

Die Friedensfähigkeit der Weltgesellschaft in der neuen Ära wird häufig generell infrage gestellt. Bejaht man sie, muss man ebenfalls beantworten, worin sie besteht, wie sie realisiert werden kann und wie die Perspektive eines sicheren Friedens zu beurteilen ist. Nach allem, was wir in der zurückliegenden Zeit erfahren haben und über die Entstehungsgründe des Krieges wissen, ergibt sich der Schluss, dass es eine Gesetzmäßigkeit des Krieges nicht gibt. Was es gibt, sind ökonomisch begründete, in den materiellen und ideologischen gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnde Triebkräfte für militärische Gewalt und Krieg. Aber Krieg gehört der Politik an, ist Form der Politik und folglich Willensentscheidung von gesellschaftlichen Subjekten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Krieg eine mögliche Form der Politik ist, können mehr oder weniger Triebkräfte des Krieges freisetzen, erzwingen aber den Krieg nicht. Er bleibt ein Akt der politischen Entscheidung zwischen grundsätzlich gegebenen Alternativen, weil in denselben ökonomischen und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen stets zugleich auch Triebkräfte für Frieden wurzeln.

Gerade die bürgerliche Produktionsweise braucht friedliche Bedingungen für ihr normales Funktionieren. Frieden ist eine notwendige Geschäftsbedingung für die Kapitalverwertung. Rosa Luxemburg unterschied zwei Seiten der kapitalistischen Akkumulation. Über die eine Seite, die sich in der Produktion und auf dem Warenmarkt vollzieht, schrieb sie: »Friede, Eigentum und Gleichheit herr-

12 Rosa Luxemburg:
Die Akkumulation des
Kapitals, a. a. O., S. 397.

13 Karl Marx: Grundrisse
der Kritik der Politischen
Ökonomie, Berlin 1953,
S. 47.

schen hier als Form«. Daneben vollzieht sich die Kapitalakkumulation, das ist die andere Seite, auch außerhalb der rein ökonomischen Sphäre auf der Weltbühne. »Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege.«¹² Im Krieg sieht Rosa Luxemburg also nur eine unter mehreren Methoden, die Kapitalakkumulation mittels imperialistischer Politik zu betreiben, und die erste, die grundlegende Seite der Kapitalakkumulation erfordert geradezu Frieden.

Vom Krieg sagte Marx, dass »er unmittelbar ökonomisch dasselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser wüf«. ¹³ Mittelbar soll er freilich ökonomisch Gewinn bringen. Krieg soll, allgemein gesprochen, einen anderen Frieden schaffen, Frieden zu den eigenen Bedingungen, einen, der bessere Bedingungen für die Kapitalverwertung bietet. Krieg ist für die bürgerliche Gesellschaft daher nicht der Normalzustand, sondern der Ausnahmezustand. Das kann natürlich nicht beruhigen, denn eben dieser Ausnahmezustand zerstört, wenn er eintritt, beim heutigen Stand der Kriegstechnik die Lebensgrundlagen der betroffenen Gesellschaft. Aber dass Frieden, diese Form der Politik, der Normalzustand der bürgerlichen Gesellschaft ist, das ist der wesentliche objektive Ansatzpunkt für das Ringen um den Frieden. Ohne diese materielle Voraussetzung in den Gesellschaftsverhältnissen selbst könnten wir die Hoffnung, unter den gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen einen sicheren Frieden zu erkämpfen, als aussichtslos fahren lassen.

In der heutigen Weltgesellschaft ist der Gebrauch des Krieges für kapitalistische Akteure eine Kosten-Nutzen-Rechnung, bei der sie sich allerdings oft verrechnen. Die USA haben allein im Irakkrieg schon über 200 Milliarden Dollar ins Wasser geworfen, und es werden noch viel mehr. Eine Weltordnungspolitik mit Militärmacht und Krieg kann den Interessen der Kapitalgewaltigen möglicherweise mehr schaden als nutzen. Wenn dieselben Resultate ohne Krieg erreicht werden können, warum dann den Aufwand für Krieg betreiben und die Kriegsrisiken eingehen? Ich halte es für wahrscheinlich, dass die negativen Folgen der aggressiven Variante globaler Kapitalherrschaft mittel- oder langfristig einen Strategiewechsel erzwingen werden.

Allerdings erzeugen Militarisierung und Krieg auch eine eigene Logik. Einmal gesetzte Ursachen haben fortgesetzte Wirkungen. Ist die Rüstungsspirale einmal im Gang und ist die Kriegsführungsfähigkeit geschaffen, dann ist die Verführung groß, sie zu nutzen. Es wächst dann auch der Druck, den die geschaffenen Tatsachen ausüben. Der Geist der Militarisierung, das Geflecht der gesellschaftlichen Strukturen, die die Kriegsführungsfähigkeit ausmachen, die Notwendigkeit, ihre Funktionstüchtigkeit aufrechtzuerhalten und die Rüstungslasten zu rechtfertigen, drängen zum Krieg.

So eng imperialistische Politik aber auch mit Krieg verbunden ist, wäre es doch falsch, sie mit Krieg zu identifizieren. Imperialistische Politik muss nicht unbedingt kriegerisch sein. Auch für sie gilt, dass Krieg und Frieden zwei Formen der Politik sind, zwischen denen ihre Akteure wählen können. Ein und dieselbe Politik kann in der Form des Friedens oder in der Form des Krieges betrieben werden. Diese Unterscheidung ernst zu nehmen ist ganz wichtig für eine Dif-

ferenz, von der außerordentlich viel abhängt. In Bezug auf das Verhältnis zum Krieg sehe ich eine gravierende Differenz zwischen dem Imperialismus der Weltmacht USA und dem Imperialismus der Europäischen Union.

Die Vereinigten Staaten, die sich als die einzige Weltmacht verstehen und von einer nationalistisch-neuimperialen Machtgruppierung beherrscht werden, sind darauf aus, den globalisierten Kapitalismus durch ein dauerhaftes amerikanisches Imperium zu sichern. Die reale Voraussetzung dafür ist eine neuartige qualitative Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt.¹⁴ Am deutlichsten äußert sich diese Machtdifferenz in den militärischen Fähigkeiten. Wie Zbigniew Brzezinski verriet, beruht »die *imperiale* Macht Amerikas in hohem Maße auf der überlegenen Organisation und der Fähigkeit, riesige wirtschaftliche und technologische Ressourcen umgehend für militärische Zwecke einzusetzen.«¹⁵ Infolgedessen verfügen die Vereinigten Staaten »heute über einen in technologischer Hinsicht beispiellosen Militärapparat, den einzigen mit einem weltweiten Aktionsradius.«¹⁶

Das animiert die US-Politik, beim Verfolgen ihrer imperialistischen Ambitionen auf militärische Gewalt und Krieg zu setzen. Schon vor seiner Wahl zum Präsidenten ließ Bush wissen: »Unsere Armee ist dafür da, Kriege zu führen und zu gewinnen.«¹⁷ Peacekeeping sei etwas für Europäer. Mit solchen Präferenzen werden in den Vereinigten Staaten Präsidenten gewählt und es wird ihnen gestattet, Kriege zur Neuordnung der Welt zu führen. Die Politik der nationalistischen neokonservativen Machtgruppierung in den USA, mit der, gestützt auf militärische Dominanz, ein *globus americanus* geschaffen werden soll, ist es, die vor allem die Kriege und Gefährdungen des Weltfriedens erzeugt.

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika legt fest: »Die Vereinigten Staaten haben sich seit langem die Option präventiver Handlungen offen gehalten, um einer hinreichend großen Bedrohung der nationalen Sicherheit begegnen zu können... selbst wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird.«¹⁸ Das bedeutet nichts anderes als die Selbstermächtigung zum Aggressionskrieg.

Anders ist das in der Europäischen Union. Die Europäische Union, wage ich zu behaupten, bevorzugt in ihrer imperialistischen Politik nichtkriegerische Formen und setzt militärische Gewalt vorrangig konfliktdämpfend ein. Krieg bleibt eine Option, wird aber als Ultima Ratio der Politik eingestuft und soll durch ein UN-Mandat gedeckt sein. Objektiv hat das wohl seinen wesentlichen Grund darin, dass die Europäische Union schon wegen ihrer schwachen militärischen Potenzen auf die Stärke von Ökonomie und Politik setzen muss, um auf der Weltbühne handlungsfähig zu sein. Es wäre eine politische Dummheit, diese wichtige Differenz in der Haltung zum Krieg zu ignorieren, anstatt sie zu nutzen, um für das Abkoppeln der europäischen Staaten von der kriegerischen Weltordnungspolitik Amerikas zu kämpfen.¹⁹

Die maßgeblichen Staaten in der Europäischen Union wollen zwar ebenfalls die dauerhafte Sicherung eines globalisierten Kapitalismus. Das bindet sie an die einzige Weltmacht und macht sie in de-

14 Siehe Rainer Rilling: Über starke Ökonomie und starke Politik, in: UTOPIE kreativ, Heft 169 (November 2004).

15 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main 1999, S. 26.

16 Ebenda, S. 43.

17 Zitiert in: Markus Günther: »Peacekeeping« ist etwas für Europäer. Die außenpolitischen Vorstellungen der beiden Präsidentschaftskandidaten gehen vor allem bei Friedenseinsätzen der Armee auseinander, in: Sächsische Zeitung vom 27. Oktober 2000, S. 5.

18 Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Friedenspolitischer Ratschlag, <http://www.usinfo.state.gov/> S. 8.

19 »Krieg ist der Feind Europas. Amerika kann auf Kriegsgewinn setzen, Europa muss die Rolle des Militärischen verringern wollen.« Egon Bahr: Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal, München 2003, S. 131.

ren Kriegen leicht zu Spießgesellen. Aber sie wollen nicht machtlose Vasallen in einem *American Empire* sein. In diesem Interessenkonflikt liegen zwei unterschiedliche Strategien miteinander im Streit. Die eine setzt vorrangig auf den Nutzen, den die Sicherung der kapitalistischen Weltordnung durch ein amerikanisches Imperium für die eigenen Interessen haben kann, und will mit eigenen militärischen Fähigkeiten ein Mitspracherecht und die Teilhabe an der Beute sichern. Die andere setzt mehr darauf, dass die Europäische Union ein größeres Gewicht in der Konkurrenz um weltpolitischen Einfluss erlangt und auf dieser Basis ihre geopolitischen Interessen auch in Entgegensetzung zu den amerikanischen verfolgen kann. Dazu hält man militärische Kräfte für erforderlich, die man unabhängig von den USA einsetzen kann.

Aber die Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht die einzige Weltmacht und die Europäische Union ist nicht die einzige aufstrebende Großmacht mit weltpolitischen Ambitionen. Auch von einigen anderen Großmächten wird die derzeitige, weitgehend monopolare Weltordnung in Frage gestellt, und im Werden begriffen ist wohl schon eine oligopolare Weltordnung, also eine, die von mehreren Weltmächten getragen wird. Wir sollten daher, wenn wir die Kriegs- und Friedensfähigkeit der Weltgesellschaft in den Blick nehmen, ihn nicht auf die Vereinigten Staaten und die Europäische Union verengen. Auch andere große Mächte, regionale und solche, die die Potenz zu Weltmächten haben, werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten über Krieg und Frieden mitbestimmen.²⁰ Eine oligopolare Welt- und Sicherheitsordnung kann ambivalente Wirkungen für den Frieden haben. Sie kann die Risiken vergrößern, vielleicht auch verringern, indem sie an die Stelle einer einzigen militärischen Hypermacht eine neue Kräftebalance setzt. Auf jeden Fall wird sie verhindern, dass die Welt ein Jahrhundert amerikanischer Kriege erwartet.

Dass auch andere Mächte künftig über Krieg und Frieden mitbestimmen, gilt vor allem für den ostpazifischen Raum. Bei Roland Benedikter, einem Sozial-, Politik- und Kulturwissenschaftler vom Institut für Ideengeschichte und Demokratieforschung in Innsbruck, kann man dazu lesen: »Der Raum zwischen China, Japan und Taiwan entwickelt sich derzeit, auch wenn dies das ganz mit sich selbst beschäftigte Europa noch weitgehend unterschätzt, zu einer entscheidenden Schnittstelle der weiteren weltpolitischen, aber auch kulturellen und ideengeschichtlichen Entwicklung. ... China, Russland, die beiden Koreas, Japan und auch Taiwan: Das ist der Raum, um den es geht, und aus dem in den kommenden Jahren ohne Zweifel grundlegende Entwicklungen kommen werden.«²¹ An anderer Stelle klingt es bei ihm wie eine Warnung: »Japans schleichender Wiederaufstieg zur militärischen und politischen Regionalmacht erfolgt in der Dialektik gegen China.«²² Ich halte das für zutreffende Aussagen über zukünftige Gewichtungen in der Machtverteilung auf der Weltbühne. Sie sprechen dafür, dass eine von einigen wenigen Weltmächten getragene Ordnung wesentliche Bedingungen setzen wird für das Zustandekommen von Krieg oder Frieden. Und diese werden, wenn ich mich nicht gründlich irre, denen des zurückliegenden Kalten Krieges nicht unähnlich sein.

20 Auf dem *Ostasiengipfel* 2005 haben die wirtschaftlich und politisch wichtigsten Länder, China, Indien und Japan sowie Australien und weitere 12 Staaten der Region die Bildung einer »Ostasiatischen Gemeinschaft« in Angriff genommen, nach Einwohnerzahl sechsmal größer als die EU.

21 Roland Benedikter: *Drache gegen Sonne. China, Japan und der pazifische Raum*, in: Berliner Debatte Initial, Heft 4, 2005, S. 91. »Warum rüstet Japan wirklich auf? Seine Aufrüstung und Handlungserweiterung erfolgt im Schatten des Kampfes gegen das Böse von George Bush. Doch letztlich erfolgt sie gegen China, das in absehbarer Zukunft die gesamte Region, einschließlich Japans, in seinen Gravitationsbereich ziehen wird.« Ebenda, S. 90.

22 Ebenda.

Wie zur Zeit des Kalten Krieges gibt es aber in den Führungs- und Funktionseliten der Weltmächte auch weitsichtige und rational denkende Fraktionen. Derzeit haben in der westlichen Führungsmacht die »Falken« das Sagen. Wenn aber die kriegerische Außenpolitik im Desaster endet, können die »Tauben« wieder in Vorhand kommen und die Politik wird aufhören, in den Kategorien des Krieges zu denken. Dafür jedenfalls sehe ich im kapitalistischen Europa immer noch bessere Voraussetzungen gegeben als im militärisch übermächtigen Amerika. Im Bewusstsein der Völker Europas hat sich aufgrund schrecklicher Kriegserfahrungen zweifellos ein Wandel in der Haltung zum Krieg vollzogen. Hierin sehe ich die Basis, auf der Kriegsverhütung aufbauen kann, hier auf dem politischen Wirkungsfeld, das uns offen steht. Kriege der USA können wir von hier aus nicht verhindern, wir können nur dafür wirken, dass die europäischen Staaten sich ihnen verweigern.²³

Ob die großen westlichen Demokratien gehindert werden können, in den Krieg zu ziehen, wird vor allem davon abhängen, ob es gelingt, in der Mehrheit der Bevölkerung Krieg als Mittel der Politik zu delegitimieren. Für nach wie vor gültig halte ich, was Rosa Luxemburg am Vorabend des Ersten Weltkrieges aussprach, nämlich, »dass Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Volksmasse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens dulgend erträgt. Wenn dagegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt – und in ihr diese Überzeugung, dieses Bewusstsein zu wecken, ist gerade die Aufgabe, die wir Sozialdemokraten uns stellen –, wenn, sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, dass Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind Kriege unmöglich geworden.«²⁴

Für eine gerechte und notwendige Sache halten die Neocons in der Führungs- und Funktionselite der USA die amerikanischen Kriege. Dagegen muss die Position unmissverständlich lauten: Der Angriffskrieg ist ein Verbrechen, ein Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit. Zum Krieg als Mittel der Politik zu greifen, dafür gibt es keinen gerechten Grund und keine moralische Legitimation. In dem Maße, wie dieses Urteil über den Krieg in den westlichen Demokratien zur herrschenden öffentlichen Meinung erhoben werden kann, entzieht es der Politik den Krieg als eines ihrer Instrumente. Dies zu erreichen ist schwierig, aber wir sollten es für möglich halten. Wir wissen aus Erfahrung, Entmilitarisierung der Politik beginnt immer mit der Entmilitarisierung des politischen Denkens, und Lernfähigkeit ist eine Bedingung für Friedensfähigkeit. Wenn wir erreichen, fest im gesellschaftlichen Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheit die Abscheu vor Krieg zu verankern und Frieden als lebensnotwendigen Wert zu setzen, dann werden die westlichen Demokratien trotz ihrer militärischen Strategien und Potenzen nicht imstande sein, in den Krieg zu ziehen.

Die Friedensfähigkeit des Kapitalismus ist von Marxisten und Sozialdemokraten schon einmal anerkannt worden.²⁵ Die auf der Grundlage seiner Interessenstrukturen gegebene Fähigkeit des Kapitalismus zum Frieden, die ja seine Fähigkeit zum Krieg nicht ver-

23 »Es gibt europäische »Traditionen, die dadurch begründet sind, dass sich tief ins kollektive Bewusstsein der europäischen Völker die Erfahrung von Krieg eingegraben hat. Mit Krieg als Mittel der Politik geht man inzwischen Gott sei dank sehr, sehr zurückhaltend um, ja, man begreift Krieg wirklich als Ultima Ratio. Völker, die Krieg im eigenen Land so nie kennen gelernt haben, haben einen anderen Zugang zum und einen anderen Begriff vom Krieg.« Gerhard Schröder: Die Krise, die Europa eint, in: DIE ZEIT vom 27. März 2003, S. 14.

24 Rosa Luxemburg: Verteidigungsrede am 20. Februar 1914 vor der Frankfurter Strafkammer, Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 400.

25 »Das im Osten vertretene Konzept der Friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und das im Westen, vor allem von Sozialdemokraten entworfene Konzept einer Gemeinsamen Sicherheit setzen, soweit sie ernst gemeint und konsequent sind, beide die prinzipielle Friedensfähigkeit der anderen Seite voraus«, bekräftigte ein wichtiges Dokument. Und um unmissverständlich zu sein, heißt es weiter: »Beide Konzepte wären theoretisch sinnlos und auf die Dauer auch nicht praktikabel, wenn sie die Annahme der prinzipiellen Unfriedlichkeit der anderen Seite aufgrund von deren Ideologien oder Interessenstrukturen einschlossen.« Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED/ Grundwertekommission der SPD: Der Streit

der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Neues Deutschland, vom 28. August 1987 und in: Politik. Informationsdienst der SPD, Nr. 3 vom 3. August 1987.

neint, ist eine Voraussetzung für die reale Möglichkeit, Kriege bei bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen zu verhindern. Diese Möglichkeit dauerhaft zu verwirklichen macht es notwendig, wie schon damals erkannt, von konfrontativer militärischer Sicherheit abzugehen und ein System gemeinsamer Sicherheit aufzubauen.

Hierfür gilt es Prioritäten zu setzen, eingedenk der Erkenntnis, dass es verschiedene Formen des Friedens gibt. Wenn in der heutigen Weltgesellschaft infolge imperialistischer Politik der eigenen Regierungen neue, möglicherweise sogar zivilisationszerstörende Kriege drohen, dann erfordert das, zuerst jenen Frieden zu verteidigen, den wir jetzt haben, den Weltfrieden, aber auch einen solchen regionalen Frieden wie den der Europäischen Union. Man kann die Tatsache gar nicht hoch genug schätzen, dass mächtige Staaten, die im blutigen 20. Jahrhundert Erzfeinde waren und die furchtbarsten Kriege der bisherigen Geschichte gegeneinander geführt haben, nun endlich und endgültig Frieden miteinander geschlossen haben. Der Frieden *in* der Europäischen Union beruht nicht mehr auf gegenseitiger militärischer Abschreckung, sondern auf eigener Grundlage, nämlich auf gemeinsamen Interessen und auf der friedlichen Regelung divergierender Interessen. Dieser Frieden ist politisch, wirtschaftlich und rechtlich institutionalisiert und besitzt bereits Qualitäten eines positiven Friedens, obwohl die Staaten, zwischen denen er besteht, kapitalistische sind.

Der bestehende Weltfrieden, ein so schlechter und gewaltförmiger er auch sein mag, ist überlebenswichtig und daher von hohem Wert. Politisch notwendig und auch möglich sind dazu Koalitionen mit gesellschaftlichen Kräften, die weit entfernt davon sind, grundsätzlich Friedensanhänger zu sein. Dazu zähle ich auch Fraktionen der Herrschenden, die zwar nicht generell auf die Fähigkeit zum Krieg verzichten wollen, die aber Frieden bevorzugen und vor allem den Weltfrieden nicht brechen wollen, weil sie wissen, dass es aus einem neuen Weltkrieg keine Rückkehr zum Frieden gibt.

Soll der jetzt bestehende Weltfrieden, der im Wesentlichen ein bloß negativer Frieden und daher ständig gefährdet ist, zu einem sicheren, ungefährdeten werden, dann muss er zu einem positiven Frieden entwickelt werden. Es wäre allerdings blauäugig und wenig realistisch zu glauben, die Weltgesellschaft könne in einem einmaligen Akt vom negativen, gewaltbewehrten zum positiven, gewaltlosen Frieden gelangen. Der positive Frieden muss als Prozess verstanden werden, in dem es positiven Frieden unterschiedlichen Grades gibt.

Als nächstliegende Form positiven Friedens erscheint jene realistisch, die mit dem Namen *globale gemeinsame Sicherheit* benannt wird. In der heutigen Weltgesellschaft ist die einzig mögliche Alternative zum bloß negativen Frieden, zu militärischer Konfrontation und weiteren Kriegen ein grundlegender Wechsel zu einem ganz anderen Prinzip internationaler Sicherheit. Das andere, das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit, ist meines Erachtens die konstruktive Grundidee für eine zukunftsfähige globale Friedensordnung. Der Übergang zur globalen gemeinsamen Sicherheit böte die Grundlage dafür, dass militärische Macht sukzessive ihren Gebrauchswert verliert und die Politik die militärische Denkweise und Kriegsinstrumente mehr und mehr ablegen kann.

Als die Kraft, die einen Umschwung zur *globalen gemeinsamen Sicherheit* herbeiführen kann, sehe ich ein vielschichtiges Parallelogramm teils entgegengesetzter, teils gleichgerichteter Wirkungen von gesellschaftlichen Bewegungen und von realistischen Fraktionen der herrschenden Klasse, die aus Gründen weitsichtig kalkulierter Interessen, Wettrüsten, militärische Konfrontation und Kriege eindämmen und das Überlebensrisiko ausschalten wollen. Gesellschaftliche Bewegungen, die jede auf ihre Weise auf das strategische Ziel eines sicheren Friedens hinwirken, sind die *Friedensbewegung*, die *Bewegung der Globalisierungskritiker* – vor allem in Gestalt der *Sozialforen* –, die *Menschenrechtsbewegung* und die *Arbeiterbewegung*. Obgleich von interessierter Seite totgesagt, ist es vor allem die Arbeiterbewegung, die immer noch direkt und wirkungsvoll in das Getriebe der Kapitalreproduktion eingreifen kann. Im Widerstand gegen das in neuen Formen agierende Kapital und seine Wildheit erweist sich auch sie in neuen Formen. Eine globale Renaissance der Arbeiterbewegung macht sich bemerkbar, die nicht einfach die Fortsetzung der alten europäischen Arbeiterbewegung des vergangenen Jahrhunderts ist.²⁶

Das auf Frieden gerichtete und möglichst koordinierte Wirken all dieser und noch weiterer gesellschaftlicher Bewegungen bildet die Basis dafür, dass die bestehenden Differenzen in der herrschenden Klasse über die Bevorzugung einer kriegerischen oder nichtkriegerischen Globalstrategie sich vertiefen, die kriegerische Kapitalfraktion zurückgedrängt wird und die friedwilligere Kapitalfraktion in Vorhand gelangen kann. Wenn die Kräfte nicht ausreichen, in der herrschenden bürgerlichen Klasse die Differenzen zwischen »Falken« und »Tauben« so zu vertiefen und den Friedensgedanken so ins öffentliche Bewusstsein zu heben, dass die »Falken« die Meinungsführerschaft an die »Tauben« verlieren, dann kann es bei gegebenen kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen keinen Fortschritt zu einem sicheren, zu einem positiven Frieden geben.

Wiederholen wir nicht, was sich in der sozialistischen Bewegung als Fehler erwiesen hat und worin auch Rosa Luxemburg irrte, als sie glaubte: »Nicht auf die Friedensinteressen irgendeiner Kapitalistenclique, sondern lediglich auf den Widerstand der aufgeklärten Volksmassen als Friedensfaktor geziemt es uns zu rechnen.«²⁷ Kriege jetzt verhindern und Frieden sicherer und besser machen – das verträgt keine politische Enge. Es erfordert die größtmögliche politische Koalition. Erforderlich in der heutigen kapitalistisch dominierten Weltgesellschaft ist eine *neue Koalition der Vernunft und des Realismus für den Frieden*.

26 Siehe Frank Deppe: Die globale Renaissance, in: Neues Deutschland (Berlin) vom 5./6. November 2005, S. 19.

27 Rosa Luxemburg: Um Marokko, in: Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 1973, S. 10.

JÜRGEN LEIBIGER

Demografische Wende und Finanzierung des Wohlfahrtsstaats

»Die fetten Jahre sind vorbei.« »Wir leben über unsere Verhältnisse«. So oder ähnlich geht das Lamento. Das ist schon verwunderlich, denn in einer gegebenen Periode kann eigentlich nur das konsumiert und investiert werden, was zuvor in dieser Wirtschaft produziert wurde, es sei denn, es besteht ein außenwirtschaftliches Defizit. Deutschland hat jedoch Überschüsse, d. h. es konsumiert und investiert weniger, als es produziert.

Aber halt! Wird hier das »über unsere Verhältnisse« nicht allzu wörtlich genommen? Könnte es nicht sein, dass die kumulierten Rechtsansprüche auf künftige Einkommen die Möglichkeiten der Gesellschaft in einigen Jahren oder Jahrzehnten überschreiten? Kann es nicht sein, dass die heutigen Rentenversprechen, Ansprüche auf andere Sozialtransfers und Versprechen auf Erträge aus Anlagekapital vielleicht schon in naher Zukunft nicht realisiert werden können, weil sie an eine wirtschaftliche Dynamik gebunden sind, die sich bei zu hohem Konsum und zu niedrigen Investitionsquoten nicht realisieren lässt?

Auch wenn Zukunftsängste zur Begründung des Sozialabbaus missbraucht werden, entbindet das nicht davon, ihre realen Quellen zu analysieren. Die kritische Haltung zur Strategie des Sozialabbaus muss die Beantwortung der Frage nach einer Alternative unter veränderten Bedingungen einschließen. Die gefühlsmäßige Ablehnung sozialer Einschnitte reicht in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht aus. Alle demografischen Berechnungen zeigen eine stagnierende oder sinkende und zugleich alternde Bevölkerung, so dass die Erwerbstätigen künftig für mehr Nichterwerbstätige im Vergleich zu heute sorgen müssen. Mit wieviel Erwerbstätigen ist zu rechnen und werden deren Arbeitsvolumen und Produktivität hoch genug sein, um die im heutigen Sozialsystem erworbenen Einkommensansprüche der dann nicht mehr Erwerbstätigen sowie Sozialleistungen in angemessenem Umfang zu realisieren und, falls dies nicht der Fall ist, welche Veränderungen dieses Systems sind erforderlich?

1. Die Krise des Wohlfahrtsstaates

Die Tatsache einer Krise des Wohlfahrtsystems, im Kern bestehend aus der Sozialversicherung (Rentenversicherung, Gesundheitsversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung) und dem System zur Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat im engeren Sinne, d. h. die Gebietskörperschaften (Bildung, Wissenschaft, öffentliche Sicherheit, Leistungen zur Sozial-

Jürgen Leibiger – Jg. 1952; Dr. rer. oec. habil., Studium der Mathematik und Datenverarbeitung in Halle, 1985/86 Dozent für politische Ökonomie in Addis Abeba, seit 1992 als Referatsleiter und Dozent für Volkswirtschaftslehre an einer Fortbildungsakademie, zuletzt in UTOPIE kreativ: Arbeitszeitverkürzung und Perspektiven der Freizeit, Heft 160 (Februar 2004)

hilfe und Kinderbetreuung usw.), ist weitgehend unbestritten. Allerdings gehen die Meinungen darüber, worin diese Krise besteht und was ihre Ursachen sind, auseinander und der teilweise akute Handlungsbedarf wird mit der Diskussion über die langfristigen Perspektiven des Wohlfahrtssystems durcheinander geworfen. Hier wird die Ansicht vertreten, dass diese Krise (1) in einem Missverhältnis zwischen wohlfahrtsstaatlichen Bedürfnissen und Bedarf und der finanziellen Deckung dieses Bedarfs besteht. Diese Diskrepanz ist dadurch entstanden, dass zumindest ein Teil dieses Bedarfs durch wirtschaftspolitische Fehler verursacht ist (chronische Massenarbeitslosigkeit, Belastung der Rentenkassen durch versicherungsfremde Leistungen) und dass die Fehldeckung auf systematisch falsche Verteilung der Lasten zurückzuführen ist. (2) Dieselben Ursachen führen dazu, dass bestimmte soziale Risiken nicht mehr wohlfahrtsstaatlich vermindert oder ausgeglichen werden, sondern, wie z. B. die mangelnde Rentenversicherung im Falle prekärer Erwerbsbiografien, voll auf das Individuum durchschlagen und zu wachsender Bedürftigkeit und Armut führen. (3) Ein drittes Moment – und darin unterscheidet sich diese Diagnose vom Mainstream der Ökonomen – ist ein wesentliches Element dieser Krise eine sich verfestigende soziale und verteilungspolitische Schieflage zuungunsten der Lohn- und Sozialtransferempfänger.

Trotz der problematischen Lage ihrer Sozialkassen ist die deutsche Wirtschaft, *gemessen an ihrer gesamten Leistungskraft*, keineswegs überfordert. Der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist zwar in den vergangenen fünfzehn Jahren gestiegen, aber schon einmal – 1975 – betrug die Sozialleistungsquote 31,4 Prozent; sie ist bis heute auf 32,6 Prozent gestiegen, eine keineswegs dramatische Entwicklung. Die Begründung der Überforderungsthese mit den vergleichsweise hohen Quoten beruhen auf einer Verengung des Blicks: Die USA zum Beispiel haben eine niedrigere Sozialleistungsquote, weil viele der entsprechenden Leistungen privat finanziert werden, also nicht beim Staat, sondern bei den privaten Haushalten verbucht werden. Die entsprechenden Kosten sind trotzdem wirksam. Die Gesundheitskosten machen in den USA 13 Prozent des BIP, in Deutschland nur 11,5 Prozent aus. Die oben konstatierte Diskrepanz hat also nichts mit einer Überforderung der Wirtschaft insgesamt zu tun. Sie äußert sich zum einen im Druck auf die Sozialkassen und zum anderen im chronischen Staatshaushaltsdefizit. Die staatliche Schuldenquote ist in den vergangenen dreißig Jahren von etwa 20 auf 66 Prozent des BIP im Jahr 2004 angewachsen und beträgt über 1,4 Billionen €. Die Sozialversicherungen sind chronisch defizitär. Obwohl die Beitragssätze zur Sozialversicherung von insgesamt 35 auf 42 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Entgelte angestiegen und Leistungskürzungen vorgenommen worden sind, hat sich der Anteil der Sozialbeiträge an der Finanzierung der Sozialsysteme seit 1991 von 65 Prozent auf 60 Prozent vermindert; die öffentlichen Zuweisungen mussten von 31 auf 38 Prozent erhöht werden. Natürlich geht ein Teil dieses finanziellen Drucks auf wachsende Kosten des Sozialsystems zurück. Die ausschlaggebende Ursache dieser Krise ist jedoch die chronische Massenarbeitslosigkeit, die auf der einen Seite zur Minderung der Einnahmen und auf der

1 »...unter anderem haben die nicht zuletzt wegen der Sozialbeiträge hohen Lohnzusatzkosten ... dafür gesorgt, dass Jobs in Deutschland verloren gegangen sind«. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), iwd Nr. 17 vom 28. April 2005, S. 2.

2 Nach: BMGS (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2004.

3 Angaben nach: SVR 2004, Tabellen im folgenden.

4 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Pressexemplar), Wiesbaden 2003.

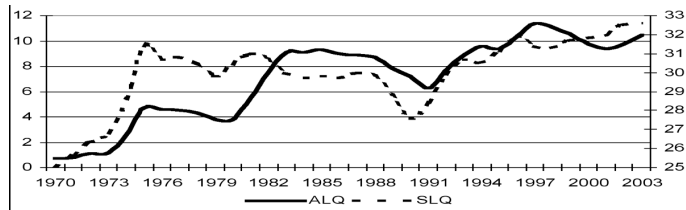
5 BMGS (Hrsg.): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherung, Bericht der Kommission, Berlin.

6 Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik (2004), www.memo.uni-bremen.de, S. 4.

7 ver.di (Hrsg.): Mythos Demografie, Berlin 2003, S. 13 ff.

anderen Seite zur Steigerung der Ausgaben führt. Selbst steigende Beschäftigung war in den vergangenen Jahren nicht mit einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verbunden. Es ist absurd, wenn die gestiegene Sozialquote zur Ursache der hohen Arbeitslosigkeit erklärt wird.¹

Abbildung 1:
Arbeitslosenquote und Sozialleistungsquote²



Eine weitere Ursache ist der schleichende Rückzug der Arbeitgeber, Selbständigen und Spitzenverdiener aus der Finanzierung der gesetzlichen Versicherung. So sank der Anteil der Arbeitgeber an der Finanzierung von 39 auf 34 Prozent.³ Seit Beginn der neunziger Jahre kommt als spezifischer Grund hinzu, dass die sozialen Kosten der ruinösen Strategie bei der Vereinnahmung der ostdeutschen Wirtschaft durch westdeutsche Konzerne vor allem den Sozialkassen aufgebürdet wurden.

2. Demografische Wende und Wirtschaftswachstum

Die Diskussion über die Perspektive des Wohlfahrtsstaates sind zuletzt vor allem durch die 10. koordinierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes⁴ und den Bericht der Rürup-Kommission⁵ angeheizt worden. Die Reaktion auf die Bevölkerungsprognose bestand auf der Seite jener, die den Sozialabbau forcieren wollen, in Hysterie, Dramatisierung und Instrumentalisierung. Andererseits gab es auch Reaktionen, in denen langfristige Prognosen als »Kaffeersatzleserei« abgetan wurden. Schließlich hätte eine 50-Jahre-Prognose zu Beginn des 20. Jahrhunderts glatt 2 Weltkriege und eine Prognose um 1950 den Mauerfall, allesamt Ereignisse mit gravierenden Wirkungen, übersehen.⁶ Außerdem würden die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung dabei nicht in Betracht gezogen.⁷

Nun sind in der Tat viele ökonomische, soziale und politische Faktoren langfristig kaum einzuschätzen. Trotz verfeinerter Prognoseverfahren sind vor allem Tendenzänderungen, Trendwenden kaum vorhersehbar, von politischen Rahmenbedingungen ganz zu schweigen. Aber wegen dieser Unsicherheit darf auf Prognosen verzichtet werden. *Erstens* betrifft jede politische Entscheidung die Zukunft und impliziert bewusst oder unbewusst eine »Prognose« und *zweitens* operiert der politische Gegner gleichfalls mit Prognosen und beeinflusst damit die Öffentlichkeit. Prognosen sind also notwendig. Bei aller Ungenauigkeit ermöglichen sie überhaupt erst die politische Handlungsfähigkeit; es können logisch unmögliche oder unwahrscheinliche Entwicklungen und politische Alternativen heraus gefunden werden sowie Bandbreiten und Varianten der Entwicklung verdeutlicht werden.

Die erwähnten Bevölkerungs- und Einkommensprognosen reichen bis maximal 2050. Während die Bevölkerungsprognose bzw. der Korridor, in dem sich die wahrscheinlichen Varianten bewegen, relativ gesichert sind, wenn gravierende sozialpolitische »Wenden« ausbleiben, weil sich das diesbezügliche Verhalten im Normalfall nur langfristig ändert (Der katastrophale Geburteneinbruch in Ostdeutschland war eine solche unvorhersehbare Wende.), gilt dies für das Wirtschaftswachstum keineswegs.

Für die hier zu beantwortende Frage sind vor allem drei Größen der Bevölkerungsprognose relevant: die Bevölkerung insgesamt, der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (Bevölkerung im Alter von 15 oder 20-65 Jahre) sowie der Anteil der unter 15- und der über 65-Jährigen. Die Bevölkerungsprognose macht zunächst keine Aussagen über das wahrscheinliche Erwerbsverhalten der erwerbsfähigen Bevölkerung, das ja für die Prognose des Erwerbspersonenpotenzials wichtig wäre. Um die Variationsbreite der Prognosen sichtbar zu machen, seien hier aus den neun in der Koordinierten Bevölkerungsprognose berechneten Varianten die mit dem im Jahr 2050 höchsten (Variante 3) und dem niedrigsten (Variante 7) Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (hier: der 20-65-Jährigen) ausgewählt.

Tabelle 1:
Prognosen der Bevölkerung und der Erwerbspersonen im Vergleich

	gesamt		unter 20jährige		20- bis 65jährige		über 65 Jahre		EPP (a)		EPP (b)	
	Mio	Mio	%	Mio.	%	Mio.	%	Mio.	%	Mio.	%	
2001	82,4	17,3	20,9	51,1	62,0	14,1	17,1	40,1	48,7	-	-	
2050 (V. 3)	78,5	13,0	16,6	43,9	56,0	21,5	27,4	34,5	43,9	40,9	52,1	
2050 (V. 7)	69,6	10,7	15,4	36,4	52,2	22,6	32,5	28,6	38,0	33,9	45,1	

EPP(a): der gegenwärtige Anteil der EPP an den 20-65jährigen = 78,5 Prozent bleibt erhalten

EPP(b): das weibliche Erwerbsverhalten steigt auf den gegenwärtigen Wert bei Männern.

Berechnet nach: Statistisches Bundesamt, a. a. O.

Fett markiert ist die bezüglich des Erwerbspersonenpotenzials ungünstigste Variante mit einer Erwerbsquote von nur 38 Prozent und die günstigste Variante mit einer Erwerbsquote von 52,1 Prozent. Die Streubreite dieser Varianten für die Entwicklung des Arbeitsvolumens ist enorm, wobei hier die Veränderung der Arbeitszeit nicht in Betracht gezogen ist.

Noch unsicherer ist die Prognose der potenziellen Produktion bzw. der Produktivität. Für die Prognose der Entwicklung des BIP sind zwei prinzipielle unterschiedliche Methoden denkbar: *Erstens* über die Abschätzung einer Produktionsfunktion, z. B. $Y=Y(A,K,T)$ und *zweitens* mittels der Ableitung aus der Arbeitsproduktivität und dem Erwerbspersonenpotenzial: $BIP = Ap * EPP$.

Ohne hier eine umfassende Bewertung dieser Verfahren vornehmen zu können, sei doch darauf hingewiesen, dass die statistische Nutzung neoklassischer Produktionsfunktionen zwar weit verbreitet, jedoch äußerst umstritten ist. Die Auseinandersetzung darüber füllt ganze Bibliotheken. Auch das jüngst vom Sachverständigenrat und vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln benutzte Verfahren, bei dem nicht Produktionsfaktoren, sondern recht willkürlich gewählte so genannte »Wachstumstreiber« geschätzt und in eine Funktion eingebaut wurden⁸, sind skeptisch zu beurteilen.

8 Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Vision Deutschland, Köln 2005.

9 Vgl. z. B. Georg Erber, Ulrich Fritsche: Estimating and Forecasting Aggregate Productivity Growth Trends in the US and Germany, DIW Discussion Papers 471, Berlin 2005 und Christoph Kamps, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp: Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland bleibt schwach, Kieler Diskussionsbeiträge 414, Kiel 2004.

Beim zweiten Verfahren müssen Annahmen über die Bestimmungsfaktoren der Arbeitsproduktivität getroffen oder es muss eine Trendfunktion geschätzt werden.⁹ Es gibt jedoch kein Gesetz der Produktivitätsentwicklung, das eine lineare, exponentielle oder wie auch immer geartete Extrapolation erlauben würde und es ist rührend, zu lesen, wie darüber debattiert wird, ob dieses Wachstum künftig bei 1,8 oder eher 2,0 Prozent liegt. Bei diesen Verfahren werden statistisch ermittelte Ex-post-Durchschnitte extrapoliert. Aber gerade der Trend zeigte in der Vergangenheit nach unten, d. h. die Wachstumsraten wurden immer niedriger. Weshalb sollte plötzlich *langfristig* eine konstante Rate existieren? Konstant war in der Vergangenheit eher der absolute Zuwachs; der Basiseffekt zeigt sich dann in niedrigeren Wachstumsraten. Aus dem Blickwinkel der Bestimmungsfaktoren des Wachstums der Produktivität müsste vom Investitionstempo ausgegangen werden, weil über die Investitionen neue Technik in den Produktionsprozess eingeführt wird.

In der folgenden Übersicht sind verschiedene Prognosen des Pro-Kopf-Einkommens zusammen gestellt. Da sie unterschiedliche Zeithorizonte aufweisen, wurden sie bis 2050 linear verlängert (Wert in Klammern), um sie besser vergleichen zu können. Das BIP pro Einwohner beträgt gegenwärtig 26 561 €.

Tabelle 2:
Prognosen des Pro-Kopf-Einkommens

Quelle	BIP/Einw. Prognosejahr	2050
Rürup ¹⁰	2040: 46,5 Tsd. €	(ca. 52 Tsd. €)
Reuter ¹¹		54,4 Tsd. €
iwd A, Stagnationstrend ¹²	2024: 28,1 Tsd. €	(ca. 35 Tsd. €)
iwd B, Szenario Angebotspolitik ¹³	2024: 42,1 Tsd. €	(ca. 58 Tsd. €)
pessimistische Prognose		30 Tsd. €
optimistische Prognose		63 Tsd. €

10 BMGS (Hrsg.), Nachhaltigkeit, a. a. O.

11 Norbert Reuter: Demografische Entwicklung contra Sozialstaat? Eine ökonomische Potentialanalyse, in: Intervention, Nr. 2, 2004.

12 iwd, a. a. O., S. 48.

13 Ebenda.

Rürup: Prognose bis 2040, durchschnittliche Wachstumsrate der Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) von 1,8 Prozent, Erwerbspersonenpotenzial 37,6 Mio., Arbeitslosenquote sinkt auf 3,7 Prozent. Eigene Extrapolation bis 2050.

Reuter: durchschnittliche Wachstumsrate der Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) von 1,5 Prozent, Erwerbstätige 36,5 Mio., Arbeitslosigkeit wird beseitigt.

iwd A: Prognose auf der Grundlage einer Wachstumsfunktion ohne Änderung der Wirtschaftspolitik (eigene Extrapolation bis 2050).

iwd B: Prognose auf der Grundlage einer Wachstumsfunktion mit einer Änderung der Wirtschaftspolitik (eigene Extrapolation bis 2050).

pessimistische Prognose: lineare Trendextrapolation der Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) auf der Grundlage der Werte 1992-2002, Bevölkerung entsprechend der Variante 7 der 10. koordinierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes, Erwerbsquote verändert sich gegenüber 2004 nicht, keine Arbeitslosigkeit. Eigene Berechnung.

optimistische Prognose: Produktivität wächst jährlich um 1,8 Prozent, Bevölkerung entsprechend der Variante 3 der 10. koordinierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes, Erwerbsquote steigt insgesamt auf das Niveau der Männer in der Gegenwart, keine Arbeitslosigkeit. Eigene Berechnung.

Der Unterschied zwischen diesen Prognosen ist trotz jeweils plausibler Voraussetzungen enorm. Was die Bevölkerungsentwicklung anbelangt, so ist die Spannweite der Varianten gut begründet, dies gilt auch für die Entwicklung der Erwerbsquote, wobei hier keine Arbeitszeitverkürzung unterstellt wurde. Was die Entwicklung der Produktivität jedoch anbelangt, so ist die Unsicherheit bezüglich der Variationsbreite wesentlich höher. Trotzdem zeigt sich auch bei der als pessimistisch bezeichneten Variante einer sinkenden Wachstumsrate der Produktivität (ihr *absoluter Zuwachs* ist als konstant unterstellt), dass das Pro-Kopf-Einkommen, wenn auch nur mäßig, steigt.

Diese Ergebnisse unterstellen alle jeweils unveränderte Arbeitszeit. Das heißt, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erfolgt auf der Grundlage einer wachsenden Zahl von Arbeitsplätzen infolge des Wachstums der Investitionen. Die wünschenswerte Senkung der Arbeitszeit trägt zwar zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei, vermindert aber im gleichen Zug das für die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen wichtige Wachstum des Arbeitszeitvolumens. Es existiert also ein trade-off oder Zielkonflikt zwischen der Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen und der Freizeit pro Kopf. Der gegebene Zuwachs der Produktivität je Arbeitsstunde ist die jeweilige Obergrenze für die Summe aus Zuwachs an Einkommen und Freizeit pro Kopf. Es hängt vom Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen ab, wie dieser gegebene Zuwachs letztlich aufgeteilt wird, aber er kann nicht zweimal aufgeteilt werden.¹⁴

Was lassen sich aus einer Steigerung des Pro-Kopf-BIP für Schlüsse bezüglich der Finanzierbarkeit der Sozialsysteme ziehen? Stimmt es, dass damit automatisch auch eine Erweiterung des Spielraums verbunden ist?¹⁵ Dies ist keineswegs der Fall, weil ein Teil des BIP für Abschreibungen und Nettoinvestitionen (die ja Voraussetzungen steigender Arbeitsproduktivität sind) erforderlich ist; d. h. es ist nicht nur der Verteilungsspielraum, sondern auch die Verwendung zu untersuchen. Für den Verbrauch und darunter für die Finanzierung der Sozialsysteme steht nur ein Teil des BIP zur Verfügung. Wenn der technische Fortschritt mit steigendem Kapitalkoeffizienten verbunden ist, muss die Investitionsquote erhöht und die Konsumquote als Anteil des öffentlichen und privaten Konsums am BIP ver-

14 Vg. auch Jürgen Leibiger: Arbeitszeitverkürzung und Perspektiven der Freizeit, in: Ronald Blaschke, Jürgen Leibiger: Arbeitszeitverkürzung – Begründungen, Probleme, Lösungsansätze. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2004.

15 Norbert Reuter identifiziert eine solche Entwicklung mit »Einkommenssteigerungen ...für jede Bürgerin und jeden Bürger...Vorausgesetzt, der gesamte Einkommenszuwachs würde gleichmäßig auf alle Köpfe verteilt.« Norbert Reuter: Demografische Entwicklung contra Sozialstaat? a. a. O., S. 29.

mindert werden. Auch die innere Struktur des Konsums wird sich bei zunehmendem Alten- und Belastungsquotienten verändern. Es können dann nicht sowohl verfügbare Erwerbs- und Vermögenseinkommen als auch z. B. Renteneinkommen entsprechend der Produktivitätsentwicklung steigen, weil der Anteil letzterer und damit die entsprechenden Sozialabgaben wachsen müssen.

Für die Einschätzung der Tragfähigkeit des Sozialsystems reicht also eine potenzialorientierte Betrachtung nicht aus. Sie muss durch eine Analyse der Entwicklung des spezifischen Bedarfs an Sozialleistungen und ihrer inneren Struktur ergänzt werden und bleibt auch dann mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, weil Tempo und Charakter des technischen Fortschritts und der Produktivitätsentwicklung nicht sicher prognostiziert werden können.

3. Strukturveränderungen des Wohlfahrtsstaates

Die einzelnen Elemente des Wohlfahrtssystems sind von der Veränderung der demografischen Struktur sehr unterschiedlich betroffen. Dies betrifft sowohl die altersspezifischen Kosten der einzelnen Elemente als auch die Einnahmen der Kassen. Die Analyse dieser Zusammenhänge wird als Generationenbilanzierung bezeichnet.¹⁶ Die folgende Übersicht dient einer ersten Verdeutlichung dieser Bilanzierung.

Tabelle 3:
Generationenbilanzierung

(Die Kreuze verdeutlichen einen mehr oder weniger hohen Betrag pro Kopf)

Element des Wohlfahrtsstaats	Lebensalter 0-15		15-65		über 65	
	geleist. Beitrag	empfang. Leistung	geleist. Beitrag	empfang. Leistung	geleist. Beitrag	empfang. Leistung
Gesundheit	0	x	xx	xx	x	xxx
Pflege	0	x	xx	xx	x	xxx
Unfall	0	0	xx	xxx	0	0
Arbeitslosigkeit	0	0	xxx	xxx	0	0
Alter	0	0	xxx	0	0	xxx
Familie (Kinder)	0	xxx	xxx	0	0	0
Bildung	0	xxx	xxx	x	0	0

Ohne hier eine vollständige Bilanzierung vornehmen zu wollen, sollen doch zumindest einige Elemente des Wohlfahrtsstaates unter dem Blickwinkel der demografischen Wende analysiert werden.

Öffentliche Güter von Bund, Ländern und Gemeinden

Ein Teil der von den Gebietskörperschaften bereitgestellten Güter sind bevölkerungs- und altersunabhängig, wie z. B. Verteidigungsaufgaben, Auswärtiges usw. Ihre Finanzierung wird durch die Finanzierungsmöglichkeiten begrenzt. Andere Bereiche sind zwar bevölkerungs- aber nicht oder weniger altersspezifisch, wie z. B. öffentliche Sicherheit oder Kultur und wieder andere sind stark von der Altersstruktur der Bevölkerung abhängig; hier ist z. B. die Bildung zu nennen.

16 Vgl. z. B. Bernhard Manzke: The long-term sustainability of public finance in Germany – an analysis based on generational accounting, Diskussionspapier 10/02 der Deutschen Bundesbank, März 2002.

Große Bereiche der Infrastrukturfinanzierung sind unelastisch gegenüber Nachfrage- und damit auch Bevölkerungsänderungen, weil ihr Betrieb mit hohen Fixkosten verbunden ist. So geht zwar die Nachfrage nach Trinkwasser mit dem Bevölkerungsrückgang zurück, die Aufbereitungs- und Transportsysteme sind jedoch in ihren Dimensionen nicht im gleichen Maße veränderbar, so dass die Kosten pro Kopf steigen.

Was die Finanzressourcen der Gebietskörperschaften anbelangt, so sorgt die progressive Gestaltung von Teilen des Steuertarifs bei steigenden Einkommen eigentlich für überproportional steigende Einnahmen, auch wenn die Steigerungsraten der Vergangenheit nicht mehr erreicht werden. Die Bereitstellung der öffentlichen Güter dürfte somit eigentlich nicht gefährdet sein, wenn die Steuersätze nicht gesenkt werden und innerhalb der Budgets die erforderlichen Anpassungen erfolgen. Letzteres freilich dürfte schwierig genug sein, weil damit ja auch personelle Konsequenzen verbunden sind.¹⁷ Diese Einschätzung bedarf der Modifizierung infolge der bereits aufgelaufenen Verschuldung und der starken konjunkturellen Schwankungen. In den weiteren Überlegungen sollen diese Fragen der Perspektive des Wohlfahrtsstaates nicht weiter vertieft werden.

Räumliche Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung

Die räumliche Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung wird insgesamt zunehmen. Ihre Hauptmerkmale bestehen im rascheren Bevölkerungsrückgang und in der schnelleren Alterung der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten gegenüber den städtischen Ballungsräumen (die jüngere Bevölkerung zieht weg), wobei einzelne Ballungsgebiete sogar noch über längere Zeit hinweg Wanderungsgewinne verzeichnen könnten. Besonders einschneidende Konsequenzen hat dies für Ostdeutschland, wo dieser Prozess bereits voll im Gange ist, da neben dem geburtenbedingten Bevölkerungsrückgang ein beträchtlicher Migrationsverlust zu verzeichnen ist, der vor allem die jüngeren, aktiven Bevölkerungsteile betrifft. Damit wird sich die Einnahmeschwäche territorial organisierter Finanzsysteme im Sozialbereich wie bei den Gebietskörperschaften besonders ausprägen, während der Finanzbedarf nicht im gleichen Maße sinkt. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass mit der Alterung die Pro-Kopf-Ausgaben im Gesundheitsbereich und im Pflegebereich ansteigen. Hinzu kommt, dass, wie bereits angedeutet, viele Infrastrukturleistungen (Verkehrssystem, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bildung und Kultur) hohe Fixkostenanteile aufweisen, so dass mit der geringeren Nachfrage solcher Leistungen die Kosten kaum sinken werden.

Wenn gegenwärtig verstärkt über föderalen Wettbewerb und Subsidiarität diskutiert wird, dürfen diese Aspekte nicht vernachlässigt werden. Vertikaler und horizontaler Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften und Kassen wird perspektivisch eine größere Bedeutung haben müssen, weil die regionale Differenzierungen in den Bevölkerungsstrukturen zunehmen werden. Hier liegt auch der Grund, weshalb die wirtschaftlich starken Länder, die zudem von der Migration profitieren, auf dem Regionalprinzip der Systeme des Wohlfahrtsstaates beharren und es im Rahmen einer Föderalismus-

17 Vgl. Helmut Seitz: Demografischer Wandel in Sachsen, Analyse der Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Ausgaben und Einnahmen des Freistaates und seiner Kommunen, EUV Frankfurt/Oder, März 2004, Internetversion.

ben Tempo wie der Altenquotient aq wachsen, sollen die Durchschnittsrenten mit der allgemeinen Einkommenssteigerung unter der Bedingung einer konstanten Erwerbsquote und Beitragszahlerquote mithalten.

Wird letztere Bedingung aufgehoben,

gilt nach (6) und (8)
$$(10) \quad Wbz + Weq + Wrb + WL = Waq + WL$$

oder
$$Wrb = Waq - Wbz - Weq$$

Das Wachstum der Rentenbeitragssatzes rb kann um so niedriger als das Wachstum des Altenquotienten sein, je stärker der Anteil der Beitragszahler und der Erwerbspersonen an den Erwerbsfähigen wächst.

Die politischen Ansatzpunkte für die Bewältigung der demografischen Wende aus sozialpolitischer Sicht können mithin sein:

- die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung der Erwerbsquote,
- die Erhöhung des Anteils der Beitragszahler an den Erwerbstätigen,
- die Erhöhung der Beitragssätze,
- die Verminderung des Wachstums der Renten (Entkopplung der Rententwicklung von der allgemeinen Einkommensentwicklung, wie es z. B. mit dem demografischen Faktor in der Rentenformel bereits der Fall ist) oder (im Modell nicht berücksichtigt) die Senkung der Kosten des Sozialsystems, die nicht direkt in Renten fließen (z. B. Verwaltungsausgaben)

Wird von der optimistischen Variante 3 der Bevölkerungsprognose ausgegangen (aq erhöht sich von 27 Prozent auf nur 50 Prozent, die Erwerbsquote der Frauen entspricht im Jahr 2050 der gegenwärtigen Quote der Männer, was einem Gesamteffekt von +8 Prozent entspricht), so müsste der Rentenversicherungsanteil am Bruttoeinkommen von gegenwärtig 9,7 auf über 17 Prozent steigen; die Arbeitgeber müssen die Abgaben im selben Prozentsatz steigern. Bei sinkender Arbeitszeit erhöht sich der Druck entsprechend. Diese Steigerung kann nur geringer ausfallen, wenn die Zahl der Beitragszahler verbreitert ($WBZ > 0$) und die Erwerbsquote noch stärker erhöht wird, wenn sich Zuweisungen des Bundes erhöhen oder wenn die beitragsfinanzierte Rentenentwicklung von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt wird ($WRZ < WL$). Die Schwierigkeit einer Prognose wird daran deutlich, dass verschiedene Berechnungen des Beitragssatzes zur GRV bis 2040 zwischen 24,3 bis 32,7 Prozent schwanken.¹⁹

Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, Unfallversicherung
Diese Gesundheitskosten fallen in allen Altersstufen, allerdings in sehr ungleichem Umfang an. Während die Pflegeversicherung vor allem bei über 65-Jährigen zum Tragen kommen, fallen die anderen Gesundheitskosten zwar in allen Altersstufen, allerdings mit über durchschnittlichen Kosten pro Kopf bei über 60-Jährigen an. Bei der Finanzierung ist es genau umgekehrt: Zur Finanzierung tragen zwar nicht ausschließlich, aber zum größten Teil die 15 bis 65-Jährigen

19 Christoph Scherrer: Zukunft der Wirtschaft, Arbeitspapier 45, Hans-Böckler-Stiftung 2001, Tabelle 5.2, S. 153.

bzw. die Arbeitgeber bei, der Finanzierungsanteil der Rentner ist dagegen weit geringer. Bei der Finanzierung muss außerdem beachtet werden, dass durch die Existenz von Beitragsbemessungsgrenzen bei steigenden Einkommen die Einnahmen nicht im selben Maße steigen, d. h. ein quasi-degressiver Verlauf vorliegt.

Eine grobe quantitative Betrachtung kann analog der Rentenbetrachtung vorgenommen werden. Allerdings sind die Nutznießer der Zahlungen hier nicht die einheitliche Kategorie der Rentner, sondern alle Altersgruppen. Das altersspezifische Kostenprofil zeigt – gemessen an den durchschnittlichen Gesundheitskosten pro Person – bis zum 15. Lebensjahr 1 324 €/Kopf, ab 15 bis 65 Jahre 2 118 €, über 65 bis 80 Jahre 5 891 € und bei noch Älteren 9 263 €. ²⁰ Werden diese Gesundheitskosten pro Kopf mit dem Altersprofil der mittleren Prognosevariante von 2040 gerechnet, so steigt der Gesamtdurchschnitt von 2 749 € pro Kopf in der Gegenwart auf 3 508 € im Jahr 2040. Dies ist – legt man die Berechnungen der Rürup-Kommission zugrunde – ein Wachstum, das deutlich langsamer ist als das Wachstum des Pro-Kopf-BIP, d. h. der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP wäre demografisch bedingt niedriger. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Kostenentwicklung der Krankenkassen im Vergleich zu den Rentenkassen vielfältigeren und schwerer einzuschätzenden Einflüssen unterliegt, weil es sich hier um einen produzierenden Bereich mit Produktionsaufwendungen handelt. Es existiert eine hohe Vielfalt von Behandlungsmethoden und rascher technisch-medizinischer Fortschritt, die Gesundheitsindustrie (Pharma- und Medizintechnikkonzerne, Apotheker und Ärzte, Krankenhausbetreiber usw.) betreibt eine gewinnorientierte Produkt- und Preispolitik. Die Kosten werden auch dadurch erhöht, dass die Beschäftigten dieses Bereiches an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, durch entsprechende Anreizsysteme die Mitglieder zur Prävention anzuregen und natürlich existiert das Problem der »Trittbrettfahrer«. Dies macht eine Prognose des Finanzbedarfs über längere Zeiträume fast unmöglich. In dem bereits zitierten Überblick von Scherrer liegen die prognostizierten Beitragssätze zur GKV bis 2040 zwischen 15 bis über 30 Prozent. ²¹

Für die Pflegeversicherung soll das demografisch bedingte Wachstum der Fälle berechnet werden. Im Jahr 2002 waren das 1,88 Millionen. ²² Geht man von einem konstanten Anteil der Pflegefälle an den Alterskohorten aus, so ergibt sich im Jahr 2040 eine Zahl von 3,5 Millionen. Selbst wenn die Fallkosten konstant blieben, müsste der Anteil der Pflegeversicherung am BIP steigen, wobei neuere Untersuchungen zeigen, dass wegen des Fortschritts im Gesundheitswesen »die Alterung der Bevölkerung nicht von einem parallelen Anstieg der Zahl der pflegebedürftigen Personen begleitet sein muss«. ²³ Infolge des hohen Personalaufwands in diesem Bereich werden die Fallkosten natürlich mit der allgemeinen Einkommensentwicklung steigen.

Insgesamt zeigen sich für den Gesundheits- und Pflegebereich zwar wachsende Kosten, aber langfristig keine demografisch bedingte Katastrophe. Die gegenwärtigen Krise ist nicht demografisch, sondern ausschließlich beschäftigungs- und gesundheitspolitisch bedingt.

20 Berechnet nach Jochen Pimpertz: Soziale Sicherung, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Perspektive 2050, Köln 2005, S. 254.

21 Christoph Scherrer: Zukunft der Wirtschaft, Arbeitspapier 45, Hans-Böckler-Stiftung 2001, Tabelle 5.5, S. 154.

22 Berechnet nach Sachverständigenrat: Gutachten 2003, Tabelle 86* (Leistungsempfänger nach Altersgruppen). Hier wurde von altersspezifischen Pro-Kopf-Ausgaben abgesehen.

23 Steigende Lebenserwartung geht mit besserer Gesundheit einher, in: Demografische Forschung Jg. 2 (2005), Nr. 1, S. 2.

Sie wird natürlich auch deshalb überzeichnet, um Druck zur Senkung der Arbeitskosten ausüben zu können.

Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenversicherung wird von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen und auch nur von arbeitslosen Arbeitnehmern genutzt. Das heißt, hier liegt am ehesten das Äquivalenzprinzip zugrunde. Bevölkerungsrückgang und Alterung haben somit keine Auswirkung, wenn man vom wachsenden Risiko, mit zunehmendem Alter eher und länger von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, absieht. Die Umlage erfolgt trotzdem innerhalb der Alterskategorie der 15- 65-Jährigen, so dass diese Versicherung hier nicht explizit betrachtet wird. Unberücksichtigt soll ebenfalls bleiben, dass bei Unterstellung einer Senkung der Arbeitslosigkeit eigentlich die Beitragssätze sinken könnten.

Was die aktuelle Lage anbelangt, so sei bemerkt, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit zu einer völligen Entspannung der finanziellen Lage der Sozialkassen und Gebietskörperschaften insgesamt führen würde. Die Kosten der Arbeitslosigkeit betragen zuletzt jährlich etwa 80 Mrd. € (gesamtfiskalische Kosten und Mindereinnahmen durch Arbeitslosigkeit 2002).²⁴ Diese Kosten sind fast gleich groß wie der Saldo der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Höhe von 84 Mrd. €.

4. Die Tragfähigkeit des Systems

Wird das Prinzip der Generationenbilanzierung auf hoher Aggregationsebene angewendet, muss der durchschnittliche Sozialbedarf pro Kopf je Altersgruppe analysiert werden. Die folgende Übersicht basiert auf Berechnungen der Deutschen Bundesbank²⁵, in denen die staatlichen Leistungen (Sozialleistungen und öffentliche Güter) insgesamt betrachtet werden. Danach betragen diese im Jahr 2000 in der Altersgruppe bis 15 Jahre ca. 7 500 € pro Kopf, in der Gruppe der 15-65-Jährigen ca. 11 500 € und in der Gruppe der über 65-Jährigen etwa 22 500 €. Werden diese Relationen nur auf die Sozialausgaben pro Kopf bezogen, ergibt sich folgendes Bild (eigene Schätzung):

Tabelle 4:
Generationenstruktur der Sozialausgaben im Jahr 2000

Altersgruppe	Pro-Kopf-Bedarf in €	Bevölkerung in Mio	Sozialbedarf in Mio €	BIP/ET €	BIP Mio. €	BIP pro Kopf €	Sozialquote
0-15 J.	4 800	17,3	83 040				
15-65	7 200	51,1	367 920				
über 65	13 800	14,1	194 580				
Summe		82,5	645 540	51.557	1969 496	23 876	33%

Hätte die Bevölkerung unter diesen Bedingungen die Altersstruktur von 2050 (Variante 7), müsste die Sozialquote 46 Prozent betragen.

24 Was kostet uns die Arbeitslosigkeit?, in: IAB-Kurzbericht Nr. 10 vom 21. 7. 2003, S. 5.

25 Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Dezember 2001, S. 29-44.

Wird eine lineare Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine unveränderte Erwerbsquote unterstellt, steigt das Pro-Kopf-BIP auf das 1,5-fache. Wenn die Sozialausgaben pro Kopf mit dem gleichen Tempo steigen, müsste die Sozialquote nur auf 38 Prozent erhöht werden und könnte niedriger ausfallen, würde die Erwerbsquote gesteigert. Würde eine Arbeitszeitverkürzung entsprechend der Steigerung der Erwerbsquote realisiert, bliebe es bei 38 Prozent. Als *dramatisch* kann diese Belastungssteigerung nicht bezeichnet werden, aber es ist eine Steigerung (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5:
Mögliche Generationenstruktur der Sozialausgaben im Jahr 2050

Altersgruppe	Pro-Kopf-Bedarf	Bevölkerung Mio	Sozialbedarf Mio €	ET Mio	BIP/ET€	BIP Mrd.	BIP pro Kopf €	Sozialquote
0-15 J.	7 200 €	10,7	77 040					
15-65	10 800 €	36,4	393 120					
über 65	20 700 €	22,6	467 820					
Summe		69,7	937 980	27,3	90 000	2 457	35 251	38 %

Beträchtliche Potenzialreserven werden erkennbar, wenn das Prinzip des Rentenmodells auf die Sozialausgaben insgesamt angewendet wird. Es läßt sich zeigen, welche hohen Effekte allein die Steigerung der Zahl der Beitragspflichtigen hätte. Formel (1) kann für das Sozialsystem analog verwendet werden:

$$(1a) \quad ES = bs * L * BZ$$

bzw. nach Umformung $WES = Wbs + WL + WSB$

ES = Einnahmen der Sozialkassen

bs = Beitragssatz

BZ = Anzahl der Beitragszahler

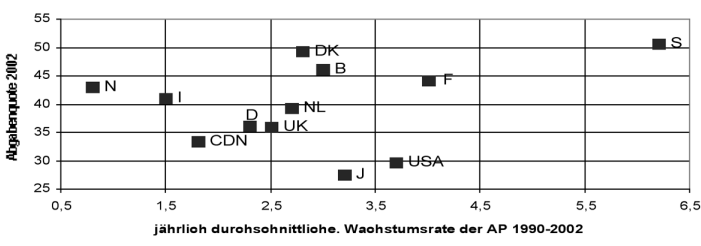
In Deutschland gab es 2004 insgesamt 27 Millionen SV-pflichtig Beschäftigte, aber 38 Millionen Erwerbstätige. Würden alle Erwerbstätige in die SV-Pflicht einbezogen (WBZ = 40 Prozent), könnte entweder der SV-Beitrag um 40 Prozent gesenkt werden – von gegenwärtig 42 auf 26 Prozent –, um die gleichen Einnahmen zu erzielen oder die Einnahmen um 40 Prozent erhöht werden, wenn die Beitragssätze gleich blieben. Natürlich würde sich durch eine solche Erweiterung auch die Zahl der Anspruchsberechtigten erhöhen. Da diese Erweiterung jedoch in hohem Maße obere Einkommenschichten (Erwerbstätige mit Einkommen über den Pflichtversicherungsgrenzen, Selbständige, Beamte) betreffen, würden die Einnahmen wegen der damit verbundenen Steigerung des durchschnittlichen SV-pflichtigen Einkommens L ($WL > 0$) stärker als die Ausgaben steigen, da diese Einkommensbezieher wegen ihrer höheren Einkommen auch nicht öfter krank werden als andere und die gesetzlichen Rentenanprüche nur einen Teil der Sozialausgaben ausmachen und zudem wie in anderen Ländern nach oben begrenzt werden könnten.

Die Steigerung der Beitragssätze hat natürlich ökonomische Grenzen in den Erfordernissen der Kapitalakkumulation. Wird der Konsum

C in privaten Konsum der Erwerbstätigen C_{ET} und Konsum der Nicht-erwerbstätigen C_{NET} aus Sozialabgaben sowie in staatlichen Eigenverbrauch C_{St} unterteilt, so gilt: $Y = C_{ET} + C_{NET} + C_{St} + I$ sowie in Quoten $1 = (C_{ET}/Y) + (C_{NET}/Y) + (C_{St}/Y) + (I/Y)$. Wenn die Einkommen und damit der Konsum der Nichterwerbstätigen mit der allgemeinen Einkommensentwicklung dynamisiert wird, und sich bei steigendem Altenquotienten deshalb die Beitragssätze erhöhen müssen, muss entweder die Konsumquote der Erwerbstätigen (C_{ET}/Y) und der öffentlichen Hand (C_{St}/Y) oder die Investitionsquote (I/Y) sinken. Letzteres muss ausgeschlossen werden, da die Investitionsquote in Deutschland sowieso schon gering ist, und eine weitere Minderung das Wachstum der Produktivität und der Wirtschaft beeinträchtigen würde. Das heißt, die Dynamisierung von Sozialeinkommen entsprechend der Entwicklung der Bruttoeinkommen bedingt unter diesen Prämissen ein im Vergleich dazu langsames Wachstum der Nettoeinkommen und der Konsummöglichkeiten der Erwerbstätigen. Übersteigt das Wachstum des Altenquotienten und damit des erforderlichen Beitragssatzes eine bestimmte Relation zum Wachstum des Bruttoeinkommen, kann es sogar zu Stagnation oder Rückgang der Nettoeinkommen kommen. Freilich: Im Quotienten C_{ET}/Y verbirgt sich der Konsum aller sozialen Klassen und Schichten, so dass auch hier noch ein Verteilungsspielraum vorhanden wäre.

Diese Grenze für das Wachstum der Sozialquote gilt übrigens völlig unabhängig von der Finanzierung der Kosten für Gesundheit und Alter. Dafür ist es gleichgültig, ob staatliche Systeme, beitrags- oder steuerfinanziert oder privat finanzierte Systeme existieren. Zwar ist die Sozialquote in den USA sehr niedrig, aber nur, weil diese Ausgaben von Haushalten und Unternehmen privat finanziert werden; es handelt sich trotzdem um Kosten für konsumtive Ausgaben. Wenn immer wieder behauptet wird, dass es die Art der Finanzierung sei, die Leistungsanreize untergraben würde, so ist diese Behauptung durch keinerlei Belege gestützt, wie Abb. 2 zeigt, in der die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben) dem Wachstum der Produktivität gegenübergestellt sind. Das heißt, es gibt keinen Zusammenhang zwischen hoher wirtschaftlicher Dynamik und niedrigen Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben. Länder mit hohen Abgabenquoten wie Neuseeland, Italien, Dänemark, Belgien, Frankreich und Schweden weisen völlig unterschiedliche Wachstumsraten der Produktivität, darunter sehr hohe Raten auf, während Länder mit eher niedrigen Quoten wie z. B. Japan, USA und Kanada auch nur durchschnittliche Wachstumsraten erreichen.

Abbildung 2:
Abgabenquote und Wachstum der Produktivität



5. *Gerechtigkeit und Solidarität unter Unsicherheit*

Welches Fazit kann gezogen werden?

1. Die Dramatik der demografischen Veränderungen wird überzeichnet, zumal sich der Alten- und Belastungsquotient über mehrere Jahrzehnte und Generationen verändert, so dass sich auch der wachsende Finanzierungsbedarf bei den Sozialleistungen nicht bei ein und derselben, sondern verteilt über mehrere Generationen ergibt.

2. Die wachsenden Pro-Kopf-Einkommen bilden zwar die Basis für den Erhalt wohlfahrtspolitischer Funktionen des Staates, aber zweifellos sind grundlegende Konstruktionsänderungen erforderlich. Insgesamt ist ein Steigen der Sozialquote unumgänglich. Obwohl es dafür eine Obergrenze gibt, die durch die Erfordernisse der Akkumulation bestimmt wird, ist diese Grenze selbst bei wohlfahrtspolitischen Verbesserungen nicht in Gefahr.

3. Die vorwiegende Finanzierung des Systems auf der Grundlage nur eines Teils der abhängigen Beschäftigung ist unzureichend; es müssen neue Gruppen von Beitragszahlern erschlossen werden.

4. Die innere Konstruktion und der Anteil der einzelner Elemente des Sozialsystems bedarf gravierender Änderungen, weil sich der Bedarf dieser einzelnen Elemente sehr unterschiedlich entwickelt.

5. Die Gesamtentwicklung ist durch Unsicherheit gekennzeichnet. Das heißt, das neue System muss mit dieser Unsicherheit rechnen und eine bestimmte Flexibilität bewahren.

Da in diesem Beitrag die grundsätzliche Frage der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates unter den Bedingungen des demografischen Wandels im Vordergrund steht, soll hier keine Darstellung des zweifellos erforderlichen Reformbedarfs seiner einzelnen Elemente erfolgen. Bestimmte allgemeine Erfordernisse zur Sicherung der Finanzierung können gleichwohl verdeutlicht werden.

Die notwendige Anpassung der Sozialsysteme muss bestimmten Prinzipien unterliegen, die keineswegs gleichrangig sind und die auch nicht widerspruchsfrei umzusetzen sind. Solche Prinzipien und Kriterien sind: Gerechtigkeit, Sicherung erworbener Ansprüche, Solidarität, Nachhaltigkeit, Effizienz, Äquivalenz, Transparenz, Beachtung von Neben- und Langzeitwirkungen, Durchsetzbarkeit, Berücksichtigung von Übergangsproblemen. Ohne hier eine umfassende Diskussion dieser Aspekte vornehmen zu wollen, sei doch darauf hingewiesen, dass ihre jeweilige Bedeutung diskutabel ist und die entsprechenden Präferenzen einem Wandel unterliegen und dass ihre umfassende Realisierung jedes Sozialsystem überfordern würde.

Die Komplexität und Widersprüchlichkeit dieser Fragen wird vom neoliberalen Lager zum Vorwand der Schlussfolgerung genommen, dass es am besten sei, den ganzen »Sozialklimbim« beiseite zu lassen und die soziale Absicherung jedem selbst zu überlassen. Scheinbar gibt es dann kein Regelungsdickicht mehr, scheinbar wird die Wahlfreiheit des Einzelnen und sein Leistungsanreiz erhöht, scheinbar werden die Kosten für den Faktor Arbeit geringer und die Beschäftigung steigt. Eine Gegenrechnung wird nicht aufgemacht: Die Kosten bleiben für den Einzelnen gleich und werden durch beträchtliche Informationskosten womöglich höher. Wachsende soziale Unsicherheit erhöht das gesellschaftliche Konfliktpotenzial und bindet

Kräfte und Potenziale. Die Umverteilung von unten nach oben, also das Zurückdrängen des Solidarprinzips, wirkt insgesamt hemmend auf die Nachfrage, weil die durchschnittliche Sparneigung steigt. Die Kosten-Risiko-Relation wird insgesamt verschlechtert, weil die Summe aller Risiken zwar gleich bleibt, die Gesamtkosten jedoch höher sind, denn Wettbewerb der Kassen und Privatversicherer bedeutet ja, dass jede Kasse mit eigener Verwaltung und Werbung ausgestattet werden muss und dass die Konkurrenz unter ihnen einer Kontrolle, mithin einer zu finanzierenden Instanz bedarf. Diese Kosten bilden einen Abzug von den eigentlichen Versicherungsleistungen.

Vorteile von einer Privatisierung haben nur die oberen Einkommenschichten, deren Risiko/Kostenrelation sich verbessert. Deren Risikoprämien sind niedriger, weil ihr Risiko dasselbe ist wie bei niedrigen Einkommen, die Prämien jedoch niedriger als beim Zwang zur Solidarität ausfallen und diese Schichten in solidarischen Umlageverfahren naturgemäß Nettozahler sind. Privatversicherung und Kapitalbasierung sorgen für zusätzliche Einnahmequellen der Versicherungen und Banken, die deshalb das größte Interesse an privat finanzierten Systemen haben.

Dagegen sorgen *breit* und *einheitlich* angelegte Systeme für breitere Risikostreuung; demografisch und konjunkturell bedingte Schwankungen sowie die räumliche Differenzierung können besser ausgeglichen werden. Das heißt, nicht nur die individuellen Lebensrisiken sowie der Kinder- und Altersunterhalt sind besser zu bewältigen, sondern auch die Unsicherheit bezüglich des zu erwartenden Wandels in der Struktur der Risiken, d. h. des Anteils von Pflege-, Gesundheits-, Arbeitslosigkeits-, Unfall- und Alterskosten usw. an den Kosten der gesamten sozialen Sicherung. Die betrifft auch den territorialen Strukturwandel, d. h. stärkere Differenzierung von »reichen« und »armen« Ländern in Deutschland. So gesehen, wäre ein einheitliches Sicherungssystem, eine umfassende Bürgerversicherung oder ein über eine Sozialsteuer finanziertes System besonders krisenfest. Die dagegen vorgebrachten Einwände, das Äquivalenzprinzip würde verletzt, die Intransparenz würde erhöht, der Zugriff der Politik und die Konjunkturabhängigkeit wären zu stark usw., sind weitgehend Scheinargumente. Auch ein einheitliches System lässt sich so konstruieren, dass es diesen Prinzipien gerecht wird.

Auf jeden Fall sind die folgenden Reformrichtungen, gegebenenfalls schrittweise, unausweichlich:

1. Stärkeres Anheben und Aufhebung von Beitragsbemessungsgrenzen,
2. Anheben und Aufhebung von Pflichtversicherungsgrenzen,
3. Ausweitung der Pflichtversicherung über Arbeiter und Angestellte hinaus; Einbeziehung von Selbständigen, Freiberuflern, Beamten,
4. Einbeziehung aller Einkünfte, Lösung von der einseitigen Bemessungsgrundlage der Arbeitseinkommen,
5. Ausweitung der Risikostrukturausgleichsfonds.

Zur Entspannung der Probleme trägt neben der Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts und der Verminderung der Arbeitslosigkeit sowie der prekären Beschäftigung am meisten die Steigerung der Erwerbsquote, vor allem der Frauen bei, verbunden mit der

durchgreifenden Verbesserung der Bedingungen zur Vereinbarkeit von Mutterschaft, Familie und Beruf. Damit würde nicht nur eine schreiende soziale Ungerechtigkeit zuungunsten der Familien mit Kindern in der Gegenwart vermindert, auch das Ansteigen des Altenquotienten in der Zukunft könnte gebremst (allerdings erst nach mehreren Jahrzehnten) und die Basis zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates verbreitert werden. Unter der Bedingung eines Wachstums der Pro-Kopf-Einkommen könnte dann die Finanzierung der Sozialsysteme gesichert sein, weil infolge der Steuerprogression die Steuereinnahmen rascher steigen und zur Finanzierung der Fehlbeiträge im Sozialsystem (wie schon gegenwärtig zu etwa einem Drittel) herangezogen werden könnten. Es vollzöge sich ein Übergang zu einem stärker steuerfinanzierten System wie in Irland oder Dänemark. Dies freilich schliesse neben der Reform des Sozialsystems auch eine umfassende und gerechte Steuerreform ein. Dabei ist als selbstverständlich vorausgesetzt, dass die inneren Reserven der einzelnen Teile des Sozialsystems durch Rationalisierung der Verwaltung und kostensenkenden technischen Fortschritt ausgeschöpft werden. Eine Senkung der Sozialleistungen als überhaupt letztes Mittel zur Sicherung des Sozialsystems ist somit aus demografischen Gründen nicht begründbar, wenn seine Finanzierung insgesamt gerechter gestaltet und verbreitert wird.

ILJA SEIFERT

Behindertenpolitik: Großes Ziel und kleine Schritte

In den sieben Jahren der rosa-olivnen Koalition von 1998 bis 2005 dominierte ein Begriff die Behindertenpolitik: Paradigmenwechsel. Das klang bedeutend. Hinzugefügt wurde, daß es sich um einen Wechsel von bevormundender Fürsorge hin zu selbstbestimmter Teilhabe handele. Das klingt fortschrittlich. Untersetzt wurde das im wesentlichen mit zwei Gesetzen: dem Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX), das 2001 in Kraft trat, und dem Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BBG), dessen In-Kraft-Treten am 1. Mai 2002 gefeiert wurde.

Daß sich diese Gesetze – oder gar der vielbeschworene »Paradigmenwechsel« – im realen Leben von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen oder psychischen Erkrankungen sowie deren Angehörigen besonders positiv ausgewirkt hätten, läßt sich beim besten Willen nicht belegen. Immerhin darf ihnen eine gewisse orientierende Wirkung, eine gute Absicht, ein Wille zur Gestaltung unterstellt werden. Vielleicht lassen sich in einigen Jahrzehnten – rückblickend – sogar wirklich nachhaltige Einstellungsänderungen in der Gesamtbevölkerung nachweisen? Von mitleidigem Wegsehen zum tolerierenden Akzeptieren? Womöglich gar zum Miteinander? Das wären wirkliche Erfolge. Momentan sind es höchstens Wünsche.

Dürftige Koalitionsaussagen

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vom November 2005 hat immerhin im Kapitel IV »Soziale Sicherheit verlässlich und gerecht gestalten« einen Unterpunkt 5 »Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen«. Dürfen wir also auf Fortschritte hoffen?

Die Erfahrung lehrt: wohl eher nicht. Der Text des Koalitionspapiers kann nur auf den allerersten Blick über die Dürftigkeit seines Inhalts hinwegtäuschen. Von »Paradigmenwechsel« ist schon gar nicht mehr die Rede. Er müßte ja auch – sollte er tatsächlich mehr als einen Placebo-Effekt haben – wesentlich weiter gefaßt werden. Etwa dergestalt, daß vom *Sparen um jeden Preis* zum *Erhöhen der Lebensqualität für alle* (insbesondere für die »Schwachen«, darunter Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowie deren Angehörige) übergegangen werden soll. Das ist mit dieser Großkoalition jedoch *nicht* in Sicht.

Daß ein solcher Paradigmenwechsel nicht auf das Verhältnis der (Mehrheits)Gesellschaft zu ihren behinderten Mitgliedern begrenzt bleiben könnte, liegt auf der Hand. Es zeigt sich also abermals, daß die Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen mit Behin-

Ilja Seifert – Jg. 1951; Dr. phil., MdB 1990-1994, 1998-2002 und seit 2005; Diplomgermanist, Literaturkritiker, Lyriker, stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland – Für Selbstbestimmung und Würde (ABiD), Sprecher für Behindertenpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag; zuletzt in UTOPIE kreativ: *Würdevoll* oder *würdehalb?* Heft 137 (März 2002).

Der Text folgt dem Beitrag des Autors auf der 5. Behindertenpolitischen Konferenz der Linkspartei.PDS, die vom 11. bis 13. November 2005 in Oberhof/Thüringen stattgefunden hat.

derungen nicht losgelöst von der allgemeinen Entwicklung vonstaten gehen kann. Aber das bestätigt auch, daß sich in der Lebenssituation behinderter Menschen allgemeine Defizite brennpunktartig bündeln. Und daß Lösungswege, die »Schwachen« gangbar sind, allen anderen zumindest nicht verschlossen bleiben. Im Gegenteil wird sich – wie häufig gesehen – beweisen, daß sie auch von sehr vielen (nicht unmittelbar Betroffenen) gern benutzt werden.

»Nutzen-für-alle«-Prinzip zum Konzept machen

Was sich zunächst als »positiver Nebeneffekt« zeigte, erweist sich zunehmend als innovativer Hebel, mit dessen Hilfe tatsächlich anhaltende Verbesserungen zugunsten vieler – tendenziell aller – möglich werden: das »Nutzen-für-alle«-Prinzip. Es sollte zum Grundkonzept politischen Handelns, verwalterischer Aktivitäten, technischer Erneuerung, städtebaulicher Gestaltung, designerischen Schaffens und möglichst auch des alltäglichen Miteinanders in der persönlichen Nachbarschaft werden. In etlichen Wahlprüfsteinen bekannte sich die Linkspartei.PDS zu diesem Prinzip. Es ist eine der Aufgaben der AG »Selbstbestimmte Behindertenpolitik«, dieser Selbstverpflichtung Gestalt geben zu helfen.

Leider ist davon in der großen Koalitionsvereinbarung so gar nichts zu finden. Dafür gibt es umso mehr Gemeinplätze. Zum Beispiel: »Der bereits eingeleitete Prozeß einer umfassenden Teilhabe am Gemeinschaftsleben soll fortgesetzt werden.« Ja, was heißt denn das? Wenn das den Koalitionären wirklich der Erwähnung wert ist – noch dazu gleich im ersten Satz –, muß man ja befürchten, daß zwischenzeitlich ernsthaft darüber diskutiert worden sein könnte, diesen Prozeß zu stoppen oder ihn gar rückgängig zu machen! Immerhin fällt auf, daß zwar von »dem bereits eingeleiteten Prozeß« die Rede ist, der »fortgesetzt werden« solle – der von der rot-grünen Vorgängerkoalition so geliebte Begriff des »Paradigmenwechsels« jedoch wird tunlichst vermieden.

Dann scheint die Koalition mutig zu werden. Sie definiert »die Unterstützung von Selbstständigkeit, Selbsthilfe und Selbstbestimmung (...) als gesellschaftliche Aufgabe«. Das klingt positiv. Da aber jegliche finanzielle oder strukturelle Untersetzung dieser Definition ausbleibt, ist zu befürchten, daß nur noch mehr Aufgaben auf das – eh überforderte – Ehrenamt abgewälzt werden sollen. Hier bietet sich also der Behindertenbewegung – und uns, der Linksfraktion, als ihrem wichtigsten parlamentarischen Arm – eine Chance, die Regierung beim Wort zu nehmen. Es kommt in diesem Punkte darauf an, sie »zum Jagen zu tragen«. Wenn es uns gelingt, ihr an dieser Stelle mehr als bloße Ankündigungen zu entlocken, können wir vielleicht zu kleinen Fortschritten beitragen. Die Linkspartei darf sich auch für solche Aufgaben nie zu schade sein.

Daß wir die Perspektive einer gerechteren Weltordnung nicht aus den Augen verlieren wollen, darf uns nicht daran hindern, schon jetzt die größten Ungerechtigkeiten mildern zu helfen. Wer einen demokratischen Sozialismus anstrebt – und diesen als Weg, Ziel und Wertesystem beschreibt –, muß jedes Schrittchen hin zu einer etwas weniger undemokratischen Erscheinungsform des herrschenden Kapitalismus begrüßen. Und, wo immer es geht, aktiv darauf hinarbeiten.

Teilhabe braucht bedarfsdeckende Nachteilsausgleiche

Wo die Betroffenen, ihre Verbände und auch wir klare Worte zu einem Leistungsgesetz erhofft hätten, spricht die Koalitionsvereinbarung davon, daß die Leistungsstrukturen der Eingliederungshilfe so weiterentwickelt werden sollen, daß »auch künftig ein effizientes und leistungsfähiges System zur Verfügung steht«. Das klingt eher bedrohlich: »Leistungsfähigkeit« deutet immerhin auf nicht vollständige Zerschlagung hin, »Effizienz« jedoch auf Einsparungen. Gebraucht würde aber ein Nachteilsausgleichs-Gesetz, das Assistenz im erforderlichen Umfang sichert. Anders ist gesellschaftliche Teilhabe nicht wirklich herstellbar.

Diesbezüglich stehen wir im Wort. Zahlreiche Wahlanfragen zu diesem Thema beantworteten wir eindeutig: »Seit langem unterstützt die Linkspartei.PDS das in der Behinderten-Bewegung entwickelte Konzept eines Nachteilsausgleichsgesetzes mit Assistenzsicherungscharakter (NAGAS). Inhaltliche Hauptkomponenten von NAGAS sind:

- konsequente Umstellung auf das Finalitätsprinzip (gleiche Leistung bei vergleichbarer Beeinträchtigung; unabhängig von Art und Ursache);
- bundesweit einheitlicher Rechtsanspruch auf die erforderlichen Leistungen (Bedarfsdeckungsprinzip);
- Anspruch als Nachteilsausgleich, also unabhängig von Einkommen und Vermögen (keine Bedürftigkeitsprüfung);
- Leistungsgewährung aus einer Hand;
- Bedarf wird von den Betroffenen benannt (Umkehr der Beweislast; bei Verdacht auf ungerechtfertigte Ansprüche muß die Behörde dies nachweisen).

Es gäbe mehrere Wege, auf denen dieses Ziel erreicht werden könnte. Einer davon wäre, die *Eingliederungshilfe* aus dem SGB XII heraus zu lösen, sie von der Bedürftigkeitsprüfung (SGB II) zu befreien und als *Nachteilsausgleichs-Anspruch* neu zu etablieren. Dazu soll sie aus dem Etat der Kommunen in eine Bundesbehörde verlagert werden. Damit ginge eine – dringend erforderliche – Entlastung der kommunalen Haushalte einher, ohne daß Menschen mit Behinderungen weiter gegen andere kommunale Aufgaben – Kultur, Kinderbetreuung, ehrenamtliches Engagement, Straßenausbau usw. – ausgespielt würden.

Ein anderer – noch besserer – Weg wäre, alle bisherigen Leistungen für Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen und psychischen Erkrankungen (vom Bundesversorgungsgesetz über Eingliederungshilfe, Beamtenversorgung, Pflegeversicherung usw.) in einem neuen NAGAS zusammen zu fassen. Daß es durchaus schwierig ist, unterschiedliche Ansprüche (steuerfinanzierte Ansprüche, versicherungsfinanzierte Ansprüche, Schadensersatzansprüche, Fürsorgeansprüche usw.) unter einen Hut zu bekommen, ist uns klar. Das verlangt großen politischen Willen, klare Konzepte, sinnvolle Übergangs- und Bestandsschutzregelungen sowie pfiffige Lösungen. Deshalb halten wir es nicht nur für möglich, sondern für sinnvoll und notwendig, den in Behindertenorganisationen versammelten Sachverstand in allen Phasen der Erarbeitung, Diskussion, Erprobung und schließlich Anwendung dieses Gesetzes einzubezie-

hen. Das sollte bis dahin gehen, dauerhafte Begleit- und Unterstützungsangebote nach dem Prinzip ›Betroffene helfen Betroffenen‹ zu etablieren.«

Ambulant vor stationär? – Taten vor Ankündigungen!

Der Grundsatz *ambulant vor stationär* soll – laut Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD – einen »zentralen Stellenwert« erhalten. Das hören wir schon seit Jahren. Es steht auch in verschiedenen Gesetzen so. Aber weder bei der »Verzahnung ambulanter und stationärer Dienste« noch bei der »Leistungserbringung ›aus einer Hand‹« noch bei der »Umsetzung der Einführung des Persönlichen Budgets« sind irgendwelche konkreten Maßnahmen erwähnt. Es ist also zu befürchten, daß weitergewurstelt wird und immer der »Spar-effekt« im Vordergrund steht, nicht die Steigerung der Lebensqualität behinderter Menschen.

Die Linkspartei.PDS – und hier wiederum unsere AG »Selbstbestimmte Behindertenpolitik« – steht also vor der Aufgabe, diese Schlagworte mit machbaren Konzepten zu untersetzen. Diese müssen über unsere Parteistrukturen (also auch über die sich bildenden neuen) zum Beispiel in Kommunen und/oder auf Länderebene in praktische Politik überführt werden. Es ist eine unserer Aufgaben im Parteibildungsprozeß, solche Fragen immer wieder auf die Agenda zu setzen. Ansonsten besteht die Gefahr, daß sie »vergessen« werden. Dem dürfen wir keinen Raum bieten. Nur getragen von klaren Parteitagorientierungen – und unterstützt durch praktische Erfahrungen aus Städten und Ländern – bleibt unsere diesbezügliche Position glaubwürdig.

Sonst ergeht es unseren Beschlüssen wie dem Großkoalitionsvertrag, der zum x-ten Male die »effektive Zusammenarbeit der Sozialleistungsträger« beschwört. Die Erfahrung lehrt, daß irgendeine Wirkung, die von solchen Ankündigungen ausgehen könnte, eher unwahrscheinlich ist. Es sei denn – und dagegen müßten wir gemeinsam mit den Betroffenen energisch Widerstand leisten –, daß die »effektive Zusammenarbeit« im Zusammenstreichen von Leistungen bestehen soll. Erste – sehr ernstzunehmende – Anzeichen dafür gibt es bereits. Und diese »effektive Zusammenarbeit« reicht sogar weit über die Sozialleistungsträger hinaus. So gilt beispielsweise seit April 2005 der neue Rundfunkgebührenstaatsvertrag. Er sieht die Befreiung von der Rundfunkgebühren-Pflicht wegen geringen Einkommens nicht mehr vor. Befreiung erhält nur noch, wer einen entsprechenden Leistungsbescheid nachweisen kann. Die Kriterien dafür beziehen sich auf Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII), Grundsicherung (SGB XII), Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungs-Gesetz und Bundesausbildungsförderungsgesetz sowie – Menschen mit Behinderungen betreffend – auf besondere Merkmale (Merkzeichen »RF« im Schwerbehindertenausweis). Menschen mit geringem Einkommen (z. B. Erwerbsunfähigkeits-Rentnerinnen und -Rentner, die knapp über der Grundsicherung liegen) hingegen werden nicht mehr berücksichtigt.

Wer also beispielsweise 700 Euro Erwerbsunfähigkeitsrente erhält, 300 Euro Miete und 50 Euro Heizkosten pro Monat bezahlt, hat keinen Anspruch auf Grundsicherung, da das Einkommen rein rech-

nerisch 5 Euro oberhalb der Bedarfsgrenze liegt. RF-Befreiung erfolgt wegen der vorgegebenen Befreiungsgründe nicht. Die Höhe des überschreitenden Einkommens deckt jedoch nicht die monatliche Gebührenforderung. Aber es geht noch weiter! Ohne RF-Befreiung gibt es auch keine Ermäßigung der Telekom-Grundgebühr. Eins greift ins andere. So wird die kostenlose Wertmarke für die Beförderung im ÖPNV für Menschen mit Behinderung (Merkzeichen »Bl«, »H«, »G«, »GL« bzw. »aG« im Schwerbehindertenausweis) auch nur gewährt, wenn Leistungsbescheide nach SGB XII vorliegen. Menschen mit geringem Einkommen analog der gesetzlichen Bedarfsgrenzen werden wiederum in den Befreiungsgründen nicht erwähnt. Die Betroffenen sind damit schlechter gestellt. In Berlin setzt sich das beispielsweise noch dadurch fort, daß seit November 2005 auch die ermäßigten Eintrittsgebühren bei Schwimmhallen wegfallen. Die Reihe der Zusatzbelastungen ließe sich noch verlängern. Wir müssen ihnen Widerstand entgegensetzen.

Der positiv klingende Ansatz im Koalitionsvertrag, die »berufliche Integration« fördern zu wollen, um mehr Menschen mit Behinderungen »außerhalb von Werkstätten (...) ihren Lebensunterhalt im allgemeinen Arbeitsmarkt erarbeiten« lassen zu können, muß materiell untersetzt werden. Allein ein Prüfauftrag, »wie die Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber ausgestaltet werden (können), um die Planungssicherheit für die dauerhafte Integration (...) zu verbessern«, reicht da nicht aus.

Barrierefreie Infrastruktur darf kein Randthema bleiben

Ansonsten kommen Menschen mit Behinderungen im Weltbild der Großkoalitionäre nur noch im Zusammenhang mit demographischem Wandel und Migration vor. Im Unterpunkt »Stadtentwicklung als Zukunftsaufgabe« heißt es, daß »zur Bewältigung des demographischen Wandels und der Migration (...) Städte« unterstützt werden sollen, »Wohnquartiere kinder- und familienfreundlich zu gestalten und die Infrastruktur barrierefrei und altengerecht umzubauen«.

Das ist immerhin besser als nichts. Aber Barrierefreiheit wird hier – wieder einmal – als »Spezialaufgabe« mißverstanden. Stattdessen müßte sie – wenn man zum Beispiel das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz von 2002 ernst nähme – zu einem durchgehenden Prinzip der Gestaltung des öffentlichen Raums, der Kommunikation, der Mobilität und des gesellschaftlichen Lebens insgesamt werden. Wir sagen sogar – und betonen das in zahlreichen Wahlprüfsteinen –, daß dem politischen Handeln auf praktisch allen Gebieten das »Nutzen-für-alle«-Konzept zugrunde liegen sollte. Erst so würde Behindertenpolitik ihrer Querschnittsfunktion tatsächlich gerecht.

Neben diesen Gemeinplätzen und Placebo-Formulierungen fallen die Fehlstellen im Koalitionsvertrag nicht so leicht auf. Dennoch sollen hier einige zumindest genannt werden:

Barrierefreiheit wird nicht als durchgehendes gestalterisches Prinzip erkannt.

Ein umfassendes Diskriminierungsverbot ist nicht in Sicht.

Ein bedarfsorientiertes (bedarfsdeckendes) Leistungsgesetz, das Menschen mit Behinderungen aus der Sozialhilfeabhängigkeit befreit, ist nicht in Sicht.

Eine Verbesserung (zumindest Rücknahme der Verschlechterungen der »Gesundheitsreformen«) bei der Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln sowie speziellen Medikamenten (z. B. für seltene und chronische Krankheiten) ist nicht in Sicht.

Eine gleichberechtigte »dritte Bank« der Selbsthilfeorganisationen der Behinderten und chronisch Kranken im Gemeinsamen Ausschuß der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung ist nicht in Sicht.

Eine institutionelle Förderung der Selbsthilfearbeit ist nicht in Sicht.

Es bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Linkspartei.PDS – und demzufolge ihrer AG »Selbstbestimmte Behindertenpolitik« –, diese Fehlstellen der Regierungspolitik zu füllen. Ich selbst will und werde innerhalb des Bundestages und der Linksfraktion dazu meinen Beitrag leisten. Aber nur, wenn wir uns dieser großen Aufgabe gemeinsam stellen, können wir der Herausforderung – die sowohl im realen Leben als auch im Parteibildungsprozeß steckt – gerecht werden.

Wer ein großes Ziel hat – die Schaffung einer gerechten, demokratisch-sozialistischen Welt darf wohl als großes Ziel bezeichnet werden? –, sollte die vielen kleinen Schritttchen, die dort hinführen können, nicht scheuen. Genauso wenig, wie wir über die zahlreichen kleinen Schritte, die durchaus nicht immer nur geradeaus voran führen – Wo ist »vorn«? Wer weiß, was »richtig« ist? Wie erkennt man »Gutes«? – das große Ziel aus den Augen verlieren dürfen.

Nicht Feigheit ist es oder Hohn,
Nicht Müßiggang noch Arg,
Nicht Verrat und auch nicht List,
Die so verschlungen leiten meinen Pfad,
Sondern mein Gewissen, das
Auch Feigheit kennt und Hohn,
Müßiggang und Arg, bösen Rat und Trauer
Neben Liebe, Freundschaft, heißer Lust,
guter Feier und edlen Wünschen,
Zu gehen doch voran.

NINO DAVID JORDAN

Schlaraffenland oder Hungersnot?

Wider die gefällige Kontrastierung

Ulrich Busch nimmt den Mythos vom Schlaraffenland als provokanten Aufhänger für seine Abhandlung der Defizite des Grundeinkommens.¹ Die Heranziehung dieses Mythos dient ihm dazu, die Forderungen der Grundeinkommensbefürworter ins Licht des Visionären aber Irrealen, letztlich Absurden zu rücken und als »sozialromantische Utopie« zu klassifizieren. Vornehmlich extreme Umverteilungsbeispiele heranziehend, unterstellt er dem Grundeinkommen per se wirtschaftliche Dysfunktionalität. Busch zeichnet die Kontraste zu scharf. Nicht ohne Grund zieht er einen mittelalterlichen Mythos heran: Stammt dieser Mythos doch aus einer Zeit des existenziell bedrohlichen Mangels, einer Zeit, in der kaum auf eine arbeitsfähige Hand verzichtet werden konnte. Diesem stellt er ein Szenario einer gewaltigen Umverteilung gegenüber – einer Umverteilung, welche angeblich die absolute Entkoppelung von Arbeit und Einkommen bedeuten würde.

Eine solche, unter den gegebenen Umständen wirtschaftlich dysfunktionale Umverteilung ist aber gar nicht nötig, um den »Maulwurf«, der einst vielleicht die Grundprinzipien des Kapitalismus unterhöheln mag, in Gang zu setzen.

Mit einiger Übertreibung schreibt Busch, dass ein Grundeinkommen »jeglichen Zusammenhang zwischen Arbeit und Verbrauch« untergraben würde. Dies aber ist nicht die Leistung, um derentwillen das Grundeinkommen ein »Maulwurf« genannt werden kann. Wenn von der Einführung eines Grundeinkommens geredet wird, so heißt dies zwar, dass eine jede und ein jeder einen gleichen Betrag erhält, der den für die gesellschaftliche Teilhabe notwendigen Bedarf deckt, mehr aber zunächst nicht.

Busch führt an, »dass gegenwärtig 27,6 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland (...) ein Erwerbseinkommen beziehen, das unterhalb der Niedrigeinkommensschwelle liegt. Für sie wäre die Zahlung eines höheren oder gleich hohen Grundeinkommens Grund genug, sich vom Arbeitsmarkt zu verabschieden.« Ob dieser aberwitzigen Unterstellung möge man einen Moment innehalten ... Ist das Einkommen dieser Menschen so niedrig, weil sie bereits gesättigt sind und gar nicht mehr verdienen wollen? Bilden diese 27,6 Prozent gar eine neue asketische Schicht, welche die Jagd nach Luxusgütern aus innerer Überzeugung eingestellt hat? Wenn ja, dann muss Busch sicherlich Recht gegeben werden.

Busch schreibt, dass »eine noch so produktive und reiche Gesellschaft auf Dauer nicht mehr verbrauchen (kann) als sie produziert«,

Nino David Jordan – Jg. 1981; Student der Politikwissenschaften an der Uni Bremen; verantwortlich für die Bremer Campus Zeitung *380 Grad*; Mitglied im *Netzwerk Grundeinkommen*; organisiert in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Initiative in Bremen Veranstaltungen zum Thema Grundeinkommen; mail@ninodavidjordan.de.

¹ Ulrich Busch: Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005).

Der vorliegende Artikel ist eine Antwort auf den Beitrag von Ulrich Busch »Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts des bedingungslosen Grundeinkommens«, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005). Die Debatte zu diesem Thema in UTOPIE kreativ begann in Heft 176 (Juni 2005) mit Beiträgen von Katja Kipping (Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen) und Sascha Liebermann (Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise). Nach dem Beitrag von Ulrich Busch nahm die Diskussion an Intensität und Umfang zu. In UTOPIE kreativ erschienen seither: in Heft 183 (Januar 2006) von Antonín Dick: Befreiung von der Arbeit; in Heft 184 (Februar 2006) von Sascha Liebermann: Freiheit ist eine Herausforderung, kein Schlaraffenland; in Heft 186 (April 2006) von Michael Opielka: Gerechtigkeit durch Sozialpolitik?, von Dieter Zahn: Grundsicherung bedarfsorientiert gestalten, sowie »Thesen für einen neuen Sozialstaat« von Katja Kipping, Michael Opielka und Bodo Rame-low; in Heft 187 (Mai 2006) von Lutz Brangsch: Ein vergessenes Konzept der PDS, und von Judith Dellheim: Grundsicherung oder Grundeinkommen. Im vorliegenden Heft kommt neben Nino David Jordan auch Karl Reitter zum Thema zu Wort.

und wirft dem Grundeinkommen damit mangelnde Nachhaltigkeit vor. Sicherlich muss die Höhe des Grundeinkommens zunächst so beschaffen sein, dass genug Anreize zur Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums verbleiben. Die Bedeutung dieser Anreize darf im Rahmen einer kapitalistischen Weltwirtschaft sicherlich nicht ausgeblendet werden. Eben gerade deshalb formuliert Philippe Van Parijs, einer der prominentesten Vordenker des Grundeinkommens, die Forderung nach einem Grundeinkommen auf dem höchsten noch nachhaltigen Niveau.

Ein Grundeinkommen kann sicherlich nur dann realistisch gefordert werden, wenn man auf einer grundlegenden Prämisse aufbaut: Die meisten Menschen wollen, sofern sie nicht die Not dazu treibt, entweder arbeiten, um sich selbst zu verwirklichen, oder um sich mehr Luxusgüter zu verschaffen. Die Unterstellung, keiner würde mehr arbeiten wollen, wenn die »Disziplin des Hungers« wegfalle, ist absurd. Sicher mag es sich mit einigen so verhalten. Anderen aber würde ein Grundeinkommen den Ausweg aus der Armutsfalle ermöglichen. Unter den jetzigen Umständen ist es oft irrational, arbeiten zu gehen – etwa dann, wenn einem ein Großteil des Verdienstes auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird. Auch Existenzgründungen erweisen sich als schwierig, wenn nicht auf ein laufendes Einkommen zurückgegriffen werden kann.

Busch meint, dass die Verwirklichung des Prinzips »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« die Entwicklung der Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis zur Voraussetzung habe. Aber eben die Erfahrung dieses Bedürfnisses nach tätiger Auseinandersetzung mit der Umwelt kann schwerlich vor dem Hintergrund eines Zwangsverhältnisses geschehen. Wahrscheinlicher ist es, dass unter den gegebenen Umständen dieses Bedürfnis im Rahmen einer individuellen Bewältigungsstrategie vorgeschoben wird: Wenn ich schon muss, dann will ich wenigstens wollen.

Die weiterhin von ihm als Bedingung postulierte »Begrenzung des Konsums auf ein vernünftiges Maß« lässt sich kaum vermeiden, wenn man die Höhe des Grundeinkommens an die Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftssystems anpassen muss. Dass das Grundeinkommen äquivalent zur Forderung nach einer »von der Arbeit befreiten Konsumgesellschaft« sei, ist unhaltbar, da selbst ein Grundeinkommen von 1 500 € immer noch vielen den Anreiz zur Arbeit belassen würde. Und das unter anderem gerade auch, um mehr zu konsumieren. Busch macht den Fehler, so zu tun, als ob das Grundeinkommen gleichzusetzen wäre mit einer Gesellschaft, in der allein auf den Arbeitswillen der Menschen vertraut würde, alle aber ansonsten gleich viel konsumieren dürften.

Er schreibt, dass ein universell angewendetes Grundeinkommen »ökonomisch nicht tragfähig und finanziell nicht realisierbar« wäre. Natürlich wäre es unmöglich, alle zu Grundeinkommensbeziehern zu machen, wenn in der Folge niemand mehr arbeiten würde. Dass dem so wäre, ist allerdings ausgesprochen unwahrscheinlich, zumal sich die Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) an der volkswirtschaftlichen Produktivität orientieren müsste. Ein Großteil von Buschs Argumentation beruht auf der Vorstellung, niemand würde arbeiten, aber alle würden schlemmen. Ihren Ausdruck

findet dies in von weit her geholten Beispielen, wie etwa der konsequenten Umverteilung aller Einkommensteile oberhalb des Durchschnittseinkommens über Steuern und Beiträge zugunsten der Nichtarbeitenden. Diese Vorstellung hat aber nichts mit dem mittelfristig zu verwirklichenden BGE zu tun, vielmehr wird sie als gefälliger rhetorischer Sparringspartner herangezogen.

Laut Busch passe das BGE nur zu einer Gesellschaft im Überfluss. Hiervon könne im Falle Deutschlands aber nicht ausgegangen werden. Die momentan vorgenommene Umverteilungsleistung ist aber bereits gigantisch: 1997 lag der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung bei 43,6 Prozent.²

Um die angeblich klaffende Finanzierungslücke für ein BGE auszumalen, beziffert Busch die bei einer monatlichen BGE-Höhe von 1 000 € pro Kopf entstehenden Kosten mit 95,4 Prozent des Gesamtbudgets der öffentlichen Haushalte. Zur Finanzierung Steuererhöhungen heranzuziehen, lehnt er als für die Zukunftsentwicklung kontraproduktiv ab. Hierbei blendet er völlig aus, dass jede und jeder Grundeinkommen beziehen würde, der Staat ihr oder ihm also auch dementsprechend wieder mehr abziehen könnte. Letztlich würden die Ausgaben nicht viel höher sein als bei einer negativen Einkommenssteuer ohne Arbeitszwang.³ Weiterhin hält er es für unverantwortlich, ein BGE einzuführen, wenn nicht vorher die zu erwartenden ökonomischen Effekte, z. B. die damit zunächst einher schreitende Inflation, hinreichend analysiert würden. Dieser Gedanke mag sicherlich sehr vernünftig sein. Obwohl das Grundeinkommen ein sehr einfaches und eben gerade dadurch so elegantes Konzept ist, muss die Genauigkeit der Folgenabschätzung aber zwangsläufig durch die Komplexität der Sache beschränkt sein. Hier spielen einfach zu viele Faktoren mit hinein, als dass die Wirtschaftswissenschaft, deren Prognosen ohnehin allzu oft nicht Bestätigung finden, diese vorab vollends ergründen könnte. Da die Einführung eines Grundeinkommens aller Wahrscheinlichkeit nach aber eher schrittweise denn abrupt erfolgen dürfte, sind es paradoxerweise gerade die dem Grundeinkommen entgegen stehenden Interessen, welche dafür sorgen, dass die Grundeinkommensbefürworter vom Vorwurf des sozio-ökonomischen Großexperiments freigesprochen werden müssen.

Buschs Alternative zum Grundeinkommen – die Aufwertung des Dritten Sektors – muss, eben aufgrund der von ihm selbst geschilderten »Verwertungslogik des Kapitals, welche die gesellschaftliche Reproduktion auf bestimmte Tätigkeiten reduziert, andere jedoch, obwohl nicht weniger nützlich, aber ausschließt«, wenn nicht als utopisch, so doch als bedeutend komplizierter und administrativ aufwändiger in der Umsetzung angesehen werden. Um Anleihen beim Neoliberalismus zu machen: Wäre es nicht vielleicht effizienter, die hierfür notwendige Bürokratie beiseite zu lassen und Raum für private Initiative zu schaffen? Dies soll kein Plädoyer gegen den weiteren Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sein – im Gegenteil, das Zurückschrauben öffentlicher Güter birgt die Gefahr, dass der Freiheitszugewinn eines Grundeinkommens auf die freie Zeiteinteilung innerhalb der eigenen vier Wände beschränkt bliebe. Nur sollte der Staat seinen administrativen Aufwand auf die Erbringung von Leistungen konzentrieren – nicht darauf, möglichst viele Leute dabei zu beschäftigen.

2 <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm1998/p1490026.htm>.

3 Wobei die Höhe der Ausgaben selbstverständlich immer noch nicht genau abschätzbar ist, jedoch bedeutend niedriger läge als von Busch veranschlagt.

Eine weitere von Busch aufgezeigte Alternative wäre, die »Höhe des Einkommens weniger von der individuellen und mehr von der gesamtgesellschaftlichen Leistung abhängig« zu machen. Hier stellt sich wieder die Frage, ob eine solche staatliche Regulierungsmaßnahme nicht ebenfalls sehr viel komplizierter zu handhaben wäre, als schlicht ein Grundeinkommen auszuzahlen. Verlangte man diese Lohnsteigerung staatlicherseits von den Unternehmen, so würden viele von ihnen wahrscheinlich mit der Abwanderung drohen können. Die Gewerkschaften, deren traditionelle Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, dass sich die jeweiligen Steigerungen von Lohn und Produktivität nicht allzu sehr voneinander entfernen, sehen sich ja genau diesem Dilemma ausgesetzt. Überbrückte der Staat diese Kluft hingegen durch Kombilöhne oder eine negative Einkommenssteuer mit Arbeitszwang, so dürften die erwartbaren Mitnahmeeffekte dieser Unternehmenssubvention die Angelegenheit dermaßen verteuern, dass die Möglichkeiten zur Finanzierung eines moderaten Grundeinkommens plötzlich in greifbare Nähe rückten.

Weiterhin kritisiert Busch die Idee des Grundeinkommens aufgrund der Tatsache, dass diesem keine gesellschaftliche Akzeptanz entgegen komme. Diese mag sicherlich ein strategisches Argument sein, wenn es darum geht, verschiedene Handlungsalternativen zu erwägen. Auf die Idee des Grundeinkommens selbst kann dies kein Angriff sein. Aber selbstverständlich tragen Beiträge wie der von Busch, auch wenn sie die Debatte befruchten, nicht gerade dazu bei, die dem Grundeinkommen entgegengebrachte Akzeptanz zu erhöhen.

Warum das Grundeinkommen aber wirklich als die kapitalistische Gesellschaftsordnung untergrabender »Maulwurf« bezeichnet werden kann, bleibt außerhalb der Reichweite von Buschs Aufsatz. Es ist insofern ein »Maulwurf«, als dass das BGE den Menschen die notwendige Basis dafür geben könnte, *fernab privater oder staatlicher Zwangsverhältnisse* ökonomische Akteure nach eigener Façon zu werden. Die Errichtung selbstbestimmter, demokratischer Wirtschaftsweisen von unten, die ohne ein Grundeinkommen stets ein Wagnis darstellen und oft genug an der Härte der Konkurrenz zerschellen mussten, würde durch ein BGE ermöglicht. Ob die Menschen ein BGE dazu nutzen, das bliebe ihnen selbst überlassen. Sollten sie es tun, so wäre dies der Keim einer friedlichen und gemächlichen Revolution – in den Köpfen wie an den Maschinen.

KARL REITTER

Grundeinkommen statt Schlaraffenland

Eine Antwort auf Ulrich Busch

Wer die Polemik von Ulrich Busch gegen die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen liest, muss den Eindruck bekommen, die Unterstützerinnen und Unterstützer dieser Forderung wären nicht in der Lage, die elementarsten Zusammenhänge zu verstehen und würden ins Blitzblaue hinein haltlose Phantasien propagieren. Ein Schlaraffenland würde ihnen vorschweben, dabei könnten sie offenbar nicht eins und eins zusammenzählen und erkennen, dass der Distribution die Produktion vorangehen muss. »Dabei wird völlig übersehen, dass ein wirklicher Überfluss an Reichtum nur dann möglich ist, wenn er ständig produziert wird«, so der Autor. Als Polemik mag dieser Vorwurf ja noch durchgehen, aber ernsthaft kann ja wohl nicht behauptet werden, all jene, die sich für das Grundeinkommen aussprechen würden, wüssten nicht, dass die Frühstücksemmel vor ihrem Verzehr hergestellt werden muss.

Eben so seltsam wie der zentrale Vorwurf ist die Position, von der aus Busch seine Kritik formuliert. Obwohl der Autor sich durchgehend auf Marx, Lenin oder Bebel beruft, reproduziert er Plattitüden des bürgerlichen Hausverstandes, mit denen er in jeder Talkshow punkten würde. Ein wenig zwingen müsste man den Menschen schon. Ihn einfach in Freiheit entlassen, in der alle tun oder eben nichts tun können, was und wie sie wollen, das ginge ja wirklich nicht. Da applaudiert der bürgerliche Hausverstand aber mächtig. Anschlussfähig im schlechten Sinne ist auch Buschs geradezu unglaublicher Hinweis auf das Leistungsprinzip. Zählt dieser Ausdruck nicht zum Repertoire billigster neoliberaler Legitimationsideologie? »Leistung muss sich wieder lohnen« – das kommt uns doch irgendwie bekannt vor. Auch der abgeschmackte Hinweis auf die angeblich so geringe Akzeptanz des Grundeinkommens fällt in die Rubrik Mainstream. Abgesehen von der Tatsache, dass meine Erfahrung dem völlig widerspricht, ist das Argument an Platitude kaum zu überbieten. Die Leut' wollen's halt nicht – angeblich. Und das soll eine marxistische Position darstellen?

Tatsächlich stehen im Kern der Argumentation des Autors nebulöse Vorstellungen des bürgerlichen Alltagsverstandes. Die Art und Weise, wie der durchgehende Hinweis auf die Arbeit als erstes Lebensprinzip argumentiert wird, fügt sich da bruchlos ein. Anstatt etwa den Arbeitsbegriff analytisch zu entwickeln, verbleibt sein Diskurs auf der Ebene der bloßen Nennung von Begriffen und Themen. Die Differenz zwischen der Arbeit an sich und ihrer »bestimmten gesellschaftlichen Form«¹ im Kapitalismus wird bis zur Unkenntlich-

Karl Reitter – Jg. 1953; Studium der Philosophie in Wien und dort seit über zehn Jahren externer Lektor am Institut für Philosophie; Mitherausgeber der Zeitschrift *grundrisse* (www.grundrisse.net); weitere Artikel zum Thema Grundeinkommen: »Garantiertes Grundeinkommen jetzt!«, in: *grundrisse – Zeitschrift für linke Theorie & Debatte* 12, http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse12/12karl_reitter.htm und: »Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft«, in: *Ebenda* 13 http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse13/13karl_reitter.htm.

1 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 192.

keit verwischt. Für Marx ist hingegen die Unterscheidung zwischen der Arbeit an sich und ihrer Entfremdung im Kapitalismus eine ganz zentrale Argumentationslinie. So schreibt er im Manuskript von 1844: Die Arbeit im Kapitalismus »ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein *Mittel*, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird.«² Und im »Kapital« heißt es kurz und bündig: »Produktiver Arbeiter zu sein, ist daher kein Glück, sondern ein Pech.«³

2 Karl Marx: Ökonomisch-philosophisches Manuskript aus dem Jahre 1844, MEW Erg.-Bd. I, S. 514.

3 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, a. a. O., S. 532.

Das Grundeinkommen gegen die Arbeit auszuspielen ist eine weit verbreitete Mode. Sie beruht freilich auf der Identifikation der Lohn- und Erwerbsarbeit mit Arbeit schlechthin. In den verschiedenen Begründungen für das Grundeinkommen ist es umgekehrt gerade der positive Bezug zur Arbeit, der diese Forderung motiviert. Nicht zufällig lautete das Motto der sehr erfolgreichen Großveranstaltung zum Grundeinkommen letzten Herbst in Wien: *In Freiheit tätig sein*. Das Grundeinkommen soll die Arbeit aus den Fesseln und Zwängen der Lohnarbeit (zumindest tendenziell) befreien, es soll an die Stelle des Arbeitszwanges die Freiheit der Tätigkeit setzen. Dass vor allem durch die postfordistischen Verhältnisse die Arbeit mit ihrer kapitalistischen Hülle immer unvereinbarer wird, dass also die Forderung nach dem Grundeinkommen bestimmte objektive Tendenzen in der Gesellschaft auch als politische Forderung ausdrückt: Dieser Gedankengang sollte doch in marxistischen Kreisen nicht allzu fremd sein.

Indem Busch die gesamte Analyse der Lohnarbeit bei Marx überspringt, kann er eine Auffassung begründen, bei der es mir nur kalt über den Rücken rinnt: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.« Das ist im Kapitalismus so und im Sozialismus war es ebenso – Lenin sei Dank. Die gesellschaftliche Definitionsmacht wird dabei nicht angetastet, im Kapitalismus ist Arbeit eben Lohnarbeit, im zusammengebrochenen so genannten realen Sozialismus war sie eben die staatlich durchgesetzte Zwangsarbeit (die oftmals hinter den Status der freien Lohnarbeit zurückfiel). Um dem Ganzen etwas sozialphilosophische Tiefe zu verleihen, bringt es Busch immerhin auf 80 Fußnoten. Offenbar ist der Autor kaum bereit, aus dem welthistorischen Scheitern des realen Sozialismus, konkret dem Konzept einer Staatsplanwirtschaft mit allgemeiner Kontrolle über die Arbeitswilligkeit des Proletariats, weitreichende Konsequenzen zu ziehen. Er kann – ich vermute eher: will – nicht sehen, dass die simple Gegenüberstellung von fleißigen und anständigen Menschen und Faulenzern, mithin die Lobpreisung der Arbeit (Stachanow und Hennecke lassen grüßen), ein Aspekt des Zuckerbrots zur Steigerung der Arbeitsproduktivität darstellte. In dieser Hinsicht gleicht die implodierte Staatsplanwirtschaft dem Kapitalismus: Die Herrschaft definiert Arbeit und bestimmt die Umstände, unter denen sie auszuüben ist. Wer sich diesem Diktat nicht unterwirft, wird als asozial abgeurteilt.

Bezeichnend ist auch, wie Busch den Ausspruch »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« historisch herleitet. Ohne Skrupel projiziert er die von Max Weber übernommene Analyse über die Arbeits-

moral calvinistischer Sekten auf das historische Christentum zurück. Hätte sich Busch ernsthaft mit der Moralgeschichte des Christentums befasst, so wäre er wohl zur selben Schlussfolgerung wie Hannah Arendt gekommen, dass »das Christentum schon darum keine eigentliche Arbeitsphilosophie entwickeln konnte, weil es an dem unbedingten Primat der *Vita contemplativa* gegenüber allen Tätigkeiten der *Vita activa* immer festgehalten hat.«⁴ Nun gut, das mag ein unwesentliches Detail sein, aber es zeigt Verkürzungen an, die Buschs gesamten Text prägen. Auch sein Umgang mit der »Kritik des Gothaer Programms« von Marx ist bezeichnend. Erwähnen: ja; sagen, wie Marx eigentlich argumentiert: nein. Bekanntlich unterscheidet Marx zwischen zwei Phasen der nachkapitalistischen Entwicklung: einer ersten, die unmittelbar auf den Kapitalismus folgt, und einer zweiten, fernen kommunistischen Phase. Im Kommunismus soll gelten: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!«⁵ Diese *Maxime* formuliert keinerlei Gesetz oder Prinzip der Produktion wie Konsumtion, sondern postuliert umgekehrt gesellschaftliche Bedingungen ohne jeden Zwang, die keinerlei Prinzip, Gesetz oder sonstiger Regelung bedürften.

Hier und heute sind aber die Marxschen Überlegungen zur ersten Phase, der Phase des Übergangs, wesentlich. Und dazu formuliert Marx ganz klar zwei Thesen, die interessanterweise kaum rezipiert werden – was, wie wir sehen werden, kein Zufall ist. Die erste These lautet: Eine nachkapitalistische Gesellschaft benötigt ein auf das Individuum bezogenes, objektivierbares Recht der Distribution, das keineswegs tagtäglichen Entscheidungen gesellschaftlicher Institutionen, etwa Räten, unterstellt sein darf. Die Distribution soll durch eine objektiv messbare Größe geregelt werden. Dieses Prinzip ist als Recht, das klarerweise noch bürgerlichen Charakter trägt, zu sichern. Das ist die erste These. Die zweite These führt nun aus, *wie* dies geschehen soll. Marx schlägt dazu ein Stundenzettelmodell vor: »Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (...) und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet.«⁶ Dieses Stundenzettelmodell wird nun von der gesamten leninistischen Tradition mit keinem Wort erwähnt. Der Grund dafür ist einfach: Das individuelle, objektivierbare Recht war unvereinbar mit dem Selbstbild einer Gesellschaft, die die Staatsmacht und Parteiherrschaft mit dem Gesamtinteresse des Proletariats identifizierte. Für ein individuelles Recht, noch dazu auf strikt ökonomischem Gebiet, war da kein Raum. Vor allem hätte ein derartiges Recht die Ausbeutung des Proletariats zumindest erschwert. Die Verfügungsmacht über das gesellschaftliche Gesamtprodukt wäre aus den Händen der herrschenden Schicht in die Hände aller einzelnen Individuen übergegangen, zumindest teilweise. Exakt aus diesem Grund wurde und wird die Passage mit dem Stundenzettel gerade von der so genannten Orthodoxie nie erwähnt.

Dabei gäbe es eine ganze Reihe von Argumenten gegen dieses Stundenzettelmodell. Es ist tatsächlich kein sehr gangbarer Weg, den Marx da vorschlägt. Dieses Modell scheidet wohl nicht nur an der

4 Hannah Arendt: *Vita activa*, München 1983, S. 310.

5 Karl Marx: *Kritik des Gothaer Programms*, MEW, Bd. 19, S. 21.

6 Ebenda, S. 20.

Messbarkeit der aufgewendeten Arbeitszeit, sonder vor allem an der Definition von Arbeit. Wer arbeitet wo wie lange? Wäre etwa das Schreiben dieses Artikels Arbeit? Allerdings verweist die Debatte um das Stundenzettelmodell unabdingbar auf das Prinzip, dessen Konkretion es ja sein soll: eben auf ein individuelles Recht auf ein bestimmtes Maß an Konsumtion. Wer etwa 35 Stunden pro Woche arbeitet, sollte nach Marx das Recht haben, Waren im Werte von 35 Stunden (minus eines allgemeinen Abzuges) zu konsumieren. Der Staatsmarxismus dachte keine Sekunde daran, ein solches Recht zu institutionalisieren. Daher wurde dieser Aspekt niemals thematisiert. Auch Busch schafft es, direkt aus den diesbezüglichen Passagen zu zitieren, zugleich aber die Pointe zu verschweigen. Ob das garantierte Grundeinkommen die bessere Lösung verglichen mit dem Stundenzettel darstellt, wäre schon zu diskutieren. Ich meine: Ja. Gewissermaßen pauschaliert das Grundeinkommen die Arbeitsleistung des Individuums, unabhängig von ihrer bestimmten Form, in der sie ausgeübt wird. Aber wenn wir uns schon den Mantel der Orthodoxie anziehen, dann haben wir das von Marx postulierte Distributionsrecht irgendwie zu konkretisieren.

Was Busch den Texten von Marx und Lenin entnimmt, ist Arbeitsmoral und Arbeitspflicht. Die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, an der Lohnarbeit und insbesondere am Staat bleibt außerhalb des Blickfeldes. Daher lesen sich seine Passagen zur Finanzierung des Grundeinkommens wie Aussagen eines bürgerlichen Publizisten. Besonders nett finde ich den Ausdruck »das Budget der Gesellschaft«. Die Zerrissenheit und Widersprüche der Gesellschaft, der Gegensatz von Staat und Gesellschaft, die Unvereinbarkeit der Klassengegensätze, die in »wir« oder »uns« verleugnet und ausgelöscht sind: All das kommt naiv und blind in solchen Wendungen wie »das Budget der Gesellschaft« zum Ausdruck. Aus marxistischer Sicht ist auch seine Verwunderung, Katja Kipping würde zur Finanzierung gleich das ganze Bruttosozialprodukt zur Disposition stellen, kaum nachzuvollziehen. In marxistischen Kreisen sollte es doch Konsens sein, dass das Bruttosozialprodukt vom gesamten Proletariat produziert wird – was also spricht dagegen, es egalitär aufzuteilen? Ja, man sollte Lenin nicht nur die Passagen über den Arbeitszwang entnehmen, sondern auch ein wenig seine Analyse des bürgerlichen Staates. Um zur Frage der Finanzierung Klartext zu reden: Ein garantiertes Grundeinkommen würde einen derart großen Finanzbedarf erfordern, dass das übliche Finanzgebaren des bürgerlichen Staates nicht mehr ohne weiteres möglich wäre. Na und? Ist dies ein Mangel oder ein Vorteil dieser Forderung? Warum sollen Marxistinnen und Marxisten bei ihren Forderungen darauf Rücksicht nehmen, ob sie mit dem Mechanismus der bürgerlichen Herrschaft, zu dem ja der Einsatz finanzieller Mittel durch den Staat zählt, vereinbar sind? Wer freilich den Staat als über den Klassen stehendes neutrales Mittel phantasiert, wird dem Grundeinkommen sehr ablehnend gegenüber stehen. Und so eint der Staatsfetischismus die unterschiedlichsten Kräfte bei ihrer Ablehnung des Grundeinkommens.

Letztlich beruht die gesamte Argumentation von Busch auf einem quasi neutralen, sozialtechnischen Blick auf die Gesellschaft. Nicht der Prozess des Widerstands gegen die Verhältnisse der bürgerlichen

Gesellschaft, nicht der Kampf gegen die Zumutungen und Zwänge, nicht die Opposition gegen Staat und Kapital, sondern bestimmte Probleme (Massenarbeitslosigkeit usw.) seien durch »völlige Neuregelung des Arbeitsregimes« zu lösen. Regelungen, Konzepte, zu implementierende Gesellschaftsmodelle: Das bestimmt die Gedankenwelt des Autors. Nur nicht die Pflicht zur Arbeit antasten, ist dabei seine Hauptsorge. Den Maßstab für politische Forderungen entnimmt er bestimmten Auffassungen über das Funktionieren und die Zusammenhänge der Gesellschaft. Dass diese zumeist mit weit verbreiteten Trivialitäten und Phantasmen konform gehen, ist dabei gar nicht das Ausschlaggebende. Anstatt in Prozessen des Widerstands und der Befreiung zu denken, denkt Busch in den Kategorien der instrumentellen Macht, aufgeputzt durch akademisches Brimborium wie das »Pareto-Optimum«. Die (Staats)Macht ist das Subjekt, die gesellschaftlichen Verhältnisse sind das Objekt. Letztlich ist es der Blick des guten Herrschers, der, über den Konflikten stehend, sozialtechnische Eingriffe diskutiert, und als einen solchen sozialtechnischen Eingriff missversteht er auch das Grundeinkommen.

Um es nochmals mit Nachdruck zu sagen: Das Grundeinkommen ist kein sozialtechnisches Mittel. Sondern es ist die adäquate Antwort auf die derzeitigen Angriffe des Kapitals. Es ist ja wohl mit Händen zu greifen, dass gerade angesichts großer Erwerbsarbeitslosigkeit die Zurichtung auf die bedingungslose Akzeptanz der Lohnarbeit von entscheidender Bedeutung ist. Die Masse der Arbeitslosen ist als Reservearmee zuzurichten. Das Mittel dazu ist in Deutschland unter anderem Hartz IV, in Österreich sind es die weniger spektakulär gebündelten Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung. Ebenso ist es wohl offensichtlich, dass die Produktion des absoluten Mehrwerts für das Kapital wieder ein wesentlicher Faktor wird. Die Verlängerung der Arbeitszeit steht auf der Tagesordnung, zugleich ist Lohnsenkung angesagt. Sozialtransfers werden immer rigider an disziplinierende und entwürdigende Auflagen gebunden. Wie Marx resümierend feststellt, produziert der kapitalistische Produktionsprozess »das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der andren den Lohnarbeiter.«⁷

Die ständige, sich wiederholende Produktion von Klassen geschieht nicht nur durch den zwanglosen Zwang der Verhältnisse, sondern auch durch den Einsatz von politischen und ideologischen Mitteln. Dieser Einsatz wird gegenwärtig verschärft. Die Forderung nach dem Grundeinkommen ist eine Möglichkeit, in dieses Getriebe der Klassenproduktion etwas Sand hineinzuworfen. Das Grundeinkommen wird also keineswegs von der Konsumation her gedacht, sondern von der Verweigerung der Lohnarbeit, von der Rebellion gegen das Zur-Klasse-gemacht-Werden, gegen die Einfügung in die kapitalistische Produktion als Proletariat. Auch wenn die Verwirklichung des Grundeinkommens hierzulande eher in weiter Ferne ist, so dient einerseits das Prinzip der Bedingungslosigkeit als Kompass in den Auseinandersetzungen um Details der Sozialtransfers, andererseits formuliert es das Distributionsprinzip einer Übergangsgesellschaft, denn das Marxsche Stundenzettelmodell erscheint mir nicht gangbar.

Noch eine abschließende Klarstellung. In einer von Gegensätzen und Machtverhältnissen zerrissenen Gesellschaft kann die Verwirk-

7 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I, a. a. O., S. 604.

lichung emanzipatorischer Forderungen kein linearer Prozess sein. Momentan überwiegt die Ablehnung des Grundeinkommens, es ist aber gut eine Situation vorstellbar, in der diese Forderung durch vorgebliche Akzeptanz in ihr Gegenteil verkehrt werden soll. Das Grundeinkommen ist kein Zaubermittel, kein magisches Ziel, das unumkehrbar Emanzipation realisiert, aber es wird eine Etappe in diesem Prozess sein.

Und noch eine Nachbemerkung: Am 8. Januar 2004 unterzeichnete der Präsident Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz Nr. 10.835, das die Einführung des garantierten Grundeinkommens für alle in Brasilien lebenden Menschen vorsieht. Freilich bedeutet dieses Gesetz wohl nicht mehr als eine eher unverbindliche Absichtserklärung, denn in einem Zusatzgesetz wurde ebenfalls beschlossen, dass das Grundeinkommen nach »Maßgabe der budgetären Möglichkeiten sowie des erreichten Entwicklungsniveaus« zu realisieren sei. Auch wenn die realen Chancen für das Grundeinkommen bescheiden bleiben: Als Utopie kann diese Forderung wohl nicht mehr bezeichnet werden.

BERND HÜTTNER

Anerkennung, Umverteilung, Gerechtigkeit

Probleme einer postfordistischen Linken

Durch die sich neu konfigurierende Linkspartei ist einiges in Bewegung gekommen. Überzeugte Gewerkschafter plädieren für eine starke außerparlamentarische Linke als Korrektiv gegenüber der Partei¹ und namhafte Altautonome und Bewegungslinke appellieren in einem offenen Brief an das Parteiprojekt.

Oft wird übersehen, dass es zwei unterschiedliche Register gibt, nach denen Linke sprechen und handeln. Sie haben sich historisch gebildet und sind von ursächlicher Bedeutung für die Probleme der Linken (miteinander): Es gibt *soziale Linke* – dies sind die (alten) sozialen Bewegungen, also Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, und auch der Staatssozialismus. Sie treten für Gerechtigkeit durch materielle Umverteilung ein, sie sehen die Ökonomie als Zentrum der Gesellschaft an, vorrangiger Akteur zur Herstellung von Gerechtigkeit ist der Staat. Und es gibt die *kulturelle Linke* – dies sind vor allem die so genannten neuen sozialen Bewegungen (feministische und Schwulenbewegung, Bürgerinitiativen, kulturelle und antirassistische Initiativen etc. pp.). Sie fordern zwar auch Umverteilung, betonen aber stärker die Bedeutung von Demokratisierung, sie wollen Gerechtigkeit durch die Anerkennung von Differenzen zwischen den Geschlechtern, zwischen Lebensstilen oder durch die Beendigung von rassistischer Diskriminierung erreichen. Die Akteure zur Herstellung von Gerechtigkeit sind in diesem Denkmodell Staat und Zivilgesellschaft. Durch den Umbau des Sozialstaates zum Instrument autoritärer Disziplinierung und die Globalisierungsdebatten kommen Themen von Arbeit, Reichtum und sozialer Absicherung (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Bildung) wieder vermehrt auf die Tagesordnung der linken Debatten. Viele radikale Linke haben sich in den letzten Jahren mehr mit Kultur, gender oder »ace« beschäftigt und diese in der Regel im Gegensatz und nicht als integralen Bestandteil von heutiger Ökonomie gedacht.

Die Unterscheidung in kulturelle und soziale Linke stammt aus den USA.² Sie ist auf die Verhältnisse hierzulande, wo die soziale Linke gesellschaftlich weit mächtiger und die kulturelle Linke weit weniger akademisiert ist als in den USA, nicht vollständig übertragbar.

In der folgenden Tabelle sind die zwei Register vereinfacht und teilweise zugespitzt dargestellt.

Bernd Hüttner, Jg. 1966, Diplom-Politikwissenschaftler; Hausmann und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen; Gründer des Archivs der sozialen Bewegungen Bremen, Mitgründer des Internetprojekts www.kritische-geschichte.de, Mitherausgeber von »Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen«, Neu-Ulm 2005 (www.vorwaerts.org). Kontakt: bhuettner@niatu.net.

1 Horst Schmitthenner: Gleiche unter Gleichen, in: Freitag, 2. September 2005.

2 Nancy Fraser: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des post-industriellen Sozialstaates, Frankfurt a. M. 2001; Dieselbe: Frauen, denkt ökonomisch!, in: taz, 7. April 2005; Helmut Hugler: Die Grammatik der Werte, in: Freitag, 31. Oktober 2003; Richard Rorty: Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus, Frankfurt a. M. 1999.

	soziale Linke	kulturelle Linke
zentrale Referenz	Ökonomie	Kultur, Diskurs
weitere Referenz(en)	Arbeit »Rasse«	Existenz, Sexualität,
philosophische Referenz	Moderne	Postmoderne
philosophisches Ziel	Gleichheit,	Differenz, Anerkennung
politische Ziele		
a)	(demokrat.) Sozialismus	soziale/persönliche Befreiung
b)	Soziale Gleichheit Gleichberechtigung	Anerkennung von kulturellen Werten
c)	Eroberung der Macht	Zersetzung der Macht
d)	(Voll-)Beschäftigung	soziale Grundrechte, Existenzsicherung
erreicht durch	(Um)Verteilung	Anerkennung von Gruppen und ihren Unterschieden
Kampf gegen handelnde Akteure prägende gesellschaftliche Formation	Ausbeutung Klasse	Unterdrückung Gruppen, Einzelpersonen
Aktionsform	Fordismus	Postfordismus
kollektive Organisationsform	Streik, Wahlen	Aktion, Sabotage, Protest
Handlungsverständnis	Staat	Bewegung
Organisationsmodell	(Mit-)Gestaltung zentral, vertikal, linear	Dissidenz/Ausstieg dezentral, horizontal, Netzwerk
Politikmodell	Stellvertreterpolitik, Repräsentation	Handeln in erster Person
Politische Verbindung durch persönl.	gemeinsame Weltanschauung	temporäres Interesse an Themen
Organisationsform organisationsinternes Prinzip	Partei	Individuum, Gruppe
Instrumente	Disziplin, Loyalität Gesetze, Geld	Selbstbestimmung Veränderung im Alltag
vorrangiger Gegenstand des politischen Handelns	materielle Ordnung	symbolische Ordnung

Diese zwei unterschiedlichen Register prägen das Denken und Handeln, sie definieren, wie Forderungen gebildet werden, ja wie die Welt interpretiert wird. Das Register der sozialen Linken ist historisch älter, das der kulturellen Linken eines der letzten ungefähr 40 Jahre. Das ist *kein* Ost-West-Problem, es ist auch keines zwischen Linkspartei und WASG, sondern es ist ein Problem unterschiedlicher politischer Biografien und Erfahrungen.³ Während sich zum Beispiel der gewerkschaftslastige Westflügel der Wahlalternative vor allem als Vertretung einer männlichen und deutschen Kernarbeiterschaft versteht, treten andere (soziale und kulturelle) Linke für eine gewerkschaftspolitische Öffnung gegenüber Illegalisierten, Prekären und Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern ein.

Die Spaltung und die Probleme zwischen den Linken, die nach diesen beiden Registern sprechen und handeln, treten auch in der

3 Bernd Hüttner: Linke Geschichte – getrennte Geschichte, in: Neues Deutschland, 24. November 2005.

Debatte um das neue Wahlprojekt auf. Das Wahlprojekt (und dabei, soweit ich das beurteilen kann, die WASG noch stärker als die aktuelle Linkspartei.PDS) ist sehr stark vom Umverteilungsregister der sozialen Linken geprägt. Die ist einerseits angesichts der Verarmung etc. gerechtfertigt, greift aber andererseits zu kurz, da dieses Register Fragen der Pluralität verschiedener Lebensstile unterbewertet. Es taugt deshalb nur bedingt zur Mobilisierung jüngerer urbaner Milieus.

Ein Beispiel kann dies illustrieren: Neoliberalismus wird im Umverteilungsregister fast nur als Horror-Programm der Herrschenden angesehen, im Extremfall gibt es die Vorstellung, dass vom Neoliberalismus nur fünf Prozent der Bevölkerung profitieren und der Rest ausgeplündert werde. Dass der Neoliberalismus auch Freiheitsgewinne mit sich bringen kann, wird ausgeblendet.

Im Anerkennungsregister wird Neoliberalismus dagegen als Reaktion auf die durch Anspruchsinflation und Kämpfe von unten verursachte Verwertungskrise verstanden: Die westdeutschen Arbeiterkämpfe vor 35 Jahren und viele alternative Linke wollten und wollen raus aus dem relativ sicheren, aber vorhersehbaren Modell, das der soziale Wohlfahrtsstaat für Wohlverhalten bereithielt: Birth, school, work, death (Geburt, Schule, Arbeit, Tod). An dieser Kritik von Arbeit und Arbeitszwang ist heute festzuhalten, sie ist konstitutiv für eine neue Linke.

Der Regelarbeitsvertrag ist für viele Linke keine Realität mehr, ist für viele auch keine politische Utopie mehr. »Arbeit soll das Land regieren« – so die PDS im Wahlkampf 2002 –: Das ist nicht nur für kulturelle Linke eine Drohung und keine Utopie. Die soziale Linke klammert sich an die Sinnstiftung durch (Lohn-)Arbeit, die kulturelle Linke beschäftigt sich zusehends mit der Forderung nach einer Existenzsicherung oder einem Grundeinkommen.

Damit sind wir mitten in der *Programmatisierung eines neuen Projektes*. Die ist zwar nicht alles, da Papier bekanntlich sehr geduldig ist und die beschlossene Programmlage in ihrer Bedeutung für medial aufbereitete Außenwahrnehmung in der Regel überschätzt wird. Programmatisch ist im Zuge der Neuformierung der Linkspartei (viele noch ungeklärt. Diese Diffusität ist kein Alleinstellungsmerkmal des Parteiprojekts, auch in den sozialen Bewegungen ist vieles ungeklärt. Nur einige Beispiele seien kursorisch erwähnt.

Erstens. Wachstum ist heute kein per se positiver Wert, da dadurch negative ökologische/weltwirtschaftliche Folgen eintreten, bzw. Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen voneinander entkoppelt sind.

Zweitens. Entkopplung von Arbeit und Einkommen: der tendenziell männliche Alleinernährer ist keine emanzipative Utopie, viele Menschen wollen auch gar nicht mehr Vollzeit arbeiten, es müssen Antworten auf die Prekarisierung von oben und jene von unten gefunden werden, etwa durch eine armutsfeste Grundsicherung.

Drittens. Außenpolitik, Antiamerikanismus und Antimilitarismus. Hier besteht das Problem, dass es ja nicht ausreichen kann, eine Stärkung der EU gegenüber den USA, einschließlich der Förderung von politischen Ressentiments gegen den Westen, zu propagieren. Ferner muss diskutiert werden, wie die Linke gegen islamischen Fundamentalismus weltweit und in Deutschland vorgehen will.

den (ökonomische und kulturelle Ungerechtigkeit) miteinander verwoben. Selbst die materiellsten ökonomischen Institutionen haben eine für sie konstitutive, unverminderbar kulturelle Dimension. Sie sind von sprachlichen Bedeutungen und von Normen durchdrungen. Umgekehrt haben selbst die diskursivsten, kulturellen Praktiken eine für sie konstitutive, unverminderbar politisch-ökonomische Dimension. Denn sie werden von materiellen Stützen untermauert. Ökonomische und kulturelle Ungerechtigkeit sind also (...) normalerweise ineinander verzahnt, so dass sie sich auf dialektische Weise verstärken.

Nancy Fraser: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates, Frankfurt a. M. 2001, S. 29/30.

Viertens. Globalisierungs- und Kapitalismuskritik sind nicht per se fortschrittlich, es gibt darunter viele antiwestliche und antimodernistische Positionen.

Was tun?

Es gibt immer noch Einzelpersonen, die sich für eine wirklich neue linke Partei interessieren, und wenig organisiertes Eingreifen aus den sozialen Bewegungen. Dies liegt auch daran, dass die Signale für eine Öffnung seitens der Linkspartei.PDS und auch der WASG relativ schwach sind. Das Zusammengehen zur Bundestagswahl 2005 verlief als ein für die Bewegungen und die Linke jenseits der beiden Parteien nicht transparenter Prozess von oben nach unten. Nun ergehen sich die Gliederungen auf lokaler und regionaler Ebene in Scharmützeln, die an niemanden außerhalb vermittelbar sind und auch niemand interessieren. Das bisherige Agieren der Bundestagsfraktion lässt nur bescheidene Signale in Richtung neuer, bunter Politikinhalte und noch wichtiger: eines anderen Politikstils erkennen.

Die Fragen liegen auf dem Tisch: Wie kann ein lokales und regionales Gegengewicht zur Fixierung auf Prominente im speziellen und das institutionelle Übergewicht der Bundestagsfraktion im allgemeinen geschaffen werden? Wie kann programmatische Erweiterung gegenüber dem sozial- und wirtschaftspolitischen Schwerpunkt in der Bundestagsfraktion und der dadurch produzierten Außenwahrnehmung organisiert werden? Wie kann das strukturelle Übergewicht der Techniker der Macht in den Apparaten begrenzt und der Gefahr einer Entmündigung der Partei begegnet werden?

Die neuen sozialen Bewegungen sind stark vom Anerkennungsregister geprägt, sie haben in der Regel keinen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Das Wahlprojekt ist der Versuch, eine gesamtgesellschaftliche, teilbereichsübergreifende programmatische Synthese zu wagen, das macht das Projekt interessant und auch seine Stärke aus. Die kulturelle Linke ist in ihrer Mehrheit ein Projekt der unter 35jährigen, sie verfügt über wenig Wissen und Praxis über widerständiges Verhalten innerhalb von abhängiger und neu-selbstständiger Arbeit – hier kann sie von etlichen sozialen Linken lernen. Die Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen sind wahlarithmetisch nicht so relevant, aber die von ihnen aufgeworfenen politischen Fragen, das dort vorhandene Wissen und der angesammelte Erfahrungsschatz sollten ohne Vereinnahmung ernsthaft zur Kenntnis genommen werden.

Dabei ist immer in Rechnung zu stellen: Die Erfahrung mit der Entwicklung der *Grünen* ist – erst recht in den alten Bundesländern – sehr präsent. Viele Linke weigern sich heute, für die Linkspartei einzutreten, weil sie schon einmal von einer Partei tief enttäuscht wurden und diese Erfahrung berechtigterweise nicht nochmal machen wollen. Gleichzeitig ist die Überschätzung der Bedeutung und der Macht von Parlamenten bei linksradikalen Partei- und Parlamentarismuskritikerinnen und -kritikern mitunter weiter verbreitet als bei etlichen Linkspartei-Abgeordneten. Nicht zuletzt herrscht bei den linken Kritikerinnen und Kritikern der Linkspartei der Irrglaube vor, deren Basis sei progressiver als ihre Funktionärinnen und Funktionäre.

Über die Frage, welche Funktion Bewegungen und welche Parteien im beginnenden 21. Jahrhundert haben bzw. wie ihr Verhältnis zuein-

ander gestaltet werden kann, besteht noch großer Diskussionsbedarf,⁴ aber zwei Dinge dürften sich schon jetzt abzeichnen: Soll wirklich ein qualitativ neues Parteiprojekt entstehen, muss es sich programmatisch erweitern und vertiefen, es müsste die Macht seiner eigenen Apparate begrenzen und Verfügungsgewalt über Programmatik und auch Ressourcen an nahestehende Bewegungen abgeben.

Das Verlangen nach ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit ist zwar die wichtigste Motivation der Wählerinnen und Wähler einer neuen Linksformation, es bleibt aber offen, ob dieser Aspekt zur Gestaltung einer dauerhaften, alltagstauglichen politischen Programmatik ausreicht. Die neue Linksformation muss auch die Bereitschaft zur Selbstveränderung mitbringen, sich sozusagen als Partei neu erfinden – wenn sie einmal mehr werden soll, als die endlich neue, wahre Sozialdemokratie.

Es ist noch *offen*, ob derzeit ein solches qualitativ neues linkes Projekt entsteht. Es muss nicht nur eine Verbindung zwischen kultureller Anerkennung und sozialer Gleichheit herstellen, sondern eine Vereinigung dieser beiden Register in Angriff nehmen. Hier kann – und sollte – die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Funktion einer Übersetzerin und Vermittlerin (weiter) wahrnehmen. Eine solche Mittlerfunktion haben auch andere Projekte, wie etwa die Internetplattform *labournet*, die *euromayday*-Initiativen, Gruppen im Schnittpunkt von Migration und Arbeit oder Betriebs- und Gewerkschaftslinks, die sich von ihrer nur auf den Betrieb beschränkten Sichtweise lösen.⁵

Die Herausforderung ist, a) den Dialog zwischen sozialen und kulturellen Linken selbstbewusst zu organisieren, Gemeinsamkeiten zwischen ihnen zu finden, einen neuen Begriff von Gleichheit und Gerechtigkeit zu entwickeln; b) traditionell-linke und gewerkschaftliche Konzepte mit ihrem Produktivismus (mehr Wachstum, mehr Geld) und ihrer gender-politischen Blindheit zu konfrontieren; und c) kulturlinke Konzepte darin zu kritisieren, dass sie die eigene, gesamtgesellschaftlich gesehen doch noch relativ privilegierte Position zum alleinigen Ort der Erkenntnis *und* zum Modell der gesamtgesellschaftlichen Emanzipation machen.

Dies wird auch von einigen Teilen der Bewegungslinken so gesehen: So forderte etwa Robert Misik schon vor einem Jahr sein kulturlinkes Umfeld auf, sich wieder der Gleichheit zu widmen, oder die Halbjahreszeitschrift *fantomas* diskutiert seit vier Jahren über Prekarisierung, Aneignung, Biopolitik und neue Machtdispositive.⁶ Die radikalen Reste der internationalistisch und antiinstitutionell aufgeladenen Frauenbewegung diskutieren, ob hinter dem von Nancy Fraser vorgebrachten Appell »Frauen – denkt ökonomisch« die berechtigte Forderung steht, sich vermehrt der Verteilungspolitik zu widmen, oder ob sich damit die Wiederkehr des Denkens in Haupt- und Nebenwidersprüchen ankündigt.⁷

Einem autoritären Wettbewerbsstaat, der auf Desintegration setzt, kann mit einem auf Exodus setzenden Bewegungsaktivismus nur schwerlich begegnet werden. Die Linke ist dann auf den Stellungskrieg, das Arbeiten in und gegen die Institutionen verwiesen.⁸ Es wäre politisch fatal und außerordentlich entmutigend, wenn sich auch unter den Mitgliedern, dem Umfeld und den Wählerinnen und Wählern einer neuen Linksformation die Haltung durchsetzen würde: »Die Politikerinnen und Politiker tun so, als ob sie die Probleme lösen, und wir tun so, als ob wir es ihnen glauben.«

4 Vgl. z. B. Pedram Shayar, Peter Wahl: *Bewegung in der Bewegung? Erfahrungen und Perspektiven der Globalisierungskritikerinnen*, Hamburg 2005; oder aus stärkerer Parteisicht Mimmo Porcaro: *Vorbedingungen für die Wirksamkeit der Linksparteien in Europa*, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch*, Berlin 2005, S. 60-85. Diskussionen der antiinstitutionellen Linken jetzt z. B. in Rolf Engelke, Thomas Klein, Michael Wilk (Hrsg.): *Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 2005.

5 www.labournet.de, www.euromayday.tk, www.euromayday.org.

6 Robert Misik: *Eine harte Lehre für die metropolitane Kulturlinke: Gleichheit, nicht Differenz ist das Gebot der Stunde*, in: *taz*, 3. Mai 2005; *fantomas*, Magazin für linke Debatte und Praxis, Nr. 4, 6 und 8 (www.akweb.de/fantomas).

7 *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Heft 68, Köln 2006 (im Erscheinen), www.beitraege-redaktion.de.

8 Chantal Mouffe: *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik*, Wien 2005.

WILLI BEITZ

Michail Scholochow – eine terra incognita?

Michail Scholochow war einst weltweit einer der meistgelesenen sowjetischen Schriftsteller; seit den Zeiten des Kalten Krieges ist er (wie es modisch heißt) »umstritten«. Als Solschenizyn 1974 von Paris aus erneut die Legende vom angeblichen »Plagiat« Scholochows als Verfasser des »Stillen Don« initiierte,¹ hat sich in der westdeutschen Slawistik keine Hand zu Scholochows Verteidigung gerührt (wissenschaftlich fundierte Entlastungen kamen von Geir Kjetsaa aus Norwegen, Herman Ermolaev aus den USA), während die östliche Literaturwissenschaft apologetisch die Vogel-Strauß-Haltung einnahm. Bis heute haben sich in bundesdeutschen Breiten, bis ins linke Spektrum hinein, Spekulationen und hanebüchene Fehlurteile gehalten. Es ist an der Zeit, zu einer ausgewogenen Beurteilung dieses Schriftstellers zu kommen, der immerhin zu den bedeutendsten Romanciers des 20. Jahrhunderts (Nobelpreis 1965) zählt.

Der Bekanntheit von Scholochows Werk stehen unerschlossene Bezirke seiner Biographie und seiner Persönlichkeit gegenüber. Dies ist nicht die einzige Paradoxie. Der oft behaupteten Konformität dieses Schriftstellers mit der herrschenden Kunstdoktrin widerspricht, dass er unter den vom Sowjetregime offiziell anerkannten hochrangigen Autoren derjenige mit der größten künstlerischen Unabhängigkeit war. Und nicht zuletzt: Seine Texte, ein scheinbar leicht interpretierbarer Realismus, »konventionell« geschrieben (wie Brecht meinte), fordern vertiefte Erklärungen.

Zu den Paradoxien Scholochows gehört, daß er zwar ein umgänglicher Mann war, doch zugleich, wie eine gute Freundin sagte, vieles Persönliche »unter mehr als sieben Siegeln« verschlossen hielt.² Dazu passt auch, daß er, dem fabulierfreudigen Großvater Schtschukar in seinem Roman »Neuland unterm Pflug« nicht unähnlich, gelegentlich seinen Spaß daran hatte, Interviewern mit angeblich authentischen Geschichten aus seinem Leben einen Bären aufzubinden.³ In Literatenkreisen wurde er nie heimisch, aus dem Sitzungsunwesen des Schriftstellerverbands hielt er sich heraus. Er mochte es nicht, wenn Literaturkritiker in seiner literarischen »Werkstatt« herumstöberten – daher pflegte er Manuskripte so bald wie möglich (gegen den Protest der Familie) zu vernichten. Weder in seinen publizistischen Äußerungen noch in Interviews hat er sich wirklich offenbart – nur in seinem Werk öffnet er sich voll und ganz, doch da schützt ihn die Verfremdung der literarischen Form.

Biographische Auskünfte bargen zu Sowjetzeiten ihre Risiken. Daraus konnten erhebliche Nachteile, ja existenzielle Bedrohungen

Willi Beitz – Jg. 1930, Slawist, Prof. Dr. sc. phil., zahlreiche Veröffentlichungen zur modernen russischen Literatur, Hrsg. des Buches: Vom »Tauwetter« zur Perestroika. Russische Literatur zwischen den fünfziger und neunziger Jahren, Bern 1994; Hrsgg. von: Ralf Schröder (1927-2001) – Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten (Bd.1), sowie (mit Winfried Schröder): Ralf Schröder – zu Leben und Werk (Bd. 3), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2003, 2005.

1 Vgl. die mit einem Vorwort von Solschenizyn hrsg. anonyme Schrift: D*: Stremja »Tichogo Dona«. (Zagadki romana), Paris 1974.

2 Die Äußerung stammt von der Alt-Bolschewikin Jewgenija Lewitzkaja, der

erwachsen. Autoren gaben häufig nicht viel mehr als Lexikondaten preis. Doch es fällt auf, dass in Russland überhaupt Schriftstellerbiographien fehlen. Von Literaturwissenschaftlern verfasste Monographien zu *Leben und Werk* von Schriftstellern boten zu deren »Leben« in aller Regel nur karge Mitteilungen. Zwar gab es zu Lew Tolstoi, Gorki oder Majakowski eine faktenreiche (wenn auch lückenhafte) *Chronik des Lebens und Schaffens*, der Brecht-Chronik von Werner Hecht vergleichbar. Doch eine *Puschkin-Biographie* wurde von einem Außenseiter wie Juri Lotman geschrieben (dt. bei Reclam Leipzig 1989), und die kompetente Majakowski-Biographie unserer Tage (verfaßt von meiner geschätzten Kollegin Nyota Thun) entstand eben nicht in Moskau, sondern in Berlin. Dafür begegnet man im heutigen Russland des öfteren »erzählenden« Biographien, neuerdings auch solchen über Michail Scholochow.⁴ Darin mischen sich sachlich gestützte Passagen mit »künstlerisch« ersonnenen – so dass dem Leser die Möglichkeit einer Prüfung des Dargebotenen entzogen wird. Die Leerstelle der wissenschaftlich fundierten Biographie als Ausdruck eines intellektuell reflektierten Umgangs mit der Individualität einer Künstlerpersönlichkeit evoziert Fragen allgemein-kultureller Art. Offenbar ging es in Russland nicht erst seit der Oktoberrevolution eher darum, ein bestimmtes Autorenbild und das damit verbundene Rollenverständnis des Schriftstellers zu pflegen, als dieses kritisch zu hinterfragen. Jedenfalls lehnte Scholochow in späten Gesprächen mit dem Sohn Darstellungen in der Art der von Gorki begründeten Reihe *Leben bedeutender Menschen* (die nur bedingt die Zwecke strenger Biographien erfüllten) als schamlose »Schlüssellochguckerei« ab.⁵

Die Verfechter der Plagiats-These profitierten bei Scholochow von den beschriebenen Animositäten ebenso wie von den fundamentalen Schwächen der »östlichen« Literaturwissenschaft (unsere Scholochow-Forschung in DDR-Zeiten eingeschlossen), die ganze Gebiete wie Textkritik und -geschichte vernachlässigte und die Person des Autors letztlich zur *abstrakten, idealisierten Größe* machte. Während am Ausgangspunkt der erneuten Plagiatskampagne noch eine gewisse philologische Seriosität gewahrt wurde, haben die in den letzten Jahren im heutigen Russland erschienenen einschlägigen Publikationen immer kuriosere Formen angenommen – und der schrillbunte Markt der Medien nimmt sich ihrer dankbar an. Da wälzt ein so genannter Historiker Unmengen von Regionalzeitungen – um wie die Stecknadel im Heuhaufen endlich jene fiktive schreibende Person aus der Dongegend zu finden, für die das vorgefertigte Muster »Autor des ›Stillen Don‹« endlich passt. Oder es werden Militärschwarten durchstöbert – auf der Suche nach dem Strafbefehl für jenen Vergewaltiger aus einem ganz bestimmten Kosakenregiment im Weltkriegsjahr soundso, der die von Scholochow geschilderte Untat belegen oder bei Fehlanzeige das Ganze in Frage stellen soll... Solche Leute sind natürlich von jeglichem Literaturverständnis weit entfernt, man könnte sie mit einem Achselzucken abtun – hätte dieser ganze Unsinn nicht auch etwas Gutes gebracht: Er hat die Scholochow-Forschung gezwungen, sich bislang vernachlässigter Gebiete aus der Biographie des Schriftstellers und der Schaffensgeschichte seiner Werke endlich anzunehmen. In beispielhafter Weise hat dies

Scholochow seine Erzählung »Ein Menschenschicksal« widmete. Sie steht in ihren Erinnerungen, die neben vielen anderen Äußerungen zu Scholochows *Leben und Werk*, teils aus entlegenen regionalen Quellen, in der von Viktor Petelin besorgten zweibändigen Edition: Michail Šolochov v vospominanijach, dnevnikach, pis'mach i stat'jach sovremennikov, Moskva 2005, enthalten sind (ebenda, S. 279). (Alle Zitate aus russischsprachigen Quellen wurden von mir übersetzt, W. B.)

3 Wie V. Petelin bezeugt, passierte dies selbst Konstantin Prijma, Verfasser eines bekannten Buches über die weltweite Aufnahme des »Stillen Don« (K. Prijma: »Tichij Don« srazaetsja. Izdanie vtoroe, ispr. i dop., Moskva 1975). Dieser habe sich daraufhin später von Scholochow alle Interviews autorisieren lassen. Vgl. V. Petelin (Hrsg.): Michail Šolochov, Bd. 1, S. 751.

4 Andrej V. Voroncov: Michail Šolochov. Zagadka sovetskij literatury, Moskva 2005. Ein ähnlich geartetes Buch von Viktor Petelin (Žizn' Šolochova. Tragedija ruskogo genija, Moskva [Jahr?]) konnten wir bisher nicht einsehen.

5 Vgl. Michail M. Šolochov: Ob otce. Očerki-vospominanija raznych let, Moskva 2004, S. 125, 127.

6 Vgl. Viktor Petelin in seinem einleitenden Beitrag zum ersten Band von »Michail Šolochov...«, S. 30 ff. Die Polemik deutet allerdings auch auf alte und neue Frontenbildungen unter Scholochow-Forschern.

7 Feliks Kuznecov: »Tichij Don«: Sud'ba i pravda velikogo romana, Moskva 2005.

8 Vgl. ebenda, S. 63.

ein Mann getan, der eigentlich gar nicht zur Gilde der Scholochow-Forscher gehört (und wohl daher von deren Seite mit Polemik bedacht wird)⁶: Felix Kusnezow, Direktor des Instituts für Weltliteratur in Moskau.

In einem mehr als 800 Seiten starken Buch⁷ setzt sich Kusnezow mit wahrer Engelsgeduld mit einer ganzen Reihe von Plagiatskonstrukten auseinander. Und da er dies mit gründlicher eigener Tatsachenforschung unterfüttert, ist der Erkenntnisgewinn beträchtlich. Was allein bieten schon die Fotografien! Man begegnet Scholochow nicht mehr nur in den bekannten stereotypen Haltungen und Situationen, sondern darf Blicke in Kindheit, Herkunft, Familie tun, sieht den Autor auch ungewohnt mit Kinnbart oder kahlköpfig... Nimmt man noch die zitierten Bücher von Viktor Petelin und Scholochows Sohn Michail hinzu, so gewinnt das Bild des Schriftstellers entschieden an Differenziertheit und Tiefenschärfe.

Im Grunde würden drei Dinge genügen, um Zweifel an der Autorschaft Scholochows am *Stillen Don* auszuräumen. Da präsentiert Kusnezow *erstens* ein vorzüglich lesbares Faksimile des wiederentdeckten Manuskripts vom Anfang des Romans. Man kann verfolgen, wie Scholochow zweimal Anlauf genommen hat: einmal im Herbst 1925 mit der Schilderung von Ereignissen um den Putsch des Generals Kornilow (August 1917), die später, nicht ganz fugenlos, in den zweiten Band eingefügt werden sollte; dann nochmals, ein rundes Jahr danach, stockend zuerst (die Datierungen am Rande verraten es), wiederum mehrere Anfänge erprobend, verwerfend – bis endlich am 15. November 1926 die weltbekannte Eröffnung steht: »*Der Melechowsche Hof liegt am Ende der Staniza*«. Mit einer nachträglichen Korrektur: *Chutor* statt *Staniza*. Die war wesentlich, so Kusnezow, weil die Romanhandlung von »unten« her, aus der Familie, dem Hof, der Tradition heraus (nicht vom Verwaltungszentrum Staniza) in die große Arena geschichtlicher Vorgänge geführt werden sollte.⁸ Man muß (ideologie)blind sein, um nicht zu sehen: Hier war nicht frivole Leichtigkeit eines Abschreibers am Werke, sondern die Sorgfalt (und der Weitblick) eines Autors, der nach schwungvoll hingeschriebenen Passagen stilistisch penibel an einzelnen Worten und Sätzen feilte und den Text bis ins Detail am Plan des Ganzen ausrichtete.

Zweitens liefert Kusnezow die Erklärung, warum das beschriebene Manuskript so lange verschollen war. Dies hängt mit der Geschichte einer Freundschaft und ihren dramatischen Folgen zusammen. Beim Versuch des jungen Scholochow, im Literaturbetrieb Moskaus als Anfänger Fuß zu fassen, hatte ihm ein Gleichaltriger, Wassili Kudaschew (woanders lesen wir: Kudaschow), selbstlos geholfen und dem Mittellosen Obdach (wie auch sicheren Hort für Manuskripte) geboten. Die Ehefrau Kudaschews musste gegenüber den zwei Unzertrennlichen – auch viel später noch – stets zurückstehen, sie schien sich dafür nach dem frühen Tod ihres Mannes im Krieg rächen zu wollen, indem sie die Existenz der Romanhandschrift in ihrer Wohnung bis zu ihrem Tode standhaft verleugnete. Ihre späte Idee, das Gehortete in viel Geld umzumünzen, übernahm nach ihrem Tode die Nichte – und hatte Erfolg, als 1999 mit Regierungshilfe die Handschrift vom Institut für Weltliteratur erworben wurde. Es war

die nämliche, nach der im Jahre 1929 eine Schriftsteller-Kommission unter Leitung von Alexander Serafimowitsch die Autorschaft Scholochows bestätigt und Plagiatsgerüchte entkräftet hatte...

Drittens wird in den neuen Publikationen faktenreich bewiesen, dass dank der Verquickung der eigenen Lebensumstände mit Figuren, Vorgängen und Handlungsorten im *Stillen Don* kein anderer für diesen Roman so motiviert und prädestiniert sein konnte wie eben Michail Scholochow. Das gilt in besonderem Maße für die künstlerisch stärksten Teile, die dem Donaufstand der Kosaken und seinen Folgewirkungen (worauf letztlich das Werk von Anfang an hinzielte) gewidmet sind. Als das unheilvolle Geschehen, ausgelöst durch den »Entkosakisierungs«-Terror der Sowjetmacht, im zeitigen Frühjahr 1919 losbrach, hielt sich die Familie Scholochow im Chutor Pleschakow auf, wo der Vater des Schriftstellers als Verwalter einer Mühle tätig gewesen war. Sie bewohnte eine Hälfte der Kosakenhütte der Drosdows: die Brüder Alexej und Pawel Drosdow (Kusnezow zeigt sie, uniformiert, auf einem Foto aus dem Jahre 1915, Alexej – ein baumlanger Kerl) sollten später (neben anderen) als Vorlage für Grigori und Pjotr Melechow dienen. Ein Heimatforscher bezeugt: »Der Chutor Pleschakow befand sich im Zentrum der Kämpfe zwischen Aufständischen und Roten, auf den Straßen gab es Feuergefechte und Nahkämpfe«.9 Unweit des Ortes seien Aufständische, darunter Pawel Drosdow, in einer Schlucht von Rotarmisten umzingelt und als Gefangene niedergemacht worden (eben diese Episode kehrt, fast unverändert, im *Stillen Don* wieder). Pawels Leiche wurde im Hause aufgebahrt. Später hat der vierzehnjährige Michail womöglich mit eigenen Augen gesehen, wie mit gefangenen Roten abgerechnet wurde. Wiederum ist bezeugt, dass die Witwe Pawel Drosdows, Maria, in dieser Situation an Iwan Alexejewitsch Serdinow, ihrem »Gevatter«, der bei der Tötung ihres Mannes dabei gewesen war, Rache übte, indem sie ihn mit dem Gewehr erschlug (man vergleiche die Tötung von Iwan Alexejewitsch Kotljarrow durch Darja Melechowa im Roman). Solche Details genügen wohl, um sich ein Bild davon zu machen, dass Scholochow den Bürgerkrieg in der sensiblen Phase der Jugend in unauslöschlichen Eindrücken als Hinmorden unter Brüdern, Nachbarn, Verwandten durchlebt haben muß. Darauf fußte später sein Romankonzept.

Wenn von der Entstehungsgeschichte des *Stillen Don* und den Beziehungen zwischen künstlerischer Fiktion und realgeschichtlichen Vorgängen die Rede ist, darf ein Mann nicht übergegangen werden, von dem sich Scholochow wohl am ausführlichsten über den Donaufstand informieren ließ: Charlampi Jermakow. Die biographischen Stationen Jermakows sind denen Melechows sehr ähnlich: Militärdienst an der Weltkriegsfront, Auszeichnung mit dem Georgskreuz, 1918 in der Roten Armee, 1919 Kommandeur bei den aufständischen Donkosaken, danach erneut bei den Roten, zuletzt Regimentskommandeur in der Reiterarmee Budjonny's, er erhält von Trotzki als Ehrengeschenk eine Uhr. Kurz nach seiner Entlassung 1923 wird er wegen der Teilnahme am Aufstand verhaftet, kommt jedoch ein rundes Jahr später frei.10 Anders endet die erneute Verhaftung im Januar 1927: schon ein halbes Jahr danach (Kusnezow belegt, dass Jagoda die Hand im Spiel hatte)11 wird Jermakow erschossen. In der Akte

9 Zit. nach F. Kuznecov, »Tichij Don«, S. 279.

10 Der Historiker Alexander I. Koslow, der zur jüngsten Scholochow-Forschung gleichfalls ein lesenswertes Buch beigesteuert hat, kommt nach eingehendem Studium der Prozessakten zu dem Schluss, dass die Einstellung des Verfahrens gegen Jermakow im Mai 1925 »auch ein Sieg des Rechts war, dessen Restbestände noch glimmten«, ehe der neue Staat sie auslöschte. (A. I. Kozlov: M. A. Šolochov: Vremena i Tvorčestvo. Po arhivam FSB, Rostov n/D. 2005, S. 88).

11 Vgl. F. Kuznecov: »Tichij Don«, S. 131 f.

12 Vgl. ebenda, S. 146.

13 Vgl. F. Kuznecov:
»Tichij Don«, S. 143.

14 Vgl. A. I. Kozlov:
M. A. Šolochov, S. 19, 22.

15 Vgl. V. N. Zapevalov:
Pervoistoki ličnosti i sud'by.
(K tvorčeskoj biografii M. A. Šolochova), in: Šolochov na izlome vremeni, Moskva 1995, S. 11. Mit einigen Korrekturen zu Zapevalovs Daten: G. Ryčnev in: V. Petelin (Hrsg.): Michail Šolochov, Bd. 1, S. 744.

16 Die von V. Petelin besorgte Edition »Michail Šolochov ...«, Bd. 1, enthält authentische Erlebnisberichte von V. K. Lugovoj (ehem. Rayonsekretär von Wjoschenskaja und Freund Scholochows) und I. S. Pogorelov (ehem. Tschekist) über geheimdienstliche Machenschaften in den Jahren 1937 und 1938, die sich direkt gegen Scholochow richteten (vgl. ebenda, S. 617 ff. und 649 ff.).

17 Vgl. F. Kuznecov:
»Tichij Don«, S. 670, 679.

18 Hier zeigt sich ein gravierender Unterschied zur Prosa Andrej Platonows: Während Scholochow den Leser sozusagen (auf »Tolstoj'sche« Art) der vollen Wucht des unmittelbaren Eindrucks aussetzt, er-

des Opfers befindet sich auch ein Brief Scholochows vom 6. April 1926 (bei Kusnezow ist das Faksimile einsehbar), in dem er Jermakow seinen Besuch ankündigt, weil er von ihm nähere Auskünfte über »Einzelheiten des Aufstands« einholen müsse.¹² Die Bekanntschaft beider beschränkte sich nicht auf dieses Treffen, denn Scholochow betonte später im Gespräch mit Konstantin Prijma, dass Jermakow mit seinen Eltern befreundet und ab 1923 häufig bei diesen, danach auch bei ihm selbst in Wjoschenskaja zu Gast gewesen sei.¹³ Prijma war einer der ersten, der vom Autor Näheres über diese Beziehung erfuhr – und das war im Jahre 1974! In dem zitierten Buch des Historikers A. Koslow ist nachzulesen, welchen Wirbel es in den Dienststellen des Geheimdienstes auslöste, als Prijma mit Rücken- deckung Scholochows im Juni 1972 den Antrag stellte, den erwähnten Brief des Schriftstellers an Jermakow einsehen zu dürfen. Prijma sei überhaupt der einzige Literaturwissenschaftler gewesen, der um Einsicht in die Akte gebeten habe, und erst in den neunziger Jahren sei dies ermöglicht worden.¹⁴ Alles dies macht verständlich, warum sich Scholochow bei Fragen nach »Prototypen« seiner Figuren lange Zeit bedeckt hielt, und wie es überhaupt in der Sowjetepoche um biographisch-literaturwissenschaftliche Recherchen bestellt war.

Heute kann man deutlicher als früher erkennen und aussprechen, dass Scholochow aus einer mittelständisch-kleinbürgerlichen Familie kam. Die Scholochows waren, wie die (unter diesem Namen auch im *Stillen Don* vorkommenden) Mochows, mit diesen konkurrierend und verschwägert, ein altes Kaufmannsgeschlecht, das sich in jüngerer Zeit am Don niedergelassen hatte. Dem Vater Scholochows, Alexander Michailowitsch, gelang es nicht, sich über die Zeitläufte hinweg eine selbständige Existenz (zuletzt als Teilhaber einer Mühle) zu sichern, hingegen vermachte er dem Sohn eine reiche Bibliothek und teilte dessen Leselust. Seine Heirat mit Anastasija Tschernikowa, Dienstmädchen bei einem Gutsbesitzer, war erst 1913, viele Jahre nach dem Tod ihres ersten Mannes, möglich. Da wohnte sie schon lange als »Haushälterin« bei ihrem Geliebten, und hier wurde 1905 Michail geboren. Da die Mutter in erster Ehe den Kosakenstatus erworben hatte, erbte Michail ein Stück Land und die kosakischen Privilegien, doch seit er nicht mehr (nach dem Stiefvater) Kusnezow, sondern Scholochow hieß, galt er als »Kleinbürgersohn«. Mußte er also, wie der Titelheld einer seiner frühen Erzählungen (der heißt wohl nicht zufällig: *Mischka*), nicht auch die Rolle eines »Bastards« durchleben?¹⁵ Alles dies hatte weitere Folgen. Wegen seiner sozialen Herkunft wurde Michail, als er im Herbst 1923 nach Moskau kam, um hier sein Glück zu suchen, die Aufnahme in den Komsomol verweigert (auch beim zweiten Versuch, 1927) – womit dem Bildungshungrigen auch die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät verschlossen blieb. Er war auch noch nicht einer Strafe mit einjähriger Bewährung ledig, die man über ihn während einer kurzzeitigen Tätigkeit als Steuerinspektor verhängt hatte, als er beim Eintreiben der Abgaben bei den vom Hunger bedrohten Bauern unzulässige Milde zeigte. Und seine Braut, Maria Petrowna Gromoslawskaja, war die Tochter eines Kosaken-Atamans (der allerdings von jeglichem Standesdünkel frei war), sie hatte eine kirchliche Schule besucht, und auch das junge Paar ließ sich kirchlich trauen. So stieß Scho-

lochow als Außenseiter aus der fremden kosakischen Provinz zur Moskauer Literaturszene – und er hatte Glück, weil er in der Redaktion einer der kleineren Zeitschriften, die seine ersten Erzählungen druckten, nämlich im *Journal der bäuerlichen Jugend* (*Shurnal krest'janskoj molodeshi*), mit Wassili Kudaschew den Freund seines Lebens fand. Die größeren, wie *Molodaja gwardija*« oder gar *Ok-tjabr* verweigerten sich ihm vorerst. In Kreisen der RAPP, der größten proletarischen Schriftstellerorganisation, schwelten Vorbehalte gegenüber dem bald erfolgreichen, doch politisch eher undefinierbaren Neuling. In den Ausführungen Kusnezows wird plausibel, dass gerade in den Führungskreisen der RAPP die erste Welle von Plagiatsgerüchten erzeugt und genährt wurde (selbst Stalin war verunsichert), und dass es ein geschickter Schachzug von Alexander Serafimowitsch (einer Respektsperson in der Sowjetliteratur) war, Personen aus der RAPP-Spitze wie Awerbach oder Fadejew in die Arbeit der Kommission einzubinden, die das üble Gerücht aus der Welt schaffen sollte. Was wäre ohne die tatkräftige Unterstützung von Serafimowitsch, der (nicht zuletzt dank guter Verbindung zu Maria Uljanowa, Lenins Schwester) auch dafür sorgte, dass das Ergebnis der Untersuchung in der *Prawda* abgedruckt wurde, mit dem jungen Autor geschehen?

Wir wollen hier die Geschichte von Scholochows andauernden Gefährdungen, die mindestens bis 1938 andauerten¹⁶ und wohl erst mit der Verleihung des Stalinpreises für den *Stillen Don* 1941 abgeschlossen werden konnten, nicht weiter verfolgen, weil es uns um seine geistige Ausgangsposition geht. Man könnte sagen: Der junge Autor saß irgendwie zwischen allen Stühlen. Doch die Benachteiligungen wurden durch einen schätzenswerten Vorteil aufgewogen: Er war weitgehend frei von den Borniertheiten der einen wie der anderen Seite. Kindheit und frühe Jugend hatten ihm Lehren abhängigen Daseins, konventioneller Schranken und unverschuldeten Außenseiertums eingetragen, doch sie hatten ihm auch den Respekt vor Traditionen und Werten überkommener kosakischer Lebensweise nahegelegt. Er hatte keinen Grund, die Revolution euphorisch zu sehen, denn er erfuhr ihre abschreckenden Seiten, doch er lernte auch ihre humanen, emanzipatorischen Impulse schätzen und engagierte sich für die Sowjetmacht. Mit einem Wort: er war beim Anbeginn seiner literarischen Laufbahn ein Realist im doppelten Sinne des Wortes, und das Lebenspraktisch-Realistische war sicher auch ein geistiges Erbeil seiner kaufmännischen Vorfahren.

Scholochows *unabhängige* Sicht auf das selbsterlebte Geschehen in seiner Don-Heimat tritt schon (wenngleich hier und da noch mit den Anzeichen von Debütantentum) in seinen frühen Erzählungen aus den Jahren 1924/26 zutage. Sie fordern vom Leser volle Aufmerksamkeit für den einzelnen Menschen und für jeden Satz, der über ihn gesagt wird – egal wofür und auf wessen Seite er auch stehen mag, ob er jung und unbelastet in den Kampf für neue Ideale zieht, oder im Banne von Besitz und Tradition steht und Schuld auf sich lädt. Man weiß heute, dass in Scholochows epischer Welt das Prinzip der *Polyphonie*¹⁷ herrscht – vereinfacht gesagt: das freie Spiel der »Stimmen«, Sichtweisen verschiedener Figuren. Der Erzähler geht nicht reflektierend, »wertend« dazwischen, wenn Schreckliches

scheint bei Platonow die (nicht minder kritisch gesehene) Welt aus der ver-fremdeten Perspektive des Absonderlichen – und daher intellektuell vermittelt.

19 Swetlana Semjonowa schreibt in einer in unseren Tagen erschienenen subtilen Analyse der »Donerzählungen«, die Konfrontation im Bürgerkrieg erscheine bei Scholochow »nicht als Sich-Austoben spontaner Volkskräfte, als Ausrasten verwe-gener Typen (wie bei vielen damals Furore machenden Schriftstellern von Artjom Wesjoly, Wsewolod Iwanow bis hin zu Babel – wo man nicht weiß, wo der kecke Räuber und Totschläger endet und der revolutionäre Kämpfer beginnt), sondern als realer Schrecken des gespaltenen Volkes, und zwar in seiner, wie man meinen möchte, anheimelnd-wärmenden Kernzone: der Familie.« (Svetlana Semenova: »Donskie rasskazy«. Ot poetiki k miroponimaniju. In: Novoe o Michail Šolochove. Issledovanija i materialy, Moskva 2003, S. 216).

20 Scholochow verwehrte sich später sowohl gegen diejenigen Interpreten, die Melechow »hundertprozentig für seine Teilnahme am Aufstand« verantwortlich machten, als auch gegen jene, die alle Schuld »den ›Verhältnissen‹, den ›Über-spitzungen‹« zuschoben. Er fügte hinzu: »Subjektivismus ist immer schädlich. Besonders bei der Deutung der Geschichte.« Zit. nach: V. Petelin (Hrsg.): Michail Šolochov, Bd. 2, S. 636.

21 Michail Scholochow: Der stille Don. Viertes Buch, Berlin: Volk und Welt (9.Aufl.) 1975, S. 504. (Im

folgenden werden hinter dem jeweiligen Zitat lediglich Band- und Seitenzahl angegeben).

22 Vgl. Willi Beitz: Michail Scholochows *Der stille Don*. Ein verkanntes Warnbuch?, in: Thomas F. Schneider (Hrsg.): *Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des »modernen« Krieges in Literatur, Theater, Fotografie und Film*. Bd. I, Osnabrück 1999, S. 423-430.

23 Im sowjetischen Komitee für die Vergabe der Stalinpreise auf den Gebieten von Literatur und Kunst, das erstmalig 1940/41 tagte, entstand ein gewaltiges Dilemma, weil es zwar kein anderes Werk vom Rang des gerade vollendeten »Stillen Don« gab, das den Preis verdiente, der Romanschluß jedoch nicht akzeptabel schien. Alexej Tolstoj erklärte: »Grigori [Melechow, W. B.] darf nicht als Bandit aus der Literatur scheiden [...] Wir alle fordern dies.« (M. A. Šolochov v dokumentach Komiteta po Stalinskim premijam 1940-1941gg, in: *Novoe o Michailė Šolochove*, S. 501). Am Ende wurde das Problem dadurch gelöst, dass man auf Regierungsbeschluss das Verfahren (Zahl und Erscheinungsjahr der vorzuschlagenden Werke) veränderte, so dass dann Tolstoj selbst mit seiner Romantrilogie »Der Leidensweg« auf der Liste stand – einem Werk, das zwar noch nicht abgeschlossen war, aber die gewünschte versöhnende Perspektive bot (vgl. ebenda, S. 529 ff.).

24 Reinhard Lauer hat in seiner »Geschichte der russischen Literatur. Von 1700 bis zur Gegenwart« (München 2000) bereits einen

geschieht, Blutsverwandte einander entleiben, oder wenn eine zwielichtige Person ihre Lebensgeschichte auf einen Zuhörer entlädt. Das zielt auf die Urteilskraft des Lesers.¹⁸ Der Autor entzieht sich damit nicht der Verantwortung. Ihm ist es offensichtlich darum zu tun, die Charaktere durch höchste Präzision des künstlerischen Wortes *kenntlich* und damit auch moralisch wägbare zu machen.¹⁹ Wir haben uns in DDR-Zeiten auf die Charaktere in den *Donerzählungen* nicht wirklich eingelassen. Mitunter verrät sich in kommentierenden Texten die Betroffenheit des Interpreten. Doch stets stellt zur rechten Zeit ein Begriff sich ein (auf »tragisch« folgt, mit dem Blick auf Wischnewskis Stück, »optimistisch«), oder dem jungen Scholochow können ja noch »naturalistische« Schwächen angelastet werden, die ein baldiges Verlassen des unheimlichen Terrains in Aussicht stellen. Die »Scholochow-Probe« wurde in aller Regel schon bei seinen frühen Texten nicht bestanden – viel weniger dann beim *Stillen Don*.

Kann man den Weg des Grigori Melechow im *Stillen Don* nicht als *Crux der Emanzipation* unter den obwaltenden russischen Verhältnissen sehen? Ein Mann entscheidet sich frei für die Revolution (gegen die Besitzbindung seiner Umgebung), für die Wahlfreiheit in der Liebe (gegen die herrschende Konvention) – doch er gerät in das Mahlwerk der kompromißlos gegeneinander kämpfenden, ihre *jeweilige Borniertheit* offenbarenden Kräfte. Das gerät zum Desaster seines Lebens. Am Ende öffnet sich dem Blick des Desillusionierten (der wiederum nicht frei von Schuld ist)²⁰ eine »unter einer kalten Sonne gleißende Welt«²¹. Das emanzipatorische Ideal ist für ihn nicht als *Erfüllung* erfahrbar, wohl aber als *Richtung* und *Weg*.²²

Diese künstlerische Lösung war aus der Sicht maßgeblicher Zeitgenossen inakzeptabel,²³ und sie bereitete der östlichen Literaturwissenschaft große Schwierigkeiten. Sie weist Scholochow als unabhängigen Denker aus, dessen Werk sich, ähnlich wie das von Michail Bulgakow oder Andrej Platonow, gegen die damalige Kunstdoktrin sperrt – womit der Vergleichbarkeit der drei großen Epiker, die früher Welten zu trennen schienen, eigentlich nichts mehr im Wege steht.²⁴ Freilich tun sich zwar nicht Welten, doch große Unterschiede in den Poetiken der drei auf, aber diese dürfen wiederum nicht den Blick dafür verstellen, dass es sich, was die ausgehenden zwanziger und die dreißiger Jahre anbelangt, um verwandte Reaktionen auf eine enttäuschende bis katastrophale Gegenwartserfahrung handelt, die – entgegen den politischen Verheißungen – eine Verwirklichung humanistischer Ideale erst in weiter historischer Perspektive möglich erscheinen ließ.²⁵

Was Bulgakow betrifft, so verweisen wir auf die Arbeiten von Ralf Schröder, der über einen längeren Zeitraum hinweg immer differenzierter (und offener) herausgearbeitet hat, wie Bulgakow im Roman *Der Meister und Margarita* um eine historisch-perspektivische Lösung rang.²⁶ Wir wollen hier (mit Blick auf besagten zeitgenössischen Erfahrungshintergrund) nur anmerken, dass die Entstehungszeit dieses Romans (1928-40) mit der des *Stillen Don* (1925-40) fast völlig identisch ist. Bei Platonow erfolgte nach einer Phase utopisch-euphorischer Weltveränderungsphantasien und der unvermeidlichen Enttäuschung der Übergang zu einer Art existenzialistischer Infragestellung des gesellschaftlich handlungsmächtigen Subjekts, doch zu-

gleich wird desillusionierender Erkenntnis Endgültigkeit verweigert, scheint immer aufs neue Hoffnung auf, aus dem einfachen Leben oder aus den Tiefen der Geschichte geholt, so bleibt letztlich alles ambivalent. Scholochow, obwohl wie Platonow bald über die in der neuen Gesellschaftlichkeit sich aufbauenden Barrieren und Entfremdungen durch Erfahrung belehrt, setzt gleichwohl auf die Souveränität und Kraft des Individuums – so wie er selber mit stoisch-trotzigem Dennoch in den Verfolgungen der dreißiger Jahre, die ihn aufs höchste gefährdeten, mehrmals mit dem im Alleingang vollzogenen »Durchbruch« zum mächtigsten Mann im Staate die Bedrohung überwand. Dem entspricht seine Äußerung aus dem Jahre 1957, er habe in Grigori Melechow, also in jenem gegen alle Regeln verstößenden Romanhelden, »den Zauber des Menschen« zeigen wollen.²⁷ Später erklärte er, im Kosaken, wie er ihn kannte (ein »fröhlicher, aufgeweckter, entschlossfreudiger Mensch«, der Jammern verachte und mit dem alles Schwere leichter zu ertragen sei),²⁸ russische Wesensart schlechthin verkörpert zu sehen. So entsprach seine favorisierte Figurenwelt (aus der »Provinz«) optimal seinem ästhetischen Anliegen. – Ähnlich hat Natalia Kornienko Scholochow und Platonow – nicht abschätzig, sondern rühmend – »Ideologen der Provinz«²⁹ genannt.

Die Beziehungswelt von Scholochows Werk öffnet sich in dem Maße, wie die wahren (früher oft verkannten) Dimensionen seines Realismus ausgelotet werden. Ein Beispiel möge dies verdeutlichen. In den Debatten um den *Stillen Don* richtete sich das Interesse stets auf die Figur eines jüngeren Kosaken, der zu den Schulfreunden Grigori Melechows gehörte, mit ihm gemeinsam in den Weltkrieg zog und bei den Roten kämpfte, ihm aber später als unversöhnlicher Feind gegenübertrat. Klassenmäßig schien alles klar: da stand der Mann aus ärmerem Hause gegen den Mittelbauernsohn. Wären da nicht einige Merkwürdigkeiten in »Mischkas« Porträt: »ein stämmiger Bursche, gleich breit in Nacken und Hüften, was ihm ein quadratisches Aussehen gab; auf dem wie aus Eisen geschmiedeten Rumpf saß ein fester, ziegelroter Hals. Seltsam wirkte auf diesem Hals der schöne, kleine Kopf mit dem frauenhaft zart gezeichneten Mund und den dunklen Augen unter dem goldblonden Kraushaar«. (3, 167 f.) Auffällig ist hier der Kontrast zwischen sympathieheischenden (wenngleich auch ein wenig süßlich-epigonalen) Zügen einer russischen Volksfigur und abstoßenden Merkmalen eines Monsters – im Ganzen der Eindruck einer aus unpassenden Teilen montierten Gliederpuppe (einer »Teufelspuppe« gar?). Verfolgt man den Weg der Figur, so zeichnet sich die ihr zugeordnete Rolle ab: In etlichen Situationen ist sie Statist, wird (wie an der Weltkriegsfront) lediglich ihre Präsenz vermerkt, doch sie tritt dort aktiv in Erscheinung, wo man *Ideologie* produziert (im Zirkel Stockmanns) beziehungsweise diese anwendet, wie in jenem hitzigen Disput mit Melechow in der Sowjetbehörde am Vorabend des Donaufstands, nach dem Koschewoi ahnungsvoll resümiert: bei solch einem Gespräch »wäre man imstande, einen zu erschlagen«, ein »böses Ding« sei doch »die Politik« (3, 172). Später, als er den zur Umkehr bereiten Grigori abweist, oder als er dessen Bruder Petro als Gefangenen erschießt, wird sich dies bestätigen. Und er wird *Vergeltung* üben, denn wie keine andere Ro-

anderen (eher ideologischen) Vergleichspunkt gefunden – mit Boris Pasternaks »Doktor Živago« (vgl. ebenda, S. 705).

25 Dem Vergleich Scholochow – Platonow hat die bedeutendste russische Platonow-Forscherin Natalija V. Kornienko aus anderer Warte mit einem eigens dem Thema gewidmeten Buch (»Skazano russkim jazykom...« Andrej Platonov i Michail Šolochov: Vstreči v ruskoj literature, Moskva 2003), in dem sie auf biographische Berührungspunkte, das Verhältnis zum Leser sowie auf Textbezüge zur Bibel, zum Liedgut des Volkes u. a. m. eingeht, bereits Wege gebahnt.

26 Es sei hier auf das Buch von Winfried Schröder (Hrsg.): Vom Reifen der Alternativen. Ralf Schröders Lesarten der russischen und sowjetischen Literatur (= Ralf Schröder – Leben und Werk, Bd. 2), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2003, verwiesen, in dem die einschlägigen Texte gesammelt sind.

27 Zit. nach F. Kuznecov: »Tichij Don«, S. 555.

28 Zit. nach M. M. Šolochov: Ob otce, S. 203 f.

29 N. V. Kornienko: »Skazano russkim jazykom...«, S. 23. Auf einem sowjetisch-amerikanischen Symposium zum Thema »Michail Scholochow und William Faulkner« im September 1986 in Rostow am Don wurde am Beispiel beider Autoren gezeigt, dass ihre scheinbare Begrenzung auf Regionales sie nicht hinderte, zu universellen Menschheitsfragen zu gelangen. Vgl. V. Petelin (Hrsg.): Michail Šolochov,

Bd. 2, S. 913 ff.

30 Die betreffende Szene wird auch in dem zitierten Buch von N. V. Korნიენკო behandelt; sie knüpft daran die Frage, ob die Tötung des hilflosen »prophetischen« Greises durch Koschewoi nicht als »Scholochowsche Metapher für die Tolstoische Komponente in der Ästhetik der Sowjetliteratur« zu deuten sei (vgl. »Skazano russkim jazykom...«, S. 55).

31 Swetlana Semjonowa weist diesen Bezug bereits bei Figuren der »Don-Erzählungen«, etwa bei dem schuldbeladenen Mikischara in »Der Familienvater«, nach: »Hier bringt Scholochow derart zweideutige, verdrehte psychische Strukturen gewisser Volkstypen (geformt in den satanisch-widernatürlichen Situationen der Epoche) ans Licht, dass man an Dostojewski denken muß...« (Novoe o Michaila Šolochove, S. 231). Roland Opitz hat bereits 1975 in seinem Beitrag zum zweiten Leipziger Scholochow-Symposium auf den Dostojewski-Bezug im »Stillen Don« aufmerksam gemacht. (R. Opitz: Dialektische Widersprüche im »Stillen Don«, in: Werk und Wirkung M.Scholochows im weltliterarischen Prozeß. Materialien eines Internationalen Symposiums, Leipzig 1977, S. 68).

32 Vgl. M. A. Šolochov: Pis'ma. Pod obščej redakciej A. A.Kozlovskogo, F. F. Kuznecova, A. M. Ušakova, A. M. Šolochova, Moskva 2003, S. 72.

33 Ähnlich V. Petelin, in: Michail Šolochov, Bd. 2, S. 181.

34 In einem Brief Scholochows an E. G. Lewitzkaja

manfigur ist er *erniedrigt und beleidigt* worden, besonders in jener Situation, als er in die Hände der gegnerischen Kosaken fiel und diese ihn, anstatt ihn zu erschießen, vor den Augen der ganzen Staniza mit Ruten züchtigten. Er wird als Rächer in seinem Heimatort wüten, einen hilflosen Greis erschießen und sieben Häuser in Brand stecken... Auf welcher hochideologischen Ebene der erregte Dialog zwischen Mischka und dem alten Grischaka aus der wohlhabenden Korschunow-Familie (bei dem sein Vater als Knecht tätig war) geführt wird, zeigt die Tatsache, dass dieser Mischkas Erklärung, jetzt werde eine »einfache Rechnung« beglichen, die alttestamentarische Klage des Jeremia über das verwüstete Land entgegengesetzt. (3, 453)³⁰ Ohne Zweifel: Scholochow hatte einen Blick für das Drama einer *Idee* im Innenleben und Handeln einer Figur – womit er sich in die Nachfolge Dostojewskis stellt.³¹ Dabei ließ er sich nie, auch bei Koschewoi nicht, zu einer totalen Dämonisierung einer Figur hinreißen, mochte sie auch an Grenzen des Menschlichen geraten.

Während man beim *Stillen Don* mittlerweile von verlässlichen Deutungslinien ausgehen kann, sind beim Roman *Neuland unterm Pflug* noch viele Fragen offen. Das beginnt bereits mit dem genauen Zeitpunkt der Arbeit am Romantext: Oktober 1930 oder erst (was ein Brief Scholochows an Jewgenija Lewitzkaja, vom 19. 11. 1931 nahe legt)³² ein Jahr später? Und was bewog den Autor, die Arbeit am großen Romanepos zu unterbrechen und einen Gegenwartsroman zu schreiben? War es ein Deal mit Stalin (wie Woronzow in seiner »erzählten« Biographie phantasiert), der die Druckgenehmigung für die abschließenden Teile des Epos nur bei einer aktuellen Gegengabe in Aussicht stellte?³³ Oder war es, genau umgekehrt (wie der Historiker Koslow meint), der Impuls, Stalins schönfärberischem Getue (in dessen im damaligen Medienecho vernehmbaren Rede vom 23. Juni 1931) vom angeblich erfolgreichen Einzug eines neuen, besseren Lebens im Dorf ein reales Bild der Kollektivierung entgegenzustellen? Auf jeden Fall deutete der vom Autor gedachte Titel *Mit Blut und Schweiß* (den aber vermutlich die *Prawda* oder die Redaktion der Zeitschrift *Nowy mir* nicht akzeptierte und durch den heute bekannten Titel ersetzte)³⁴ darauf hin, dass Scholochow, ähnlich wie beim Bürgerkrieg im Donepos, auf den *Preis* des ganzen Unternehmens verweisen wollte. Und viele Leser dankten es ihm, dass er *wahrheitsgemäß* den *schweren Anfang* der Kollektivierung geschildert hatte.³⁵

Außerlich bietet der Roman *Neuland unterm Pflug* klare Verhältnisse. Das handelnde Personal ist gut aufgestellt (beinahe lehrbuchmäßig, wie lobend oder kritisch vermerkt wurde): Kommunisten, Dorffarme, Mittelbauern, Kulaken – Freund und Feind. Die Handlung schreitet nach dem Prinzip: Fortschritt mit einigen Rückschlägen voran... Doch Kusnezow hat recht, wenn er betont, dass der Autor auch in diesem Werk bemüht gewesen sei, dem »Polyphonie-Prinzip« zu folgen.³⁶ In der Tat: Der der Sowjetmacht verbundene Mittelbauer Maidannikow erhält ebenso, unbehelligt vom Erzähler, »Rederecht« wie sein ins gegnerische Lager abdriftende Kontrahent Ostrownow. Der eine begründet öffentlich, warum er sich vom Kolchos eine sozial besser abgesicherte Existenz verspricht, der andere beklagt im nächtlichen Gespräch mit dem Verschwörer, wie die

gleiche Macht ihn, der gut zu wirtschaften verstand, mal gefördert, mal drangsaliert und schließlich in die Enge getrieben hat. Und die führenden Kommunisten? Zweifellos schenkt ihnen Scholochow viel Sympathie, doch er wird sie später im Gespräch mit dem Sohn als Leute bezeichnen, die »vom Wirtschaften keinen blassen Schimmer haben«, ja die »nicht einmal eine eigene Familie gründen konnten, in den eigenen vier Wänden keine Ordnung haben«. ³⁷ Dies eben bemängelten auch manche Leser: dass der Autor den Dawydow nicht dazu bringe, das Techtelmechtel mit Luschka zu beenden, dass Ostrownow nicht schneller seiner illegalen Machenschaften überführt werde, und dass es am Ende heiße: »Das Alte begann von neuem...« ³⁸ Aus diesem und aus anderen, besseren Gründen erwartete die äußerst zahlreiche Leserschaft mit Ungeduld den zweiten Teil des Romans. Doch wovon hätte der handeln sollen, wäre er denn noch in den 30er Jahren geschrieben worden?! Vom großen Hunger in den Kolchosdörfern, vom einsetzenden Terror gegen »feindliche« und widersätzliche Elemente als angebliche Verursacher des Ganzen? Darüber hat Scholochow ausführlich geschrieben, allerdings nicht in einem literarischen Werk, sondern in sehr langen Briefen an Stalin (am 4. 4. 1933, 16. 4. 1933, später nochmals am 16. 2. 1938), in denen er Abhilfe für die Notleidenden und Bestrafung der schuldigen Funktionäre verlangte – und teilweise auch erreichte. ³⁹ Am Schluss eines der Briefe heißt es, Stalin möge dessen Länge entschuldigen, doch der Verfasser sei zu dem Schluß gekommen, es sei wohl besser, die Probleme brieflich abzuhandeln, »als diesen Stoff beim Schreiben des letzten Teils von ›Neuland unterm Pflug‹ zu verwenden.« ⁴⁰ Im Unterschied zu den Lesern schien Stalin Scholochows Kollektivierungsroman nicht für sonderlich honorabel zu halten, denn nicht diesen, sondern Fjodor Panfjorows *Wolgabauern* (so der Titel der DDR-Ausgabe 1953; russ. Titel: *Bruski*) erhielten die Delegierten des XVII. Parteitagess der Kommunistischen Partei (1934) als Präsent. ⁴¹

Die angeschnittenen Fragen leiten bereits zu einer anderen Zeit über, deren Problematik hier nur anzudeuten ist. Man müsste mit der Frage beginnen, wieweit Scholochow nach 1945 noch die alte Gestaltungskraft besaß. Zu einem Lokalredakteur vom Don soll er einst gesagt haben, ein Werk vom Rang des *Stillen Don* sei von ihm nicht mehr zu erwarten, nach der Arbeit daran sei er »innerlich ausgebrannt...« ⁴² Diese Worte muß man nicht auf die Goldwaage legen, sie bedeuten aber sicher, dass für den Schriftsteller etwas abgeschlossen war. Scholochow hat sich in späteren Jahren, wie sein Sohn berichtet, in Gesprächen stets gegen jegliche nähere Erinnerung an die durchlebte Zeit gesperrt, offenbar war sie für ihn wie ein schweres Trauma, an das man lieber nicht rührte. In diesen Zusammenhang gehört wohl auch eine Äußerung, die er, nach der Fortsetzung von *Neuland unterm Pflug* gefragt, bereits im Jahre 1935 machte: Er wolle sich jetzt der »Darstellung des Alltags« widmen, denn der sei im Kolchos höchst interessant. ⁴³ Damit war angedeutet, dass er das Thema von Krieg und Terror hinter sich lassen und das zarte Pflänzchen Sozialismus (= friedliches Zusammenleben) pflegen wollte. Er konnte nicht ahnen, dass der faschistische Überfall seine Pläne durchkreuzen würde. Das unvermeidliche Thema nahm er mit umso

(29. Juni 1932) heißt es: »Ich bin nach wie vor unterschieden gegen den Titel. Was für ein grässlicher Titel!« (M. A. Šolochov: *Pis'ma*, S. 89). Pjotr Lugo-woj behauptet, er habe Scholochow den Titel »Podnjataja celina« empfohlen. Vgl. V. Petelin (Hrsg.): *Michail Šolochov*, Bd. 1, S. 595.

35 Im Anhang des zitierten Buches von N. V. Kornienko kann man zahlreiche Leseräußerungen zum »Stillen Don« wie auch zu »Neuland unterm Pflug« nachlesen.

36 F. Kuznecov: »Tichij Don«, S. 687.

37 M. M. Šolochov: *Ob otce*, S. 138.

38 M. Scholochow: *Neuland unterm Pflug*, Berlin 1952, S. 452.

39 Vgl. dazu auch W. Beitz: Šolochow und das »Zeitalter des totalen Krieges«. In: Antonia Opitz, Roland Opitz (Hrsg.): *Dichter in den Brüchen der Zeit*, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2005, S. 73 ff.

40 Michail Šolochov: *Pis'ma*., S. 124.

41 Der bekannte Scholochow-Forscher Fjodor Birjukow berichtet, dass ihm Scholochow einst, als das Gespräch auf Panfjorow und seinen Roman kam, sein Unverständnis über dessen »Verhältnis zu den Bauern« geäußert habe. (Fjodor Birjukov: *Gor'kij – Serafimovič – Šolochov*. (K istorii tvorčeskich vzaimootnošenij). In: *Novoe o Michail Šolochov*, S. 309 ff. Birjukow zitiert aus den »Wolgabauern« jene Szene,

wo die rebellierenden Bauern eines Dorfes umzingelt und »wie eine Herde Schafe in den Fluß« getrieben werden, worauf der zentrale Held des Romans, offenbar im Sinne des Autors, triumphierend sagt: »die Arbeiterklasse schlägt den Feind, ohne Tränen zu vergießen« (F. Panfjorow: Wolgabauern. Zweiter Band, Dresden 1953, S. 181 f.).

42 Zit. nach F. Kuznecov: »Tichij Don«, S. 819.

43 Zit. nach V. Petelin (Hrsg.): Michail Šolochov, Bd. 1, S. 509.

44 Ebenda, S.139.

45 Zit. nach M. M. Šolochov: Ob otce, S. 154.

46 Zit. nach F. Kuznecov: »Tichij Don«, S. 528.«

größerem Engagement in sein Schaffen auf, als seine Leidenschaft in den letzten Lebensjahrzehnten ohnehin dem Schutz und der pflegerischen Behandlung des Errungenen galt.

Die Alterssicht Michail Scholochows, soweit sie sich direkt im aktuellen politischen Diskurs artikuliert, bietet sich einerseits als nüchterne Beurteilung der Stalin-Epoche dar. Dem Sohn entwickelt er eine Art historischer Parabel, in der er den Gang der Dinge in Sowjetzeiten als mehr oder weniger alternativlos darstellt: In die Machtorgane seien einst Leute delegiert worden, die in Kriegszuständen nur eines gelernt hätten: »Befehle zu empfangen und auszuführen«, woraus sich auch die Rolle des Mannes an der Spitze abgeleitet habe. Fazit: »Ich fürchte, dass Stalin nicht einmal die schlimmste Variante dessen war, was sich hätte ergeben können.«⁴⁴ Auf der anderen Seite erleben wir Scholochow als eindringlichen Warner vor Versuchen tiefgehender Veränderungen (die er vor allem aus Dissidentenkreisen befürchtete). Hier zeigt er sich unnachgiebig und intolerant. Dies zeigte sich auch in der heftigen Abwehr kritischer Vorwürfe, er habe in der Erzählung *Ein Menschenschicksal* den verbrecherischen Umgang des Stalin-Regimes mit den aus der Gefangenschaft heimkehrenden Rotarmisten verschwiegen. Dies sei ihm wohlbekannt, antwortete er, und hielt dem Sohn einen Vortrag über verschiedene Arten von *Wahrheit* – aufhelfende und »erniedrigende, demoralisierende«⁴⁵ – und es wurde klar, wofür er sich entschieden hatte. In diesem Bekenntnis, das natürlich ein weites Feld für Erörterungen eröffnet, vernimmt man die Sorge um die Bewahrung des Humanen in einer von neuen Beunruhigungen erfüllten Zeit. Vielleicht ist dies der ideelle Kern seines späten Realismus, dessen Poetik in der Erzählung *Ein Menschenschicksal* ihren schlechthin klassischen Ausdruck gefunden hat. Zum Bild dieses Scholochow gehört schließlich auch, bei Kusnezow dokumentiert, ein Schreiben an die Führung der Staatspartei aus dem Jahre 1978, in dem er die Verteidigung der russischen Kultur anmahnt und vor »antirussischen Ideen« warnt, die über die Medien verbreitet würden.⁴⁶ Scholochow – ein national-konservativer Denker? Jedenfalls gibt es im heutigen russischen Scholochow-Diskurs eine starke »vaterländisch«-nationalistische Komponente (in die sich auch die zitierte Erzähl-Biographie von Woronzow – mit antisemitischen Akzenten! – einfügt). Fundierte Antworten sind gefragt, die, wie Kusnezow es im Falle des Plagiatskonstrukts zeigt, nur aus vertiefter Forschung kommen können.

LUTZ BRANGSCH

Armut und die Diskussionen zu einem Sozialstaat in Russland

Am 16. Februar fand in Moskau unter Beteiligung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls) eine Tagung zum Thema »Armut in Russland« statt. Die Tagung wurde von der Akademie für Arbeit und soziale Beziehungen, einem langjährigen Kooperationspartner der rls, veranstaltet. Sie schloss inhaltlich an Treffen der Vorjahre an, auf denen das Konzept eines Sozialstaates in Russland und Fragen der Geschlechtergerechtigkeit debattiert worden waren.

Es wäre sicher verfehlt zu sagen, dass die Frage der Entwicklung sozialstaatlicher Elemente im Zentrum der russischen Politik stünde. Zwar wurde vor zwei Jahren durch eine Arbeitsgruppe, an der auch der damalige Rektor (heute Präsident der Akademie) und viele Mitarbeiter der Akademie mitgearbeitet hatten, ein Konzept zur Entwicklung des russischen Sozialstaates an Präsident Putin übergeben, doch blieben die dort niedergelegten Vorschläge weitgehend unberücksichtigt. In der Botschaft an das russische Parlament, der eine gewisse politische Richtlinienbestimmung zugeschrieben wird, vom Sommer 2004 spielten soziale Fragen eine untergeordnete Rolle. Zwar wurde etwa die Lösung des Wohnungsproblems ausführlich angesprochen, allerdings dies wiederum fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Bildung von Wohneigentum. Auch bleiben bis heute Grundfragen der Besteuerung ungeklärt – es existiert ein gestaffeltes Steuersystem, keine progressive Einkommensteuer, wodurch die Einnahmen des Staates, unabhängig von Steuerhinterziehungen usw., natürlich zu Gunsten der Oligarchie erheblich beschnitten werden. Offensichtlich wird die Möglichkeit, wesentliche Umverteilungsprozesse in Gang zu setzen, nur bedingt anerkannt.

Angesichts der tatsächlichen Situation im Lande ist die Diskussion dazu umso wichtiger. Die Sorge um die Stabilität des Landes veranlasst selbst Teile der Oberschicht, nach mehr staatlicher Intervention und mehr sozialem Engagement des Unternehmertums zu verlangen. Angesichts der nach wie vor desperaten sozialen Strukturen fehlt einem Sozialstaat in Russland immer noch eine wesentliche Grundlage: eine organisierte Unternehmerschicht und eine starke organisierte Arbeiter- oder soziale Bewegung. Für die Führung von Auseinandersetzungen, wie sie in Westeuropa um soziale Rechte stattfanden, fehlen in Russland die Voraussetzungen. Dies muss man in Rechnung stellen, wenn man die Vorstellungen von Intellektuellen und Gewerkschaftsvertretern zur Zukunft der sozialen Sicherung allgemein und zur Auseinandersetzung mit Armut in Russland verstehen will.

Lutz Brangsch – Jg. 1957, Dr. oec., Wirtschaftswissenschaftler, Leiter des Bereiches Politische Bildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Autor zahlreicher Publikationen u. a. zum Thema Nachhaltigkeit, Demokratie und Haushaltspolitik. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Grund-sicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept, Heft 187 (Mai 2006).

An der erwähnten Tagung nahmen Vertreter aus wissenschaftlichen Einrichtungen, von Gewerkschaften (die Akademie steht den Gewerkschaften nahe, zu sowjetischen Zeiten war es eine Gewerkschaftshochschule) und einiger gesellschaftlicher Organisationen teil. Die Beiträge trugen starken analytischen Charakter und liefen in ihren praktischen Konsequenzen durchgängig auf die Forderung nach einem breit angelegten Programm zur Armutsbekämpfung hinaus.

Die Veranstaltung beschäftigte sich in wesentlichen Teilen mit Fragen der statistischen Erfassung des Problems und der Bewertung von gewonnenen Daten, Probleme, die aus deutschen Diskussionen wohlbekannt sind. Es wurden Analysen zum sozialen Profil von Armut, zu ihren Ursachen, zu den betroffenen Schichten der Bevölkerung sowie zu den regionalen Aspekten der Verteilung der Armutsbevölkerung vorgestellt.

Armut in Russland ist

a) Armut von Kindern bzw. Familien mit Kindern (die Geburt eines zweiten Kindes führt in 50 Prozent der Fälle zu einem Absinken des Pro-Kopf-Einkommens unter das Existenzminimum¹),

b) Armut von Alleinerziehenden, vor allem Frauen mit Kindern,

c) Armut von Arbeitenden – in 35 Prozent der armen Haushalte sind alle arbeitsfähigen Familienmitglieder auch in Arbeit und auch hier liegt das Haushaltseinkommen durchschnittlich 30 Prozent unter dem Existenzminimum!² In der Diskussion wurde Armut als »gewöhnliche Lebensweise Arbeitender« charakterisiert.

d) Armut von Menschen mit Invalidenrenten, Sozialrenten, Witwen- und Waisenrenten. In jeder dieser Hinsichten existieren zur Zeit keine umfassenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Instrumente der Bewältigung der sich daraus ergebenden Probleme. Der Zustand wird durch den desolaten Zustand der Infrastruktur verstärkt. Insbesondere wirken sich das Fehlen jeder staatlichen bzw. regionalen oder kommunalen Beschäftigungspolitik und die restriktive Lohnpolitik im staatlichen Sektor selbst negativ aus.

Dabei muss in Rechnung gestellt werden, dass die Armutsgrenze durch ein relativ niedriges Existenzminimum (im Jahr 2003 durchschnittlich 2 112 Rubel, das sind weniger als 100 Euro im Monat) markiert wird. Allein diese niedrige Marke bedeutet bereits, dass je nach Berechnungsmodus im Jahr 2003 zwischen 20 und 39 Prozent der Bevölkerung als arm betrachtet werden muss.³ Vom Durchschnitt her betrachtet, liegt deren Einkommen etwa 30 Prozent unter dem Existenzminimum. Im Jahr 2003 wäre nach offiziellen Angaben für die Bekämpfung der Armut, d. h. dafür, dass alle Einkommen unterhalb des Existenzminimums über diese Grenze angehoben werden, die Umverteilung von 231,4 Mrd. Rubel nötig gewesen⁴. Allerdings liegen alternative Berechnungen vor, die den Umverteilungsbedarf entschieden höher ansetzen. Als Hintergrund sei vermerkt, dass im Jahr 2003 der Anteil sozialer Transferleistungen am Bruttoinlandsprodukt 9,4 Prozent betrug, wovon der größte Teil (70 bis 80 Prozent) auf Renten entfiel.⁵ Nachdem die Zahlung von Unterstützungen für alle Kinder (ähnlich dem Kindergeld) eingestellt wurde und diese Leistung nun nur noch Kindern in armen Familien zugute kommt, haben immer noch 70 Prozent der Kinder Anspruch auf diese Leistung, die allerdings nur 3,3 Prozent des Existenzmini-

1 Vgl. Lilia N. Ovčarova: Osobnosti bedonosti v rossii, in: Narodonaselenie 4/2005, S. 43. Die in diesem Artikel angeführten Daten decken sich mit den auf der Konferenz genutzten.

2 Ebenda, S. 48.

3 Ebenda, S. 41.

4 Ebenda, S. 40.

5 Ebenda, S. 49.

mums eines Kindes beträgt. Mit Beginn des Jahres 2005 wurden die Regulierung und die Zahlung dieser Leistung an die Regionen übertragen, was in ohnehin wirtschaftlich und sozial schwachen Regionen zu einer Verschlechterung der Lage von Kindern und Familien führte.⁶ Dazu wurde in der Diskussion vermerkt, dass die Rolle der Eltern für die Ausbildungschancen von Jugendlichen steigt. Ohne finanzielle Unterstützung der Eltern sei ein Hochschulstudium bereits jetzt nicht mehr möglich, so die Aussage einer Studentin, die Ergebnisse eigener Forschungen unter Studenten darlegte.

6 Ebenda, S. 50.

Die Folgen sind nicht zuletzt an der Entwicklung des Gesundheitszustandes und der demographischen Entwicklung abzulesen. Eine Referentin charakterisierte die in Russland ablaufenden Prozesse als »sozial bedingte Alterung der Bevölkerung«. Die im Westen anzutreffende Schicht der »junggebliebenen Alten« existiere hier nicht; für die Masse der Bevölkerung stehe die Alternative, entweder jung zu sterben oder arm und krank alt zu werden. Dies hänge auch mit den schlechten Wohnungsbedingungen zusammen, die vor allem in ländlichen Regionen ein breite soziale Schicht (z. T. auch solche mit gutem Einkommen) erfassendes Problem darstellten.

Im Unterschied zu früheren Veranstaltungen spielte die Spezifik der sozialen Situation von Frauen auf dieser Veranstaltung eine stärkere Rolle. In der Gesellschaft würden allerdings die Frauenarmut und eng damit verbunden die Lohndiskriminierungen gegenüber Frauen weitgehend unterschätzt.

Gegenstrategien, die aus der Gesellschaft selbst erwachsen, sind bisher trotz der zum Teil katastrophalen Situation nicht deutlich auszumachen. Sie bewegen sich, wie andere Untersuchungen zeigen, vor allem im unmittelbaren Lebensumfeld, im Bereich nachbarschaftlicher Selbsthilfe. Ähnlich wie in Deutschland betrachten die Gewerkschaften vor allem die Belegschaften als ihre Klientel und konzentrieren sich vor allem auf Auseinandersetzungen um Löhne und Leistungen in Unternehmen sowie die Anhebung des Mindestlohnes. Neben der Erhöhung der Löhne sei die Schaffung von Arbeitsplätzen zentral. Der Zusammenbruch des Binnenmarktes für einheimische Produkte (die Armen können sie nicht kaufen und die Vermögenden kaufen Importwaren) führt zu Druck auf Löhne und zu Arbeitsplatzverlust, das wiederum zur Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und Qualitätseinbußen, was die einheimische Produktion wiederum unattraktiver macht – es ist bereits ein Teufelskreis entstanden, der nicht mehr ohne weiteres zu durchbrechen ist. Angemahnt wurde etwa die Erleichterung des Zugangs zu Krediten für Kleinunternehmen – übrigens eine Forderung, die in der Diskussion im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Frauenarmut aufgestellt wurde.

Aus der oben skizzierten Kräftekonstellation zwischen Kapital und Arbeit leitet sich ab, warum durch die Gewerkschaften selbst der Sozialpartnerschaft ein relativ großer Stellenwert beigemessen wird. Die Akademie etwa bildet Gewerkschaftsaktivisten aus, die zwischen Gewerkschaften, Belegschaften und Unternehmern Verbindungen in diesem Sinne gestalten sollen.

Die Geschäftswelt selbst steht diesen Ansätzen gespalten gegenüber. Eigenes soziales Engagement wird von einem verstärkten Eingreifen des Staates im sozialen Sektor und von der Förderung des

sozialen Engagements (etwa durch Steuervergünstigungen) abhängig gemacht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass, wie oben angemerkt, Russland keine progressive Einkommensteuer kennt, damit grundlegende Fragen von Umverteilung kaum zu lösen sind.

Für die Perspektive des beschriebenen Diskussionsprozesses interessant war ein Beitrag einer Mitarbeiterin der Interparlamentarischen Gruppe der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Hier wird derzeit an Leitlinien für die verschiedenen Felder der Sozialpolitik in den Mitgliedsstaaten sowie an einer Sozialcharta gearbeitet.

Die Ergebnisse der Diskussion wurden in Empfehlungen zusammengefasst, die hier abschließend kurz vorgestellt werden sollen:

- Die Überwindung der Armut sei neben der Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes die wichtigste Aufgabe für das nächste Jahrzehnt.
- Armut sei ein Hindernis für ökonomisches Wachstum und eine Bedrohung der sozialen Stabilität der Gesellschaft und senke die Qualität des »Humankapitals«.
- Hauptursache der Armut sei das niedrige Lohnniveau, daher müsse der Mindestlohn 2006 bis 2008 schneller steigen, als bisher geplant.
- Für die Stabilisierung bestehender Tendenzen der Überwindung negativer Entwicklungen in der Entlohnung und bei der Erhöhung des Lohnes auf ein Niveau, das seine reproduktive und stimulierende Funktion wiederherstellt, muss eine Erhöhung des Anteils des Lohnes am BIP auf das Niveau entwickelter Staaten erreicht werden.
- Erstrangige Aufgabe sei die Erhöhung des Lohnes im vom Staatshaushalt finanzierten Bereich (Gesundheitswesen, Bildung...), wo eine bedeutende Zahl von Menschen mit hoher Bildung beschäftigt ist.
- Die Rolle des Staates bei der Regulierung des Arbeitslohnes müsse gestärkt werden, auch in der Sphäre der Verteilung der Geld-einkommen der Bevölkerung überhaupt, um eine rationellere Ausnutzung des BIP für die Lösung des Problems der Armut und der Erhöhung des Anteiles der Bevölkerung, der sich selbst versorgen kann, zu erreichen.

• Armut sei Ausdruck sozialer Ineffizienz der Wirtschaft, die damit nicht oder nur teilweise ihre gesellschaftliche Funktion erfülle.

• Erforderlich seien gemeinsame Anstrengungen des Staates, der Öffentlichkeit, der Unternehmer und der Massenmedien.

• Die Wirtschaftspolitik sollte auf die Entwicklung der Menschen hin orientiert werden.⁷

Diese hier nur in den wesentlichen Punkten wiedergegebenen Empfehlungen richten sich vor allem an die parlamentarischen Gremien – der Präsident der Akademie ist Vorsitzender des entsprechenden Duma-Ausschusses.

Die russische Diskussion ist so durch einen Widerspruch gekennzeichnet: Auf der einen Seite ist das Problem der Armut bekannt und gut bis hervorragend untersucht, auf der anderen Seite fehlt eine entschiedene staatliche Intervention, selbst die Forderungen nach einer solchen Intervention sind schwach. Die Schwäche des Staates auf diesem Feld wiederum kontrastiert mit einer restriktiven Politik gegenüber sozialen Bewegungen, wie auch diese Bewegungen wegen ihrer Schwäche selbst keinen Druck auf Unternehmertum und Staat entfalten können.

7 Bei der Übertragung wurde der sprachliche Duk-tus weitgehend beibehalten, um den Charakter der russischen Debatte deutlicher zu machen, die natürlich immer noch zu einem beträchtlichen Teil in der Tradition sowjetischer Gesellschaftswissenschaften und wissenschaftlicher Kultur steht. Dies ist aus Sicht des Autors durchaus auch eine dem Charakter der Probleme weitgehend adäquate Sprache. Die westliche Wissenschaftssprache ist für die Bewältigung der Probleme weniger geeignet.

JURI HÄLKER

MdBs auf die Straße

Bericht über »100 Tage Schwarz-Rot«

Zu Beginn der Tagung wunderte sich *Arno Klönne* (Paderborn) über die deutsche Sozialdemokratie. Während gleichzeitig weite Teile der Bevölkerung unter der fortgesetzten Demontage des Sozialstaates leiden, sei es bemerkenswert, wenn der SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck öffentlich feststelle, dass die aktuelle Regierungspolitik zu zwei Dritteln sozialdemokratisch sei. Klönne zur Politik von Schwarz-Rot: »Das ist ein wirtschaftlich-sozialer Feldzug, der da geführt wird. Maxime: Krieg den Hütten – Friede den Palästen. Das ist Klassenkampf. Klassenkampf von oben.«

Klönnes Marburger Professorenkollege *Georg Fülberth* sprach im Anschluss über Ideologie und bezog sich zustimmend auf Klönnes Kritik an unscharfen Begrifflichkeiten wie der des »Neoliberalismus«: »Wenn jemand seine Rede mit dem »demografischen Faktor« oder mit den Worten »im Zeitalter der Globalisierung« anfängt, dann muss man nicht weiter zuhören. Wir sollten stattdessen ganz klar von Kapitalismus sprechen.«

Zu den Hoffnungen auf ein Umschwenken der Politik in der BRD in Richtung skandinavische Vorbilder urteilte Fülberth: »Davon sind wir in der Bundesrepublik so weit entfernt wie vom Kommunismus.« Zum einen sei eine Politik wie in den skandinavischen Ländern pfadabhängig und werde in Skandinavien seit gut hundert Jahren verfolgt. Ein Pfadwechsel in Deutschland, auf die Schnelle, sei illusorisch. Nicht zuletzt, weil die erforderlichen Investitionen in Sozialstrukturen wie beispielsweise das Bildungswesen ein solches Umschwenken der Politik »sauteuer« machen würde.

Richard Detje (Redaktion Sozialismus) kritisierte Fülberths kategorische Position. Warum sollte es denn nicht möglich sein, einen anderen Pfad, hin zu einem Ausbau des Sozialstaates, einzuschlagen? »Was bleibt denn der Linken noch an Politikansätzen, wenn es nicht möglich sein sollte, solche Entwicklungen wie beispielsweise die der Bürgerversicherung voranzutreiben?«

Der Marburger Politikprofessor entgegnete, dass über 92 Prozent der Wähler bei der letzten Bundestagswahl für Schwarz-Rot-Grün-Gelb gestimmt hätten und damit die herrschende Politik bestätigt worden sei. Wo, fragte Fülberth, solle da das Potenzial für eine entscheidende politische Veränderung herkommen?

Joachim Bischoff (Redaktion Sozialismus) stellte fest, dass die Linke mit einem großen ideologischen Kartell konfrontiert würde, das einen Marktradikalismus vertritt, der in eine andere Republik führen soll. Mit Anspielung auf die Linkspartei.PDS meinte Bi-

Juri Hälker – Jg. 1966; gelernter Maschinen-schlosser, Kommunikations-wissenschaftler und Industriesoziologe; promoviert zum Thema »Erfolgsbilanzen von gewerkschaftlichem Co-Management«, arbeitet als Fernsehjournalist bei einem öffentlich-rechtlichen Sender, lebt in Duisburg, Kontakt: Jurihalker@aol.com. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Kapitalismuskritik gleich Systemgegnerschaft? Zum »Antikapitalistischen Manifest« von Alex Callinicos, in: Heft 176 (Juni 2005), S. 548-551.

Bericht über die Tagung »100 Tage Schwarz-Rot«, die im Rahmen der Reihe »Gesellschaftspolitisches Forum«, veranstaltet von der Initiative für einen Politikwechsel, der Friedens- und Zukunftswerkstatt, der Redaktion Sozialismus, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von WISSENtransfer, am 12. März 2006 im Gewerkschaftshaus Frankfurt a. M. stattfand.

schoff, dass selbst einige der Linken im Bundestag Teil dieses Kartells seien.

In Abgrenzung zu Klönne und Fülberth urteilte Bischoff, dass das Ergebnis der letzten Bundestagswahl mit seiner strukturellen Mehrheit jenseits von CDU und FDP und dem Erfolg der Linken dazu geführt hat, dass der ganz entschiedene Totalangriff auf die Sozialstandards in der eigentlich geplanten Radikalität bisher nicht stattfindet. Hier müsse man Unterschiede und Widersprüche der herrschenden Politik genau analysieren. Eine Öffnung der Sozialdemokratie nach links sei dennoch nicht auszumachen. Die Mehrheitsströmung der Sozialdemokratie sage »Es gibt keine Alternative zum sozial gerechten Verzicht«.

Bischoff teilte die von den über 200 Teilnehmern aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Linkspartei, WASG und SPD mehrfach geäußerte Kritik an der Beteiligung der Linkspartei an den Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Dennoch plädierte er gegen eine eigene Kandidatur der WASG gegen die Linkspartei.PDS. Stattdessen müssten zumindest einige Punkte als Essential im gemeinsamen Projekt WASG und Linkspartei.PDS festgezurrt werden: zurück an die Seite der Gewerkschaften, keine Privatisierungen, keine militärischen Auslandseinsätze.

Ottmar Schreiner, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), thematisierte den Kernzusammenhang zwischen steigender Produktivität und der damit verbundenen Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre gehe in genau die andere und damit falsche Richtung. Letztlich gehe es nur um eine Rentenkürzung durch die Hintertür. Die SPD habe in den letzten Jahren »viel Lehrgeld gezahlt«. Allein elf verlorene Landtagswahlen seien zu verzeichnen gewesen. Dies wäre jedoch nicht völlig ohne Wirkung geblieben. Es gäbe in der SPD einen Umkehrungsprozess. So sei das Engagement der Sozialdemokratie gegen die Bolkesteinrichtlinie gut und richtig gewesen. Auch der aktuell von den Gewerkschaften ver.di und NGG geforderte Mindestlohn habe Chancen, sich innerhalb der SPD durchzusetzen. Zur Zusammenarbeit der Linken befragt, verwies Schreiner auf die SPD-PDS Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Und auf Bundesebene? Schreiner: »Na ja, da muss man ja vorsichtig sein, was man öffentlich sagt.«

In den nächsten 12 bis 14 Monaten werde sich zeigen, ob die Reise der SPD hin zu einer sozialen Erneuerung oder weiter in Richtung Hartz IV gehen werde. Auch die Entwicklung der Linkspartei sei noch nicht abzusehen. Schreiner: »Wie wird die Konjunktur Mitte 2007 aussehen? Wenn wir dann 5,5 Millionen Arbeitslose haben, dann möchte ich mal die politische Diskussion sehen. Wenn man mich dann noch mal fragt, dann gebe ich gerne offen Auskunft.«

Lothar Bisky (Vorsitzender der Linkspartei.PDS und MdB) schilderte die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und kündigte an, eine massive Kampagne für die Einführung des Mindestlohnes zu führen. »Da müssen alle auf die Strasse. Nicht nur die Mandatsträger, aber auch und vor allem die!« In der Vergangenheit sei die Linkspartei – und dafür stehe sie auch in der Kritik – zu unsichtbar gewesen.

Eine Einschätzung, die durch einen Einwurf von *Heinz-Jürgen Hintzer* (Gewerkschaft NGG) illustriert wurde. Hintzer schilderte die Situation des Streiks bei Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen und kritisierte, dass die frisch gewählten Bundestagsabgeordneten der Linkspartei viele Wochen gebraucht hätten, bis sie es endlich schafften, sich vor Ort beim längsten Streik in der deutschen Nachkriegsgeschichte mit den Streikenden zu solidarisieren.

Bisky stellt selbstkritisch fest, dass die Fraktion der Linkspartei in einer Situation gesteckt hätte, wo sie vor allem damit beschäftigt gewesen sei, sich selbst zu finden. Diese Phase sei aber vorbei. »Jetzt können wir wieder verstärkt in die Öffentlichkeit gehen.«

Insgesamt hätte sich die Situation für die Linkspartei deutlich verbessert. »Wir werden von den Medien nicht mehr kategorisch ignoriert, und das Verhältnis zu den Gewerkschaften hat sich dramatisch verbessert.«

Die Frage sei, wie man nun eine neue linke Partei erfolgreich entwickeln und auch zusammenhalten könne. Die Fraktion im Bundestag setze sich aus vielen verschiedenen Köpfen zusammen, aber sie würde gut funktionieren, auch wenn es schwierig sei, den Laden zusammenzuhalten. Bisky: »Wie das bei der Linken immer so ist. Zwei Linke ergeben drei Meinungen und acht Fußnoten.« Dennoch werde es die deutsche Linke Partei geben. »Sonst hätten wir versagt, und das hätten unsere politischen Gegner auch nicht verdient.« Die geante neue Linkspartei werde eine Linke sein, die sich ganz stark an den sozialen Fragen orientieren müsse und auch friedenspolitische Bezüge zentral stellen werde. »Die Bundestagfraktion ist das Referenzprojekt der Linken in Deutschland!«

Horst Schmitthener, IG Metall-Büro für den Kontakt zu den sozialen Bewegungen, fasste die Ergebnisse der Tagung zusammen und fragte nach den Anforderungen, denen sich die Linke gegenübergestellt sieht.

Schmitthener: »Wir müssen deutliche Alternativen herausarbeiten, die die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Politikwechsels überzeugen.« Man werde zu weiteren gemeinsamen Aktionen und Kampagnen kommen. Die Proteste gegen die Dienstleistungsrichtlinie seien hier ein erfolgreiches Beispiel. »Wir brauchen gemeinsame Bündnisse, ohne uns in allem gleich zu machen, aber wo wir uns da zusammengehen, wo es nur geht.« Beispielhaft sei das Projekt der IG Metall, 6 000 »Botschafter gegen den Neoliberalismus auszubilden«, welches von attac, der KAB und vielen Initiativen unterstützt würde.

Schmitthener plädierte für die Durchsetzung von partizipativen Elementen der direkten Demokratie und sagte mit Blick auf die WASG-Linkspartei, dass dieses Projekt auch den Linken in der SPD helfe, den weiteren Ausverkauf des Sozialen zu verhindern. »Wir werden die WASG und Linkspartei nicht sich selbst überlassen, sondern uns als soziale Bewegungen kritisch einmischen.«

An die Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE. erging die Aufforderung, sich auch außerhalb des Parlamentsbetriebes stärker zu bewegen: »Es geht nicht darum, vor allem nach neuen parlamentarischen Koalitionen zu suchen. Wir brauchen vorrangig eine kritische und mobilisierende Opposition.«

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Der Mai war gekommen, und als er in schönster Blüte stand und die Deutschen wähten, sich allseits etwas »belyrischen« und sich von schnödem oder drögem Polit-Alltag etwas erholen zu können, ward – scheinbar zufällig – plötzlich wieder der Deutschen Lieblingsthema »Stasi« auf die Tagesthemenliste gesetzt. Da war zum einen die Gruppe einstiger DDR-Dissidenten, die jetzt wieder einmal sehr vernehmlich eine auch institutionell gesicherte Weiterbeschäftigung mit der DDR-Geschichte einforderte. Nichts scheinen – folgt man den zahlreichen Presseveröffentlichungen – die zentralen wie die regionalen Stasibeauftragten so zu fürchten, wie Überlegungen, die Stasiakten ins Bundesarchiv zu überführen. Und wie seit langem ist auch das Debattenpersonal sehr berechenbar, will sagen: Es äußern sich fast immer die gleichen Leute. Da reicht es manchmal schon, nur die Namen der Autorinnen und Autoren der Artikel und Leserbriefe zu lesen – man weiß, was kommt. Und zwar auf beiden Seiten der Propagandafrent. Und fast alle Diskutanten scheinen sich der Losung »Doktrinäre aller Lager, vereinigt Euch!« verpflichtet zu fühlen.

Doch wie das so ist: Sie selber ahnen nicht einmal, wie ähnlich sie sich alle sind – und wie sie sich gegenseitig legitimieren und delegitimieren. Zum Beispiel: Auf der einen Seite Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe, der im Dezember 2000 anlässlich seines Amtsantritts in Berlin-Hohenschönhausen der *Berliner Zeitung* in einem Interview erklärt hatte, das Gefängnis Hohenschönhausen sei »das Dachau des Kommunismus«. So war bis zu diesem Zeitpunkt der Faschismus noch selten verharmlost worden. Und auf der anderen Seite eben der einstige Leiter des Stasi-Gefängnisses, der in seiner Einfältigkeit und Uneinsichtigkeit nahezu unzitierbar ist (da haben wir das Phänomen

des sogenannten »Fremdschämens«), aber eben gerade dadurch – unwissentlich und selbstverständlich unwillentlich – die Geschäfte von Knabe mit besorgt.

Es stoßen nur noch selten neue Darsteller hinzu. Aber wenn ab und an doch, dürfen sie sich der geballten Aufmerksamkeit der mediengelenkten Öffentlichkeit sicher sein. Das erstaunt nicht, erstaunlich ist vielmehr, wie ahistorisch heutzutage polemisiert und argumentiert werden darf. Und wenn sich derartige Muster dann noch mit Persönlichem, mit Privatem verquicken, wird es – so man sich dem aussetzt und nicht lieber die Blumen gießt oder sein Bundestagsmandat genießt – manchmal unappetitlich. Beispiel: Jenny Gröllmann – Ulrich Mühe. Dazu sei als Lektüre der weit und breit lesbarste Artikel zum Thema empfohlen: *Berliner Zeitung*, 3. Mai 2006, Seite 3, Autorin: Regine Sylvester. Er endet mit: »Mensch, Mühe.«

Zu Beispielen ahistorischer Herangehensweise dürfen wir getrost auch die Reaktionen auf die »Enthüllung« zählen (gibt es wirklich Leute, die sich darüber wunderten?), der BND habe Journalisten auf seinen Hononarlisten beziehungsweise er lasse (oder ließ ...) flächendeckend Journalisten bespitzeln. Ahistorisch ist die Behandlung dieses Themas insofern, als so getan wird, als hätten beide Themen – Stasi und BND – absolut nichts miteinander zu tun. In Praxi sieht das dann zum Beispiel so aus (*Tagesspiegel*, Berlin), daß auf der Innenpolitikseite die Stasi oben rechts plaziert ist und der BND unten links – obwohl beide Beiträge zusammengehörten; und zwar nicht, weil BND = Stasi ist, sondern weil beide ihre Legitimation ähnlichen Vorstellungen von Macht und Sicherheit beziehen; wie Geheimdienste zu allen Zeiten und in aller Welt. Das Zusammenschreiben beider Komplexe wird – wenn überhaupt – im Feuilleton passieren, Thema: Macht. Aber vielleicht ist das alles überhaupt nicht »ahistorisch«, sondern simple, politisch motivierte Heuchelei.

Bei der DDR-Nachrichtenagentur *ADN* gab es eine Abteilung, die dem »Generalsekretär« (der auch über Schlagzeilen des Zentralorgans befand) täglich Pressemappen zusammenstellte, feines Papier und wohldosiert; man wußte, was E. H. zuzumuten war. Und wenn es mal nicht gewußt wurde, wurde es von der ZK-Abteilung Agitation rechtzeitig genug mitgeteilt. Nun ist – bei aller Liebe oder aller Bosheit – Jürgen Rüttgers wahrlich kein Erich Honecker; dieses Etikett haben beide nicht verdient. Aber dennoch wurde ich dieser Tage an die *ADN*-Pressemappe erinnert – in der täglichen Presseschau von Rüttgers Staatskanzlei fehlt das Negative: »Die Mitarbeiter in Rüttgers Schnipseldienst wissen«, wurde neulich öffentlich, »dass der Chef ungern schlechte Nachrichten liest. Sie filtern morgens negative Berichte heraus, legen sie auf ein Formblatt und schicken sie an den Regierungssprecher. Im Begleittext stehen Hinweise, dass man beabsichtige, diesen Artikel nicht in die Presseschau aufzunehmen. Kommt keine andere Order, wird so verfahren.«

Es erschien jetzt ein Buch, herausgegeben von Florian Langenscheidt, »250 Gründe, unser Land zu lieben«. Folgen wir einer Rezension Elisabeth Binders, muß es sich dabei vor allem um einen Aufmarsch reichensteuerbedrohter Mitbürger handeln. Wieso eigentlich will dieses Land immer geliebt werden? Das ist ja fast wie Zwangsheirat.

Elmar Altvater:
Das Ende des Kapitalismus,
wie wir ihn kennen. Eine radikale
Kapitalismuskritik, Westfälisches
Dampfbuch Münster 2005, 240 S.
(14,90 €)

Am Anfang des neunten Kapitels des in Rede stehenden Buches fragt Elmar Altvater (mit den Worten Erich Kästners): »Wo bleibt das Positive?« – darauf wird zurückzukommen sein. Zunächst aber muß die Frage gestellt werden: »Worin besteht denn das Neue?« – insbesondere dann, wenn ein bekannter Kapitalismuskritiker wie Altvater der in seinen vielen Büchern fast ausschließlich »radikal« mit dem heute alles beherrschenden Produktions- und Gesellschaftssystem Kapitalismus ins Gericht geht, nunmehr eine »radikale Kapitalismuskritik« verheißt.

Also was ist ›radikal‹ und neu im Vergleich zum »Sachzwang Weltmarkt«, zur »Zukunft des Marktes«, zum »Preis der (Un)Ordnung«, zu den »Grenzen der Globalisierung« oder zur »Globalisierung der Unsicherheit«? Eine erste, vorläufige Antwort könnte lauten: ›Nicht viel‹. Das war aber wahrscheinlich auch nicht zu erwarten – zumal nicht von einem Autor, der vor kurzem seine akademische Laufbahn am Otto Suhr Institut der Freien Universität beendet hat, um aufs schöpferische Altenteil zu gehen. Vielmehr – und das war durchaus zu erwarten – finden die Kenner älterer Altvater-Bücher im neusten Werk viele Argumentationsfiguren von früher wieder; die verhängnisvolle Rolle entfesselter Finanzmärkte genauso wie die Vision vom möglichen Chaos am Ende des Fossilismus als einer durchaus realen Bedrohung, aber auch die unausweichliche Notwendigkeit einer solaren Revolution (wenn die Menschheit überleben will). Dieses und ähnliches ist von Altvater – unter Rückgriff auf die Marxsche Theorie – oft wiederholt, weiterentwickelt und in der Auseinandersetzung mit Marktradikalismus und umweltvergessener Einfalt polemisch zugespitzt worden.

Das Neue in seinem neuesten Buch ist doppelt bestimmt. Einmal ist ganz einfach so vom »Ende« die Rede – allerdings nur vom »Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen«. Auf

das Ende des Kapitalismus überhaupt wollte sich der Autor dann doch wohl (noch) nicht festlegen. Und zum anderen ist viel mehr als vorher über die Bedingungen dieses Endes zu lesen, insbesondere über die Notwendigkeit einer »glaubwürdigen Alternative im Innern« (in Anlehnung an Ferdinand Braudel). Diese »glaubwürdigen Alternativen« haben sich seit Anfang des 21. Jahrhunderts zum großen Teil unter dem Motto »eine andere Welt ist möglich« zusammengefunden. Und Altvater stellt sein Buch in den Dienst dieser Idee, indem er versucht, zu ermutigen und über die Bedrohungen zu unterrichten. Denn an manchen Stellen liest sich die Darstellung schon bedrohlich, so als sollte gesagt werden: »Eine andere Welt muß möglich sein, sonst ...«

Dieses »Sonst« wird in den ersten Kapiteln nicht nur dargestellt, sondern auch umfänglich hergeleitet, insbesondere das zweite bis vierte Kapitel verfolgt offenbar den durchaus didaktischen Zweck, eine Einführung in ein auf Marx basierendes modernes Kapitalismusverständnis zu geben. Dieser Abschnitt begründet die Herausbildung jener »Dreifaltigkeit« aus europäischer Rationalität der Weltbeherrschung, kapitalistischen Produktions- und Lebensformen und fossilen Energien, die die Dynamik des »real existierenden Kapitalismus« ausmachen. Diese Konstellation wird in ihrer eigenwilligen Verquickung in den folgenden drei Kapiteln darauf untersucht, inwieweit sie zukunftsfähig ist bzw. inwiefern sie Anlaß zu »äußeren Anstößen von extremer Heftigkeit« sein könnten – einer zweiten von Ferdinand Braudel benannten möglichen Ursache für den Zusammenbruch des Kapitalismus, wie wir ihn kennen.

Die Argumentation ist hier zunächst auf drei Problemkreise fixiert – die ökologischen Folgen der Verbrennung fossiler Kohlenwasserstoffe, die möglichen sozialen Konsequenzen der zu Ende gehenden Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe und das katastrophenträchtige Wirken liberalisierter internationaler Finanzmärkte. Daß die deformierende Wirkung von internationalen Finanzkrisen (vgl. »Der Kapitalismus gerät außer Form«, Abschnitt 6.5) als innerer Impuls am Ende das System aushebeln könnte, kann zwar nicht ausgeschlossen werden, ist aber auch nicht unbedingt wahrscheinlich. Deshalb fokussiert sich bei Altvater alles

auf das Ende der fossilen Kohlenwasserstoffe – denn dies ist mit immer größerer Deutlichkeit abzusehen und die ersten Marktreaktionen, mit 70 US-\$ pro Barrel Erdöl, sind auch schon da gewesen. Das könnte – mit hoher Wahrscheinlichkeit – der maßgebliche äußere Impuls außergewöhnlicher Heftigkeit sein, der das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen schon deshalb herbeiführt, weil er zu erheblichen Anpassungen in den sozialen Lebensformen zwingen würde, die nur dann ohne scharfe soziale Konflikte zu bewältigen wären, wenn sie über eine längere (Anpassungs)Zeit erfolgen können. Aber »wahrscheinlicher ist eine soziale Explosion, weil Vorbereitungen auf die Zeit nach dem Höhepunkt der Ölförderung und gegen die drohende Klimakatastrophe viel zu kleinmütig ausfallen« (S. 175).

Und wohin jetzt? – ließe sich mit André Gorz fragen. Altvaters Antwort ist eine hoffnungsvolle. Die Gegenmächte müssen die Macht ergreifen (S. 14) und die Weltordnung revolutionieren. »Eine Gesellschaft kann nur in einem revolutionären Prozess die den Kapitalismus charakterisierenden sozialen Formen überwinden. ... (Aber) eine soziale Revolution ist kein Putsch, sondern ein über lange Zeitstrecken iterativer Prozess vieler sozialer Experimente« (S. 177). Und diese Weltveränderung hat zwei wesentliche Erfolgsparameter. Die Wirtschaft ist solidarisch zu gestalten, und mit der Natur ist nachhaltig umzugehen (S. 179), und es wären folglich die Funktionsmodi des Weltmarkts zu ändern (S. 188). All dies bedarf schließlich der Einbettung in eine »solare Gesellschaft« (S. 214).

Doch worauf es am Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen am meisten ankommt, sind die Akteure, die den notwendigen Wandel exekutieren müssen, manche als Vorhut und manche eher unfreiwillig und zögerlich, der materiellen Not gehorchend. Ob die konkreten Utopien noch rechtzeitig Wirklichkeit zu werden vermögen, das vermag auch Altvaters Buch nicht mit letzter Gewißheit zu prognostizieren; positiv jedoch ist immerhin: Dieses Buch ist eine Ermutigung, die Welt zu verändern in Richtung auf eine solidarisch-nachhaltige Gesellschaft, die auch »Sozialismus« genannt werden könnte.

ARNDT HOPFMANN

Holger Schatz:

Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion, Unrast-Verlag Münster 2004, 332 S. (18 €)

Angesichts der momentanen Allgegenwart der »Du-kannst-es-Schaffen« oder »Du-bist-Deutschland« Rhetorik hat für manchen Arbeitslosen der Besuch von Woody Allens »Match Point« sicherlich etwas Tröstliches. Ein verstörender Film über die Hoheit des Zufalls, der am Ende sogar einen Mord ungehört lässt. Weil der Zufall zuvor im Film aber auch der Welt von Geld und Arbeit seinen Rhythmus aufzwingt, denkt man daran, einer plumpen Widerlegung des Leistungsprinzips beizuwohnen, jener bürgerlichen Hoffnung und Behauptung zugleich, ein jeder sei seines eigenen Glückes Schmied. Rechtzeitig jedoch – auf seine steile Berufskarriere angesprochen – liefert der Hauptprotagonist eine präzise Definition von Erfolg: Es komme durchaus auf Leistung an, doch nur im Sinne einer notwendigen Bedingung. Die hinreichende Bedingung für den Erfolg obliege dem Zufall.

Das Unverständnis, das er mit dieser Sicht erntet, lässt im Film die Frage aufkommen, was der Zufall eigentlich für die Integration einer Gesellschaft bedeutet, deren Selbstverständnis unabdingbar die Möglichkeit eigenverantwortlich planbarer Lebensentwürfe voraussetzt?

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Massenarbeitslosigkeitsdiskurses und seiner repressiven Schlagseite lädt uns die Dissertation »Arbeit als Herrschaft« des Soziologen Holger Schatz ein, dieser Frage einmal grundlegend nachzugehen. Nun, Dekonstruktionen des Zusammenhanges von Leistung (Arbeit) und Erfolg (Geld) sind weder neu noch für die Kapitalismuskritik reserviert. Vom liberalen Philosophen John Rawls ebenso wie vom glühenden Vertreter der entfesselten Marktwirtschaft, August Friedrich von Hayek, stammen ernüchternde Beschreibungen über die Bedingungen des Markterfolges. Für beide war dieser innere Widerspruch grundsätzlich jedoch zähmbar; der eine glaubte an die zivili-

sierende Kraft des Sozialstaates, der andere an jene des Marktes. Bei Schatz hat sich jedoch die strukturelle Aporie des Leistungsprinzips zu dessen Krise verdichtet, die aber im Rahmen eines »gesamtgemeinschaftlichen Verblendungszusammenhanges« gelehrt werden muss. Zumindest solange an einer derart unvernünftigen und desaströsen Form der Reichtumserzeugung und -verteilung festgehalten werden soll, wie sie der Kapitalismus in den Augen von Schatz darstellt. Auf dieser Voraussetzung – die Annahme einer derart grundlegenden Bedeutung des Leistungsprinzips sowie dessen Zerfalls – baut nun die eigentliche These der Untersuchung auf: Die einer »neo-liberalen Rekonstruktion des Leistungsprinzips«. Damit ist nichts anderes gemeint, als dass der neoliberale Diskurs im Allgemeinen und der Untersuchungsgegenstand »aktivierende Arbeitsmarktpolitik« im Besonderen, Reaktionen auf diese Krise darstellen. Mit dieser spekulativ anmutenden These grenzt sich Schatz bewusst von Ansätzen ab, welche die Reformpolitik einzig unter Kostenaspekten analysieren. Doch warum sollte es um mehr gehen als um Kassensanierung oder verschärfte Umverteilung von unten nach oben?

Nach einigen, teilweise langatmigen Theorieausflügen, welche die begrifflichen Voraussetzungen der Analyse (und Kritik!) des Leistungsprinzips schärfen sollen, zeichnet Schatz zunächst dessen geschichtliche Bedeutung nach. Nachdem das aufstrebende Bürgertum den Adel des leistungslosen Einkommens bezichtigte, nutzte auch die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts die normative Kraft des Leistungsprinzips, um die neu entstandenen Ungleichheiten zwischen Industrieproletariat und Besitzbürgertum zu kritisieren: »Mit der frühsozialistischen Eigentumskritik kristallisierte sich ein Argumentationsmuster heraus, das bis heute auf überaus wirksame Weise stets das meritokratische Prinzip (Leistungsprinzip, S. M.) neu legitimiert: Die Kritik an der Kluft zwischen bürgerlichem Ideal und seiner unzulänglichen Verwirklichung«.

Aus verschiedenen Gründen kommt es nun ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer Zuspitzung der inneren Widersprüche des Leistungsprinzips. Entscheidend hierfür ist die Dynamik des Kapitalverhältnisses, das strukturell die Entkopplung des Ergebnisses

(stofflicher Reichtum) von der Leistung (Arbeit) betreibt. Für das Kapital ist die Arbeit nur das Mittel und nicht schon der Zweck, was die Einsparung von Arbeitsplätzen durch permanente Produktivitätssteigerungen zur Folge hat. Was nach träger Ökonomietheorie riecht, wird von Schatz nun interessanterweise mit kulturellen Phänomenen zusammengebracht. Wie dereinst Daniel Bell in »die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus« sieht Schatz die Aufweichung der Arbeitsdisziplin nicht nur im Eigensinn der Menschen, sondern in der Logik des Kapitalismus selbst begründet. Diese legt nämlich nicht Arbeit, sondern Konsum, schnellen Erfolg unter Anwendung von möglichst wenig Arbeit nahe.

Die neuere Dynamik des Kapitalverhältnisses unterminiert nun das Leistungsprinzip nicht nur durch die immer deutlichere Abkopplung des Reichtums von der Arbeit, für die Arbeitslosigkeit, die wachsende Bedeutung von Erbschaften sowie des Kapitalmarktes symptomatisch stehen. Mit Marx weist Schatz auf den gesellschaftlichen Charakter von Arbeit hin, der in Zeiten einer zunehmenden Verwissenschaftlichung der Produktion des Reichtums immer schärfer im Kontrast zur Vorstellung individuell zurechenbarer Arbeitsleistung stehe. In räumlicher, zeitlicher und sozialer Hinsicht hat sich die Produktion des Reichtums verflüssigt und damit entindividualisiert, und manchmal trifft dies sogar auch auf dessen Aneignung und Verteilung zu, wie das Beispiel der digitalen »Piraterie« gut belegt.

Nur vor diesem Hintergrund lasse sich die »neoliberale Reform« adäquat erfassen. Schatz charakterisiert sie als den Versuch, die Geister, die der Kapitalismus fortwährend ruft, zu bändigen. Das Mittel hierzu ist in erster Linie eine umfassende »Rekommodifizierung« bzw. Vermarktlichung des gesellschaftlichen Lebens, mit der das Leistungsprinzip auf Biegen und Brechen »rekonstruiert« werden soll. Im vielleicht stärksten Kapitel des Buches zeigt Schatz am Beispiel der Hartz-Gesetze, auf welcher vielfältigen Weise gesellschaftliche Debatten und konkrete Gesetze in Richtung dieser Rekonstruktion wirken. Auf der einen Seite sind es die üblichen Schuldzuweisungen der Faulheit, aber auch die gutgemeinten Hinweise auf Bildungs- und Qualifizierungsdefizite von Arbeitslosen. Stets wird die Ursache

der Arbeitslosigkeit positivistisch mit den Merkmalen der Individuen verknüpft, ganz gleich, ob diese als Täter oder als Opfer etwa von institutionellen Verkrustungen erscheinen. Auf der anderen Seite ist es die Rehabilitation des Marktpreises als gerechtes Kriterium für Löhne, die sich in vielen Arbeitsverhältnissen als zunehmende Koppelung der Leistungsbeurteilung durch Marktergebnisse zeige. Hier hätte Schatz weitaus mehr ausholen können, etwa indem er die Debatten der Industriesoziologie ausführlicher aufgegriffen hätte.

Gleichwohl überzeugt die Argumentation in ihrer radikalen Zuspitzung. Jeder habe das Urteil zu akzeptieren, das der Markt ausspricht. Dies ist die autoritäre Quintessenz der »Reform«, die freilich Übergänge benötigt. Zu denken ist etwa an den Kombilohn, das »trojanische Pferd« für einen marktinduzierten Niedriglohnsektor, wie ihn der frühere Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans-Jörg Stihl, einmal nannte. Nun ließe sich einwenden, einer derart dünnen Rekonstruktion seien politische, kulturelle und soziale Grenzen gesetzt. Weil Schatz den Begriff »neoliberal« jedoch wesentlich weiter fasst als üblich, zeitige die »Quadratur des Kreises« verblüffende Erfolge. Eine bis weit in die politische Linke hineinreichende Diskursverschiebung hin zu einem auf Freiheits- und Autonomiechancen abstellenden Markt-begriff, spiele der Vorstellung individuell zu-rechenbarer Leistung in die Hände. Düstere Aussichten für jene also, die den Arbeitsmarkt doch eher als ein soziales Zwangsverhältnis erleben müssen.

SANDRA MARTENS

Marvin Chlada:
Heterotopie und Erfahrung.
 Abriss der Heterotopologie nach
 Michel Foucault, Alibri-Verlag
 Aschaffenburg 2005, 139 S. (14 €)

Der Begriff der Heterotopie stammt aus der Medizin und bezeichnet dort die Bildung von Gewebe am falschen Ort. Übertragen auf die politische Sphäre sah der französische Soziologe Michel Foucault darin eine zutreffende

Bezeichnung für den Versuch der Charakterisierung des Fremden, des Andersartigen im eigentlich rationalisierten Körper der Gesellschaft. Dieser prinzipiell andere Ort verfüge über »besondere Kräfteverhältnisse sowie ungewöhnliche Konstellationen« (S. 8), die ihn, wie Chlada als Eingangstheorie formuliert, der Idee und Theorie nach in die Tradition der Aufklärung stellen. Genau hier ist freilich nachzufragen. Es ist zwar zutreffend, dass sich vor allem in der Französischen Aufklärung der Trend erkennen lässt, dass das Andere radikal aufgewertet wird, etwa in seinen Formen als Wahnsinn, Fieberanfall oder Irrationalität. Als ein Ergebnis dieses Prozesses ist sicherlich die Entstehung der Irrenanstalt zu sehen, gegründet zuerst kurz nach 1800 in Deutschland unter maßgeblicher Beteiligung Jean Pauls. Entscheidend ist aber, dass damit das Abweichende gerade nicht in seiner Einzigartigkeit anerkannt, sondern den bürgerlich-kapitalistischen Regelungs- und Normierungsinstanzen unterworfen wurde. Eine Entwicklung, auf die Chlada am Beispiel des Marquis de Sade verweist. (S. 61-67) Denn beim »göttlichen Marquis« ist die Normverletzung nun gar keine mehr, sondern gibt sich als neue Realität aus, während das Handeln der bisherigen Mehrheit als eigentliches Fehlverhalten erscheint. Verbunden damit ist dann eine Aufwertung des Verbrechens – als direkter Ausfluss der »Stimme der Natur«. Der bekannte Aufklärungsforscher Panajotis Kondylis hat in diesem Sinne Julien Offray de La Mettrie, den Leibarzt Friedrichs II., und de Sade als die beiden Nihilisten der Aufklärung bezeichnet, welche die Konsequenzen aus dem Theoriegebäude des Materialismus gezogen hätten. Daneben gab es einen weiteren Weg für die Thematisierung des Fremden. In ihrem Roman »Frankenstein« schilderte Mary Shelley, wie das geschaffene Monster – aus den Teilen der Toten und damit gleichsam metaphorisch aus den Resten der Gesellschaft zusammengeflickt – die Nähe und Liebe der Menschen sucht, von diesen aber zurückgewiesen wird.

So betrachtet, hat die Heterotopie grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Entweder wird sie von der Gesellschaft unterworfen oder steht dieser feindlich gegenüber. Freilich ist aber auch ein dritter Fall denkbar: Die Heterotopie stellt sich selbst in den Dienst des Status-

Quo und wird so ein »Produkt des normalen bürgerlichen Denkens« (S. 70). Gemeint ist das Panoptikum Jeremy Benthams, welches sich bei näherer Betrachtung ebenfalls als Teil der Aufklärung entpuppt. Denn es entwickelt die Methode der, wenn wir so formulieren wollen, unsichtbaren Überwachung. Am Beispiel eines Gefängnisses zeigte Bentham, wie durch den Bau einer architektonisch geplanten Anlage mehrere Gefangene von einem einzigen Aufseher rund um die Uhr beobachtet werden können. Denkt man sich nun das Gefängnis und den Wärter weg, erkennt man das Prinzip der bürgerlichen Öffentlichkeit mit ihrem normativen Sanktionsapparat der sozialen Ausgrenzung ebenso wie die Geheimpolizei totalitärer Staaten. Nicht zuletzt deshalb wählte Foucault, wie Chlada aufzeigt, das Panoptikum zum Ausgangspunkt seines epochalen Werkes »Überwachen und Strafen«. Damit ist nun gleichzeitig offensichtlich, dass die Heterotopie, ob sie es nun wahrhaben will oder nicht, immer in einer Beziehung zur Außenwelt steht, von der sie grundlegend abhängig ist. Dies betrifft rein ökonomische und wirtschaftliche Faktoren ebenso wie rechtliche und teilweise sogar kulturelle.

Das Andere ist eben nur deshalb anders, weil es die Normalität gibt. Das ist das zentrale Problem der Heterotopie, die sich dadurch in aller Deutlichkeit elitär auflädt und einen prinzipiell konservativen Kern erhält. Ja, noch mehr: In einem weiteren Schritt können wir uns Chladas Beobachtung (S. 106-116) anschließen, dass die Heterotopie im Sinne Foucaults mit Blick auf die politischen und gesellschaftlichen Emanzipationsprozesse der Gegenwart versagt. Sie verneint schlichtweg die globale Perspektive der Verantwortung und erscheint ein Stück weit als Fluchtbewegung. In diesem Sinne ist zu fragen, ob das Konzept der Heterotopie das berechtigte Erbe der politischen Utopie anzutreten vermag. Die Antwort ist meines Erachtens: nein. Denn nur die politische Utopie formuliert den Dualismus von Gegenwarts kritik und daraus resultierender Alternative und stellt beide der eigenen Zeit als normatives Modell mit dem Ziel der Vermittlung von Orientierungswissen gegenüber. Die Heterotopie dagegen ist Bestandteil der Entpolitiserungsprozesse der bürgerlichen Gesellschaft, indem sie genau

dies verneint. Einer der entscheidenden Schritte der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts war es, die Lösung der Sozialen Frage als grundlegende Kategorie zu interpretieren, der dann alle weiteren Problemkonstellationen subsumiert wurden. Das muss auch mit den postmateriellen Dimensionen und Fragen unserer Epoche geschehen. Wenn dies verneint wird, wie etwa von Foucault, ist der Preis die Aufgabe der Emanzipation der Linken. Die »Ästhetisierung der Krise«, hier ist Chlada voll zuzustimmen (114 f.), als Fluchtbewegung des Heterotopen in romantische Gefilde, ist kein hinreichender Ausweg.

ANDREAS HEYER

Heinz Dieterich:
Der Sozialismus des
21. Jahrhunderts. Wirtschaft,
Gesellschaft und Demokratie
nach dem globalen Kapitalismus,
Kai Homilius Verlag Berlin 2006,
176 S. (9,90 €)

Heinz Dieterich hat ein Buch geschrieben, in dem er nicht weniger als einen Entwurf des Sozialismus des 21. Jahrhunderts vorlegen will. Dieses Buch hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck, so zwiespältig wie die boliviarische Revolution: halb Caudillo-Sozialismus, halb Basisdemokratie.

Es beginnt mit dem Ende, nämlich dem der bürgerlichen Gesellschaft. Nun wünscht man sich dieses Ende, und es ist sicherlich auch nicht unmöglich, solches zu bestimmen. Aber nur dann, wenn man sich bei der Analyse eben nicht von den Wünschen treiben lässt. Dies hat schon Rosa Luxemburg nicht gut getan: Sie analysierte genau, welche Bedingungen erfüllt sein müssen (Erschöpfung der Möglichkeit weiterer Expansion), um dann in ein paar kurzen Sätzen alles über Bord zu werfen und zu schreiben, dass der Kapitalismus schon vorher an seiner Unfähigkeit zur Lösung von aktuellen Problemen zu Grunde gehen werde. Den ersten Teil spart sich Dieterich und kommt gleich zum zweiten.

Sicherlich, es wird viel von Wissenschaft, vor allem von Systemtheorie und Physik geredet.

Aber nicht über die ökonomische Dynamik des Kapitalismus. Und diese Wissenschaften werden dazu benutzt zu zeigen, dass der Kapitalismus wie alles endlich ist. Aber nicht wie die konkreten Bedingungen des Endes aussehen. Es wird gleich über die Erschöpfung der bürgerlichen Institutionen geredet. Aber die waren schon öfter erschöpft und den Kapitalismus gibt es immer noch. Verbleibt ein Einschub eines Vortrages von Arno Peters, in dem sich folgender programmatischer Satz findet:

»Und die sich täglich verdichtenden globalen Kapitalströme schaffen keine Arbeitsplätze und keine materiellen Werte, sie sind nicht mehr auf Profit gerichtet, sondern allein auf Zins.« (S. 39)

In Indien, China und den ostasiatischen Tigerstaaten sind einige Arbeitsplätze geschaffen worden. Wenn man sich den Hochhausbau in Peking oder Shanghai ansieht, so sind dort sehr wohl materielle Werte geschaffen worden – vielleicht nicht ganz die, die man sich wünschen würde. Und die Unterscheidung von Zins und Profit ist unsinnig.

Dazu Marx: »Der Zins, wie wir in den beiden vorhergehenden Kapiteln gesehen, erscheint ursprünglich, ist ursprünglich, und bleibt in Wirklichkeit nichts als ein Teil des Profits, d. h. des Mehrwerts, den der fungierende Kapitalist, Industrieller oder Kaufmann, soweit er nicht eigenes Kapital, sondern geliehenes Kapital anwendet, wegzahlen muß an den Eigentümer und Verleiher dieses Kapitals.« (MEW 25, S. 383, Kap. 23 *Zins und Unternehmervergewinn*)

Die jetzige Vermehrung des Zinsteils des Profits ist lediglich Ausdruck einer neuen Stufe der Entwicklung des Kapitalismus hin zu immer abstrakteren Formen der Steuerung. Dies ist der zunehmenden Komplexität der Produktion im globalen Rahmen sowie der Ablösung des Unternehmers durch Unternehmen geschuldet. Sollte es eines Tages so etwas wie Sozialismus geben, wird diese Komplexität noch um ein vielfaches ausgeprägter sein müssen, so dass der steigende Zinsanteil als Anzeichen dieser Entwicklung von Linken gar nicht negativ bewertet werden sollte. Auch die Ablösung der Unternehmer durch Unternehmen ist eine Voraussetzung für die spätere Sozialisierung ebendieser.

Eingeführt wird in diesem Zusammenhang die auf Aristoteles zurückgehende Unterscheidung

zwischen Ökonomie (als selbst beschränkte, lediglich auf Reproduktion ausgerichtete Hauswirtschaft – nach Aristoteles und Peters/Dieterich positiv zu werten) und Chrematistik (selbstsüchtiges, auf Erweiterung der Produktion angelegtes Wirtschaften, zinsorientiert – nach Aristoteles und Peters/Dieterich negativ zu werten).

»Aristoteles weist dann auf die Unersättlichkeit der Chrematistik hin: Während der Wirtschaft in der Bedarfsdeckung eine natürliche Grenze gesetzt ist, sucht die Chrematistik ihr Geld ins Endlose zu vermehren: ›Sie wird zu recht getadelt‹, sagt Aristoteles, ›weil sie nicht der Natur folgt, sondern auf Ausbeutung ausgeht.‹ Ihr zur Seite tritt das Wuchergewerbe, das aus guten Gründen verhasst ist, weil es seinen Erwerb aus dem Gelde selbst zieht und nicht aus den Dingen, zu deren Vertrieb das Geld eingeführt wurde ...« (S. 44) »Das Erwerbsstreben der Chrematistik (Bereicherung) kennt keine Grenze. Ihre Unersättlichkeit ist widernatürlich und lebensfeindlich.« (S. 45)

Aristoteles' Ökonomie war eine der Sklaverei. Und an anderer Stelle hat Aristoteles, der sonst viel Kluges geleistet hat, auch eben diese verteidigt. Da lob ich mir die Chrematistik, die dieses Stadium der Ökonomie gesprengt hat – und auch heute noch manches kaum besseres sprengt. Abgesehen davon weckt der Inhalt wie der Sprachgebrauch dieser Sätze mehr als nur ein paar ungute Assoziationen an die Unterscheidung zwischen dem raffenden und dem schaffenden Kapital der Nazis. Sie sind strukturell antisemitisch.

Dieser Antisemitismus tritt an anderer Stelle deutlicher zu Tage. Zwei religiöse Referenzen kurz hintereinander auf S. 60 machen dies deutlich: »Der Rousseausche ›Contract social‹ (Sozialvertrag) wird substituiert durch eine neue metaphysische Referenz, den Weltmarkt, der ausgestattet ist mit den alttestamentarischen Attributen des Gottes *Jahve*, seiner unbegrenzten sadistischen Brutalität, Gegenwärtigkeit und Allmächtigkeit.« »Dabei handelt es sich um die am weitesten gehende totalitäre Offensive gegen das Subjekt und die Utopie – welche seit zweitausend Jahren die Essenz in der Dynamik des historischen Prozesses gewesen sind – seit den totalitären Regimes der Dreißiger Jahre.«

Letzteres kann kaum etwas anderes meinen als die christliche Utopie. Also wird hier *Jahve*

der christlichen Utopie entgegengestellt! Abgesehen von diesem manifesten Antisemitismus, der auf der nächsten Seite noch weitergeführt wird, wird das kritische bürgerliche Subjekt gegen die Chrematistik gesetzt. Das ist historischer Unsinn. Die kritische Rationalität ist gerade aus der Warenwirtschaft und dem Beginn des Kapitalismus hervorgegangen. Das Mittelalter wollte das entstehende Subjekt zähmen, philosophisch in der Scholastik. Die formale Logik und das kritische Denken von Descartes bis Kant sind dagegen aus der Warenform entstanden (Sohn-Rethel »Warenform als Denkform«, neuerdings auch Bockelmann »Der Takt des Geldes«).

Verdient schon die ökonomische Analyse nicht diese ehrenwerte Bezeichnung, so wird es bei der vorgestellten ökonomischen Alternative nicht besser. Die fundamentale Grundlage aller Überlegungen bei Peters/Dieterich ist die Annahme eines objektiven Wertkriteriums. Wie soll dieses aussehen? Der Wert der Ware Arbeitskraft wird durch die für seine Reproduktion notwendige Zeit bestimmt. Diese Kosten sind sowohl historisch als auch geographisch hoch volatil. Man könnte auf ungelernete Handarbeit zurückgreifen. Eine Werteinheit wäre das, was ein gesunder, kräftiger 25jähriger europäischer Mann, 80 kg, 1,80 m groß, in einer Stunde produzieren kann. Nun, ich glaube, die Probleme werden schnell deutlich.

Leider wird hieraus die Äquivalenzökonomie entwickelt: »Die Preise entsprechen den Werten, und sie enthalten nichts anderes als den vollen Gegenwert der in den Gütern verkörperten Arbeit. Damit schließt sich der Kreislauf der Wirtschaft in Werten statt in Preisen.« (S. 99) »Das Äquivalenz-Prinzip ist durch die Entsprechung von Leistung und Gegenleistung auf allen Ebenen verwirklicht.« (S. 101)

Das ist aber in der Konsequenz nichts anderes, als was der Neoliberale auch will. Er empfindet es als ungerecht, dass er 70 Stunden die Woche arbeitet und die mit durchschleppen muss, die nur von der Sozialhilfe leben, nichts fürs Alter gespart haben oder sich nicht genug um ihre Gesundheit gekümmert haben. Marx verweist zu Recht darauf hin, dass es keinen gerechten Lohn geben kann, auch nicht im Sozialismus. Sozialismus ist fundamentale Ungerechtigkeit mit dem Namen Solidarität. Es

gibt viele Menschen, die mit versorgt werden müssen, in der Vergangenheit, Gegenwart und bis in alle Zukunft. Deshalb dieses Motto: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.« Auch die immer wieder angeführten Terms of Trade, die so ungerecht wären – Dieterich vergleicht Lokomotiven mit Kaffee –, sind im Sinne des Äquivalenzprinzips gerecht. Schließlich hat sich der Herstellungsprozess des Kaffees die letzten dreißig Jahre hindurch nicht geändert, der der Lokomotive schon. Es werden neue Materialien und Techniken eingesetzt. Manuelle Steuerung ist durch elektronische ersetzt. Die Produktion setzt immer ausgefeiltere Geräte ein. Nicht zuletzt ist das notwendige Know How der Arbeiter massiv gewachsen und damit die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft. Das alles muss bezahlt werden oder nach dem Modell von Peters/Dieterich Zeit dafür aufgewendet werden. Deshalb kann die Forderung der Linken nicht die nach Äquivalenz, sondern nach fundamentaler Verletzung der Äquivalenz bestehen, nämlich dem bedingungslosen Transfer von Ressourcen.

Kommen wir zu den positiveren, wenn auch leider nicht uneingeschränkt positiven Aspekten dieses Buches.

Der positive Kern des Buches ist die Betonung der Basisdemokratie oder auch real partizipativen Demokratie. Letzterer Ausdruck hat den großen Vorteil, dass das Problem der Bestimmung der Basis wegfällt. Aber eingetauscht wird gegen die Frage, warum partizipativ? Gibt es Personen/Gruppen, die Macht ausüben, woran partizipiert werden kann? Warum nicht einfach Realdemokratie?

Ein wichtiger Punkt ist auch die Ausweitung des Feldes der Demokratie auf die Wirtschaft, es fällt auch das Stichwort Wirtschaftsdemokratie. Diese wird auf verschiedene Ebenen aufgeteilt, von betrieblich bis global. Auch die Steuerung letzterer soll demokratisch erfolgen. Als Bedingung dafür wird die Entwicklung einer Input/Output-Rechnung sowie eine verstärkte Computerisierung angesehen. Dieses ist sicherlich richtig. Gleichwohl trifft Dieterich hier das Problem aller Utopien: Sie werden schnell von der Wirklichkeit eingeholt. Zum einen sind die Vorstellungen, sofern sie in diesem Buch konkretisiert werden, unsinnig, da immer noch von zu monolithischen Program-

men ausgehend, die in einem Stück programmiert werden. Das wird so nicht kommen, da bei allen mathematischen und programmier-technischen Fortschritten die damit verbundene Komplexität nicht gehandhabt werden kann. Zum anderen werden heute schon immer mehr ERP-Programme zur Planung in Unternehmen eingesetzt (z. B. SAP, Peoplesoft, Navision und auch Open Source Programme). Hinzu treten B2B-Anwendungen, die automatisierte Geschäftsabwicklungen zwischen den Unternehmen ermöglichen. Auf der Ebene der realen Produkte wird die vernetzte Steuerung durch RFID-Chips möglich. Das heißt, der Kapitalismus bereitet heute schon die Steuerungsmöglichkeiten. Dies erfordert einen anderen politischen Ansatz. Für die Linke wird es um so notwendiger, bereits jetzt die demokratische Kontrolle dieser Prozesse einzufordern, mindestens auf der Ebene des Datenschutzes. Dies ist ein von der traditionellen Linken bisher sträflich vernachlässigtes, gleichwohl notwendiges und auch lohnendes politisches Feld.

Weiterhin positiv und im Zusammenhang mit den Forderungen der Real-Demokratie zu sehen ist die Kritik des Leninismus, auch wenn man den Eindruck nicht los wird, dass das Herz des Autors doch noch irgendwie daran hängt. Dies wird deutlich an dem Gebrauch des Wortes »Historisches Projekt«. Die Linke respektive der Sozialismus ist kein Projekt, kann es nicht sein. Es gibt keine historischen Projekte. Die Ergebnisse historischer Prozesse stellten sich bisher immer hinter dem Rücken der Akteure ein, die somit kaum den Status eines wahrhaften historischen Subjektes für sich in Anspruch nehmen durften. Dies gilt ebenfalls für den Sozialismus, da dessen Herstellung ebenfalls ein Prozess ist, in dem und durch den sich das revolutionäre Subjekt erst konstituiert und erst mit der vollständigen Revolution selber als Subjekt vollständig wird. Wenn Subjekte historische Projekte betreiben könnten, gäbe es so etwas wie Entfremdung eben nicht.

Dies weiß Dieterich eigentlich auch selber. Im Kapitel 4.6.1, aber auch schon vorher liefert er eine konzentrierte Kritik am ökonomischen und historischen Voluntarismus von Lenin, Stalin und Mao.

»Das Vorhergesagte bezieht sich auf den Faktor Zeit, der im Allgemeinen in revolutio-

nären Subjekten unterschätzt wird. Das Leiden an den unhaltbaren Zuständen der Mehrheiten führt dazu, eine schnelle Veränderung herbeiführen zu wollen, doch kann das Problem objektiver Evolution nicht aus der Welt geschafft werden.« (S. 143)

Ebenfalls und mit dem Vorigen in Zusammenhang ist die Absage an den Aufbau des Sozialismus in einem Land positiv zu werten. Dennoch taucht auch im Zusammenhang mit dem Sozialismus der Staatsbegriff auf. Dieterich kann sich von bestimmten Momenten linker Vergangenheit nicht lösen.

»... und damit dem Staatsbürger auf jeder Ebene, von der Gemeinde bis zum Regionalstaat und Weltstaat, die Möglichkeit gibt, Subjekt aller entscheidenden Prozesse zu sein.« (S. 139)

Und auch von der Avantgarde kann er nicht lassen:

»Die gesellschaftliche Praxis, die sich an diesen Kriterien orientiert, wird die Avantgarde und die mittleren Kader des Transformationsprozesses hervorbringen, die für das moralische Beispiel und den organisatorisch-politischen Erfolg des Übergangs zur postkapitalistischen Mehrheiten-Demokratie unabdingbar sind.« (S. 126)

»Wie immer in der Geschichte bildet sich die Avantgarde eines fortschrittlichen neuen Historischen Projekts über ihre Kampfpraxis und die theoretische Qualität ihres Projektes heraus; niemals durch Selbsternennung, noch durch Glaubensakt ...« (S. 136 f.)

Letzteres beweist dieses Buch.

HEIKO FELDMANN

Wolfgang Fritz Haug:
Vorlesungen zur Einführung
ins »Kapital«, Argument-Verlag
Berlin 2005, 199 S. (15,50 €)

Der Philosoph und Marx-Kenner Wolfgang F. Haug hat seine Vorlesungen zur Einführung in das Marxsche »Kapital« aus dem Jahre 1971 aktualisiert, revidiert, komplettiert und in dieser erweiterten Fassung neu herausgegeben. In einer handlichen Broschüre sind sie nun wieder für jedermann zugänglich – als Einstiegs-

lektüre für ein sich über mehrere Semester erstreckendes »Kapital«-Studium oder als Rückbesinnung auf die theoretischen Grundlagen linker Politik. Ganz nach Belieben. Da heute – im Unterschied zur Entstehungszeit dieser Texte in den Nachachtundsechzigerjahren – das Studium des »Kapital« keine Massenerscheinung mehr ist, kommt den Vorlesungen in der Gegenwart vor allem die Aufgabe zu, interessierten Lesern zu helfen, unsere Gesellschaft als warenproduzierende Wirtschafts-, Tausch und Verwertungsgesellschaft zu begreifen. Denn, »ohne die Fähigkeit, den Kapitalismus zu denken«, betont Haug im Vortext, sei »überhaupt kein im Ernst relevantes Denken unserer Zeit möglich. [...] Die absolut unumgängliche Schule aber, in der dieses Denken allein sich zu bilden vermag, [...] ist die Auseinandersetzung mit Marx' Kritik der politischen Ökonomie« (S. 11). Dies ist kein geringer Anspruch! Aber, anders als vor dreißig Jahren, sind wir heute »welthistorisch Ernüchterte« und hängen nicht mehr dem »Kinderglauben« an, der Kapitalismus werde mit »der Notwendigkeit eines Naturprozesses eine solidarische Gesellschaft herbeiführen« (S. 11). Auch hat sicher das historische Scheitern des Staatssozialismus zu einer allgemeinen Ernüchterung über die Reichweite Marxscher Theorie und den Wahrheitswert marxistischer Gesellschaftsvorstellungen beigetragen. Dies alles macht den Umgang mit Marx' »Kapital« heute nicht leichter. Dennoch erscheint die Auseinandersetzung mit der Marxschen Kapitalismuskritik nach wie vor sinnvoll, ja, für Linke geradezu unverzichtbar. Haug unterstreicht dies und will seinen Teil dazu beitragen, daß sie auch gelingt.

Wichtig ist dabei der Hinweis, daß die vorliegenden Texte die Lektüre des »Kapital« erleichtern sollen, sie aber keinesfalls ersetzen. Haug warnt auch davor, sich den Zugang zu Marx dadurch erleichtern zu wollen, daß man den ersten Abschnitt des ersten Bandes überspringt. Die ersten drei Kapitel des »Kapital« enthalten mit der Analyse und der Entwicklung der Wertform den theoretischen Kern und methodologischen Knackpunkt des ganzen Werkes. Wer hierauf verzichtet, wird das Ganze nie begreifen. Insofern scheint es gerechtfertigt, daß sich die »Vorlesungen« auf den Anfang des »Kapital« konzentrieren und sich ihre

besondere Aufmerksamkeit auf die Analyse der Wertform richtet. Als problematisch erscheint in diesem Zusammenhang jedoch, daß die Darstellung im großen und ganzen auch hierauf beschränkt bleibt und andere wichtige Aspekte des Marxschen Werkes dadurch entschieden zu kurz kommen. So finden der zweite und der dritte Band des »Kapital« nur am Rande der »Vorlesungen« Erwähnung. Eine vertiefte Behandlung des Zirkulationsprozesses des Kapitals und – noch viel wichtiger – des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion findet indes nicht statt. Die Leser werden auch nicht auf die Notwendigkeit einer adäquaten Fortsetzung der Lektüre hingewiesen. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß mit dem Studium des ersten Bandes die Hauptsache begriffen sei und auf den »Rest« zur Not verzichtet werden könne. Dies wiegt umso schwerer, wenn man berücksichtigt, daß das Gesamtwerk sechs Teile umfassen sollte, wovon die drei Bände des »Kapital« nur den ersten Teil bilden und selbst diesen noch nicht einmal vollständig. Dem Autor muß der Vorwurf gemacht werden, daß er mit dieser Neufassung der »Vorlesungen« leider dazu beiträgt, die verhängnisvolle Tradition der westlichen Linken, die ökonomische Theorie von Marx auf den ersten Band des »Kapital« zu verkürzen, fortsetzt. Wo doch gerade der dritte Band mit seinen umfänglichen Ausführungen zum Geld, zum Geldkapital, zum Kredit, zum Zins, zum fiktiven Kapital usw., insgesamt mehr als 350 Seiten, viele Ansatzpunkte dafür bietet, um den gegenwärtigen Kapitalismus als geld- und zinsgesteuerte Wirtschaftsordnung zu begreifen. Autoren wie Georg Simmel (1900) oder Rudolf Hilferding (1910) waren da schon weiter und haben dem dritten Band des »Kapital« die entsprechende Aufmerksamkeit gezollt.

Es steht zu vermuten, daß die Konzentration auf den ersten Band und die inhaltliche Akzentsetzung bei Haug auf das in erster Linie philosophische Herangehen des Autors an das Marxsche Werk zurückzuführen ist. Ein Ökonom, ein Soziologe oder ein Historiker hätte vermutlich andere Schwerpunkte gesetzt. Ein wenig beißt sich die Anlage der zwölf Vorlesungen aber doch mit dem selbst formulierten Anliegen der Publikation, welches darin gesehen wird, »Fundamente« zu legen, »Funda-

mente für nichts Geringeres als die gedankliche Durchdringung der vom Kapital bestimmten gesellschaftlichen Welt, in der wir leben und die als Totalität unsere thematischen Arbeitsfelder und die Verhältnisse unter denen wir arbeiten, prägt...« (S. 24). Diese Verhältnisse aber werden heute ganz wesentlich vom Geld, von den monetären Kategorien, geprägt ebenso wie der postfordistische Kapitalismus vom Finanzkapital bestimmt wird. Wie aber soll das Buch seinen Anspruch, »den grundlegenden Praxisbezug der marxischen Theorie herauszustellen« (S. 193), heute einlösen, wenn wesentliche Essentials dieser Theorie, die für die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus von ausschlaggebender Bedeutung sind, weitestgehend ausgespart bleiben? – Vielleicht liegt hier sogar eine Erklärung für die Schwäche der Linken, wenn es um die Kritik des Finanzmarkt-Kapitalismus geht und um die Formulierung geeigneter alternativer Konzepte. Das Marxsche »Kapital« mit Haug lesen, sollte deshalb heute auch heißen, über ihn hinauszugehen und sich Fragen zuzuwenden, die in dieser Einführung entschieden zu kurz kommen.

ULRICH BUSCH

Sike Satjukow,
Rainer Gries (Hrsg):
Unsere Feinde. Konstruktionen
des Anderen im Sozialismus,
Leipziger Universitätsverlag
Leipzig 2004, 557 S. (44 €)

Die Herausgeber des Sammelbandes von Beiträgen einer Tagung – eine Historikerin und ein Kulturwissenschaftler – bringen sich selbst mit »Feindbilder des Sozialismus. Eine theoretische Einführung« ein. Im Verlauf ihrer Darlegungen geben sie an; »Grundfragen« nachzugehen: »Welches politische, soziale und kulturelle Leistungsvermögen ist mit den Feindbildern des Sozialismus verbunden? Und wie ist diese Leistung des Feindnarrativs zu historisieren und zu kontextualisieren?« (S. 14) Hier eingeordnet werden »Überlegungen sowohl zu den psycho-sozialen Voraussetzungen der Feindbild-Konstruktion angestellt

als auch zu den sozialisatorischen Prozessen, die jene Individuen herausbilden, welche an den Konflikten zwischen dem jeweiligen »Wir« und den »Anderen« mitwirken« (S. 17). Der »Andere« wird in diesem Konzept als Feind behandelt. Dagegen bleibt die Dialektik zwischen den Bildern von Freund und Feind im Bild vom »Anderen« unbeachtet. Das Freundbild erweitert das Gruppenselbstbild des »Wir«.

Methodisch der Hermeneutik verpflichtet, stützen sich die Herausgeber verständlicherweise auf den Begriffsapparat einer psychoanalytischen Sozialpsychologie. Individuelle Befindlichkeiten (u. a. »existenzielle Ängste« (S. 17), »Selbstwertproblematik des Einzelnen« (S.18)), die in »Wir«-Gruppen positiv ausgelebt werden, werden im Wechselverhältnis zu Feindbildern erörtert. Dass die »materiellen Realitäten und Ressourcen, neben politischen und ökonomischen Rivalitäten wirken« (S. 18) wird zwar erwähnt, aber in den Texten in der Regel nicht konkret ausgebaut. Damit gehen sachlich maßgebliche Elemente für Historisierung und Kontextualisierung verloren. Statt dessen werden aus der wissenschaftlichen Literatur bekannte interessante Aspekte der öffentlich wirksamen Bildgestaltung unter besonderer Berücksichtigung von Werbetechniken aufgegriffen. Wenn auf diesem Gebiet kontextualisiert und historisiert wird, dann ist das unzureichend, um dem historischen Phänomen »Feindbild des Sozialismus« beizukommen.

Zwei im Diskurs zur Friedensforschung in der DDR behandelte Feindbild-Themen werden nicht reflektiert: Seinerzeit galt einerseits die Aufmerksamkeit – dies im Anschluß an die Friedensforschung in der BRD – der gegenseitigen Steigerung von Negativität des Feindbildes und Positivität des nationalen Selbstbildes, zum anderen der Ausdifferenzierung von »Völker, Rassen und Staaten verhetzenden Feindbildern« als einem zurückzuweisenden Ideologem gegenüber dem für die kämpferische Auseinandersetzung auf beliebiger materieller oder geistiger Ebene unabdingbaren realitätsechten Bild vom Gegner.

Wenn auch Wendungen auftreten, in denen Feindbilder aus der DDR bzw. UdSSR und aus der BRD bzw. den USA ins Verhältnis gesetzt werden (z. B. S. 21, 24, 31), so sind die

ins einzelne gehenden Erörterungen einseitig und durch zufällige Auswahlen gestützt, so dass beim Lesen ein schaler Nachgeschmack entsteht, dass die Autoren noch vom antikomunistischen Feindbild infiziert sind.

Die 25 weiteren Beiträge des Sammelbandes verteilen sich auf folgende Kapitel: Feindbilder in der DDR (11), Feindbilder in der Sowjetunion (8), Feindbilder in der Volksrepublik Polen (4), in Ungarn (1) und in Albanien (1).

Thomas Haury gibt seinem Beitrag den Untertitel »Spezifika des Wechselspiels von kommunistischem Selbst- und Feindbild in der frühen DDR«, der vermuten läßt, dass tatsächlich versucht wird, die dialektische Verzahnung von Feindbild und Selbstbild herauszuarbeiten. Dem ist nicht so. Es werden schlicht Textstellen aus propagandistischen bzw. agitatorischen Veröffentlichungen der 40er/50er Jahre aufgelistet. Wenn, wie einleitend kund getan, die Leistung von Feindbild-Konstruktion erfasst werden soll, dann kann der Verfasser nicht bei Texten von Hager, Hoffmann, Honecker, Norden o. ä. stehen bleiben, ohne die geschichtliche Situation in Rechnung zu stellen: Spaltung der Welt in zwei Lager, die in den zwei deutschen Staaten unmittelbar aufeinander prallen, Koreakrieg u. ä. m. Des weiteren macht z. B. der Aufstand vom 17. Juni 1953 deutlich, dass ein antiimperialistisches Feindbild in der Bevölkerung nicht gegriffen hatte. Hier fehlen offensichtlich der soziologisch geschulte Blick auf die Realität und die kritische Beurteilung der als Beleg herangezogenen Texte hinsichtlich der in der Einleitung des Bandes reflektierten qualitativen Güte von Feindbildern mittels »oral history« hätte hier einiges aufgeklärt werden können. Noch leben genügend Zeitzeugen, die Auskunft geben können. Auffällig ist, daß der Autor, wie dies auch in anderen Beiträgen der Fall ist, die aus religiösen Traditionen stammende und besonders von USA-Präsidenten gepflegte Redeweise von Gut und Böse den sozialistischen Texten unzutreffender Weise anhängt.

Christian Lotz und Katja Naumann teilen erste Ergebnisse aus einem solide angelegten »Forschungs- und Kunstprojekt« eines »Leipziger Kreises« (S. 149) mit zum Thema:

»Parteilpolitische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen in der Nachkriegszeit Deutschlands«. Quellenmaterial liefern die Vorstandsprotokolle der Parteien und Tagebuchaufzeichnungen aus der Leipziger Bevölkerung im Zeitraum 1945 bis 1947. Fazit ist: »Die Feindbegriffe der Parteiführungen passen in keiner Weise zu den Feindbildern des Alltags«. Es »ist weder eine Bezugnahme aufeinander, noch eine Anpassung aneinander zu beobachten.« (S. 163)

Zu »Das Feindbild der Nationalen Volksarmee und die Probleme seiner Implantierung« stützt sich Christian Th. Müller auf Agitations- und Schulungsmaterial sowie auf soziologische Analysen innerhalb der NVA. In der Deutung der Ergebnisse und der Beurteilung der Leistung der Feindbild-»Implantierung« läßt der Verfasser wissenschaftliche Vorsicht walten. Überraschend ist, dass er in der Fußnote 32, S. 253, in der er einen Satz aus »Feindbild und neues Denken – ein Widerspruch? Überlegungen zum politischen Umgang mit dem Begriff Feindbild« zitiert, beim Quellennachweis statt des Autorennamens (H. Metzler) den des Herausgebers (Kh. Lohs) angibt.

Die vorangehende Auswahl von Beiträgen wurde getroffen, um das geistige Spannungsfeld, in dem sich die Texte des durch die Stiftung »Aufarbeitung der SED-Diktatur« geförderten Sammelbandes bewegen, zu verdeutlichen. Sein Gedankengut ist einer Auseinandersetzung wert.

HELMUT METZLER

JÖRN SCHÜTRUMPF

1956 or: The Reformability of Stalinism

Looking back at the history of Socialism, Bolshevism and Stalinism, that has developed since 1917, the author draws the conclusion that the long period between Stalin's death in 1953 and the demise of Soviet State socialism in 1989/91 should be viewed as the consummation of the period of decline of the 1917 revolution, characterized by the efforts of the heirs of the revolution, in preparation for the roles they would assume in a raging Russian capitalism. Khrushchev, the author says, reformed what he could in 1956, but the opportunity for building democratic socialism had long since passed.

WOLFGANG SCHELER

The Ability to Make War and Peace: The World Community after the Turning Point

Many of the wars, which have been fought since 1990 – the author says – can be described as wars of secession, wars for independence, civil wars, ethnic and religious wars made possible by the demise of the previous world order. But the dominant wars of this new period are those which are waged by the capitalist centers against the periphery, imperialist wars for the transformation of the world order. But even now, the ability to make war is contrasted by the ability to make peace, nurtured simultaneously by the same social order. War is no natural law, but remains a result of political policy.

JÜRGEN LEIBIGER

The Demographic Turning Point and The Financing of the Welfare State

The author contradicts the viewpoint, expounded upon by neo-liberals, that there is no alternative to the further rollback of the welfare state. He pleads for a single social security system, structured by the abolition of an income threshold, above which dues are waived; the abolition of restrictions in the mandatory security; the inclusion of public officials, freelancers and the self-employed in the mandatory social security; and the inclusion of all forms of income into the basis of assessment.

ILJA SEIFERT

Policy for the Disabled: Large Objective and Small Steps

The life of disabled persons – the author says – mirrors the general deficits in the society. Therefore, improvements for the disabled are improvements for the society as a whole. From 1998 to 2005, the red-green coalition promised a paradigm shift: away from the patronizing treatment toward that of self-determined participation. The promise remains unfulfilled, and the new CDU-SPD-Government coalition accord does not give grounds for optimism. Those who want to economize at all costs, are indifferent to the possibility of improving the quality of life for all.

NINO DAVID JORDAN

Land of Milk and Honey or Land of Famine? Against the Accommodating Contrast

This is one of several articles in the discussion on the unconditional basic income. Debating the approach taken by Ulrich Busch (UTOPIE kreativ No. 181, November, 2005), the author pleads for the recognition of the premise, that the overwhelming majority of people want to work – either for self-fulfillment or for obtaining supplementary goods. The insinuation that, without a »discipline of hunger«, people would no longer work, must be regarded as absurd. An unconditional basic income would enable people to begin to create self-determined economic systems.

KARL REITTER

Basic Income Rather Than Land of Milk and Honey. An Answer to Ulrich Busch

This is another article discussing Ulrich Busch's approach in the debate. (See Jordan summary above). The author maintains that the concept of unconditional basic income is not focused on consumption but rather on the possibility of throwing a »wrench into the works« of class production, refusing wage labor, rebelling against the process that groups people into classes and countering the embodiment as a working class within a capitalist production.

BERND HÜTTNER

Recognition, Redistribution, Justice. Problems of a Post-Fordist Left

The author analyses the presence of a social and a cultural left in Germany: a social left of the workers movement and the traditional left parties, on the one hand – and a cultural left of the new social movements, on the other. He demonstrates how their variations can be discerned and are concretized in distinct ways of thinking and acting. He demands that the new »left party in the making« should include both of these traditions.

WILLI BEITZ

Mikhail Sholokhov – a terra incognita?

In the fifties and sixties of the twentieth century, Mikhail Sholokhov was undoubtedly one of the most appreciated Soviet writers worldwide. He was awarded the Nobel Prize in 1965. But when in 1974, Solzhenizyn publicly repeated in Paris the legend that »Silent Flows the Don« was plagiarized, none of the Slavists of West Germany defended Sholokhov and East German literary specialists also buried their heads in the sand. Using previously unknown material, this author attempts to find a balanced approach to this famous writer.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),
ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €